neue kritik

Februar 1966 D 7739 F

34

Kurt Steinhaus Thesen zum Krieg in Vietnam | Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS | Michael Vester Zur Dialektik von Reform und Revolution | Michael Mauke Thesen zur Klassentheorie von Marx | Peter Brokmeier Die dritte Front | Heinz Brüggemann „Die Ermittlung" | Peter Weiss über die Inszenierung des „Marat"

Inhaltsverzeichnis

Kurt Steinhaus	3	Thesen zum Krieg in Vietnam
	4	Erklärung des westeuropäischen Studentenkomitees für den Frieden in Vietnam
Helmut Schauer	5	Offener Brief an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften
Heinz Grossmann	6	Herbert Wehner in Sachen SDS
	7	Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS
Michael Vester	15	Zur Dialektik von Reform und Revolution Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie
Michael Mauke	28	Thesen zur Klassentheorie von Marx
Peter Brokmeier	30	Die dritte Front — Ein Bericht über Serge Mallets „La nouvelle classe ouvrière“
Heinz Brüggemann	34	„Die Ermittlung“ und ihre Kritiker
Peter Weiss	37	Über die Inszenierung des „Marat“

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 34, februar 1966, 7. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen. die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: reiner diederich, karin monte (verantwortlich), xenia rajewsky, ulrich rödel, claus rolshausen, eckart teschner, gunter wegeleben
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin,
erscheinungsort: frankfurt am main
redaktion: 6 frankfurt, wilhelm-hauff-str. 5,
tel. 77 64 22

neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60, nfl 1,50. plus porto: für studenten DM 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement DM 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto: für studenten DM 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über die redaktion.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik
551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

Das Ende Februar gegründete westeuropäische Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam, das auf Einladung des SDS in Frankfurt am Main tagte, unterzeichnete zum Abschluß seiner Beratungen einen Aufruf an die Studenten Westeuropas, den wir in diesem Heft abdrucken.

Am 25./26. März, dem Solidaritätstag für den Frieden in Vietnam, zu dem die amerikanische Opposition gegen die Intervention ihres Landes aufgerufen hat, will das Komitee den Regierungen der einzelnen westeuropäischen Länder eine Stellungnahme mit konkreten Forderungen vorlegen. An den Universitäten werden in den nächsten Wochen und Monaten internationale Kongresse veranstaltet, auf denen die Positionen und Forderungen des Komitees diskutiert werden.

Der Bundesvorstand des SDS hat die oppositionellen Studentenverbände in der BR, vor allem den SHB, den LSD und die HSU, eingeladen, mit ihm zusammen am 22. Mai einen Kongreß in Frankfurt zu veranstalten. Dieser Kongreß, der unter dem Arbeitsthema „Vietnam — Analyse eines Exempels“ steht, soll durch eine gründliche wissenschaftliche Analyse die gegen die amerikanische Politik vorgebrachten Argumente präzisieren, die Ursachen und Zusammenhänge dieses Krieges klären. Der Bundesvorstand wird die Intentionen dieses Kongresses im Aprilheft erläutern.

Als Dokumente der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS und zugleich als Grundlagen der im SDS geplanten Programmdiskussion veröffentlichen wir die Vorlage des Bundesvorstandes und das überarbeitete sowie erweiterte DK-Referat von Michael Vester, das die Rolle der Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie zu analysieren versucht. Die diesen beiden Beiträgen vorangestellte Resolution der DK gibt Auskunft über die Ziele der Vorlage und die Diskussionsstrategie.

Michael Mauke zum Gedenken drucken wir in diesem Heft von ihm verfaßte „Thesen zur Klassentheorie von Marx“ mit einem Vorspruch seines Berliner Freundeskreises ab. Die Thesen, die M. M. im Zusammenhang eines größeren Referats formulierte, wurden uns von seinen Freunden zur Publikation zugesandt. In Ergänzung des Artikels von Serge Mallet in nk 32 gibt Peter Brokmeier einen Überblick über Mallets Buch „La nouvelle classe ouvrière“.

In einer Reihe von Beiträgen möchten wir das politische Theater in der Bundesrepublik und in der DDR vorstellen. Wir beginnen mit einem Aufsatz von Heinz Brüggemann „Die Ermittlung und ihre Kritiker“, Anmerkungen zu dem Stück von Peter Weiss und seiner Aufnahme in der Öffentlichkeit. In einem Brief an die Redaktion der nk hat sich Peter Weiss zu den konträren Interpretationen und Inszenierungen seines „Marat“-Stücks geäußert.

Thesen zum Krieg in Vietnam

1 Der Vietnamkonflikt ist ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung.

1 · 1 Vor allem gegen die ungerechten Bodenbesitzverhältnisse und die dadurch verursachte materielle Not der Landbevölkerung wandte sich der Kampf der Vietminh bereits im ersten Indochinakrieg. Diese siegten, obwohl sie militärisch schwach waren, auf Grund ihrer politischen Stärke. Politische Stärke hieß damals und heißt heute noch die untrennbare gegenseitige Bedingtheit von sozialer Reform und militärischem Kampf.
„Man muß alle Kräfte für den Widerstandskrieg mobilisieren, um den erfolgreichen Abschluß der Bodenreform sicherzustellen."[1] „Man muß alle Kräfte für die Durchführung der Bodenreform mobilisieren, um den vollen Sieg im Widerstandskrieg zu erkämpfen."[2]
1 · 2 Noch während der Kämpfe waren in den befreiten Gebieten die feudalen Bodenbesitzverhältnisse weitgehend aufgehoben worden. Der Abzug der Truppen der Vietminh und die Etablierung der Regierung Diem als Folge des Genfer Indochinaabkommens von 1954 brachte den Bauern die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer und die Restaurierung der alten feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe. Die Bauern wurden von Eigentümern des von ihnen bebauten Bodens wieder zu abhängigen landlosen Pächtern, die zudem noch den Pachtzins aus der Zeit der Vietminh-Herrschaft nachzuzahlen hatten. Die Agrarstruktur des unabhängigen Staates Südvietnam unterscheidet sich kaum von der Südvietnams während der Kolonialzeit. 45% der Reisanbaufläche gehören 2% der Grundbesitzer. Die sog. Landreform der Diem-Regierung war de facto bedeutungslos.
Dieser Refeudalisierungsprozeß wurde ergänzt durch einen sich immer mehr verschärfenden Terror gegen jede tatsächliche oder vermutete politische Opposition.
1 · 3 Diese gesellschaftlichen Verhältnisse, die für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein System ökonomischer Ausbeutung, sozialer Unterprivilegierung und politischer Unterdrückung bedeutete, ist das notwendige Ergebnis einer Doppelherrschaft in- und ausländischer Oberschichten. Die parasitären einheimischen Oberschichten, die sich durch feudale Pacht, durch staatliche oder halbstaatliche Pfründe und durch wucherischen Groß- und Außenhandel bereichern, wären ohne massivste ausländische Unterstützung nur allzu schnell dem Untergang geweiht. Sie sind also gezwungen, zur Erhaltung ihrer Privilegien zu Kompradorenschichten zu werden.
1 · 4 Als Reaktion auf diese gesellschaftlichen Verhältnisse konstituierte sich der Kampf der Befreiungsfront. Es ist absurd, anzunehmen, daß ein Volk durch einige professionelle Terroristen und Verschwörer dazu gezwungen werden kann, mit einer derartigen Ausdauer und Tapferkeit gegen übermächtige in- und ausländische Zwangsapparate zu kämpfen, wie dies zur Zeit in Vietnam der Fall ist.

2 Der Befreiungskampf der Bevölkerung Südvietnams ist ein legitimer und unvermeidlicher Akt der Notwehr.

2 · 1 Die südvietnamesische Bevölkerung hatte unter dem Diem-Regime keine Möglichkeit, ihren politischen Willen offen auszudrücken. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch friedliche Mittel war ausgeschlossen. Gewaltverzicht hätte aber bedeutet, auf die Änderung schreiendsten Unrechts zu verzichten. Die Befreiungsfront hat die Gewalt nicht erfunden, sie hat sie vorgefunden.[3])
2 · 2 So kann hier — wie Herbert Marcuse es einmal formuliert hat — „revolutionäre Gewalt" bestimmt werden als „Gegengewalt", „notwendig, um höhere Formen der Freiheit gegen den Widerstand der etablierten Formen zu sichern" oder als das historische „Recht dessen, was sein kann und vielleicht sein sollte, weil es Schmerz, Elend und Ungerechtigkeit verringern kann".[4]) Gegenüber den Zielen der Revolution, die ja bereits durch während der Kämpfe durchgeführte Reformen sehr augenfällig demonstriert werden, sind Propaganda, die Freiheit des Individuums und Befreiung vom sog. kommunistischen Totalitarismus für die vietnamesische Landbevölkerung von außerordentlich geringem Interesse. Den Bauern Vietnams ist das, was den meisten Nordamerikanern und Westeuropäern als ein System politischer Unfreiheit erscheint, zu Recht eine reale Utopie.

3 Der Vietnamkonflikt ist ein Modellfall der Auseinandersetzung zwischen den immer reicher werdenden Industriegesellschaften und den immer ärmer werdenden Agrargesellschaften.

3 · 1 Weder die Höhe der Rüstungsprofite und die konjunkturfördernde Wirkung der Aufrüstung in den USA noch die ökonomische und strategische Bedeutung Südvietnams reichen als Erklärung für die Intensität, Brutalität und Kostspieligkeit des amerikanischen Engagements aus.
3 · 2 Das entscheidende Motiv für das Engagement der USA ist der exemplarische Charakter dieser Auseinandersetzung. Diesen haben die Machteliten der amerikanischen Gesellschaft klar erkannt.

> „Vietnam interessiert uns nicht als strategisches Ziel, und nicht einmal als politischer Stützpunkt; es interessiert uns als Probe aufs Exempel . . . Dieser Konflikt ist typisch . . . wie kann ein Land, das über ein enormes militärisches und ein minderes politisches Potential verfügt, an einem beliebigen Ort über einen Gegner siegen,

der militärisch unterlegen, aber politisch stark ist? . . . hier und jetzt müssen wir Methoden erlernen, mit denen wir dasselbe Problem in beliebigen Teilen Asiens, Afrikas und vor allem Lateinamerikas lösen können." [5])

3 · 3 Der Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung antizipiert also — quasi am verkleinerten Modell — die Emanzipation ganzer Kontinente, deren Stellenwert für die Selbstreproduktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems kaum abzuschätzen ist. Durch die dauernde Veränderung der „terms of trade", durch die laufenden Profite aus den in Übersee akkumulierten Kapitalanlagen ist die bisher **bestenfalls formal emanzipierte Dritte Welt eine nicht zu unterschätzende Quelle der Bereicherung der Industrieländer. Die durch eine — über die formale völkerrechtliche Souveränität hinausgehende — faktische Emanzipation notwendig entstehende Verkleinerung des kapitalistischen Weltmarktes, ein Verlust der investierten Kapitalien und vor allem eine Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse werden von den Führungsschichten der kapitalistischen Staaten als eine ernste Systemgefährdung angesehen, gegen die Abwehrmittel gefunden werden müssen.**

3 · 4 Hierfür ist Vietnam zum Prüffeld geworden, wobei neben den zu verhindernden Demonstrationseffekten siegreicher Befreiungskriege und anschließender erfolgreicher Strukturreformen vor allem die Erprobung von Waffensystemen, Kampftaktiken und Sozialtechniken der Antiguerillakriegführung sowie das entsprechende Training von Militärpersonal im Vordergrund stehen. Hier wird das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung sozialer Revolutionen nicht nur hier und jetzt, sondern immer und überall ermöglichen soll.

[1]) Diese Thesen wurden in der gleichen Form am 9. 2. 1966 in der Aula der Frankfurter Universität während einer Podiumsdiskussion über den Vietnamkonflikt vorgetragen. Sie stellen die verkürzte Wiedergabe der wichtigsten Punkte eines Aufsatzes dar, der in Heft 36 des ARGUMENT erschienen ist. (R. Griepenburg u. K. Steinhaus, „Zu einigen sozioökonomischen und militärischen Aspekten des Vietnamkonflikts".)

[2]) Ho Chi-Minh, Referat auf der 3. Tagung der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam (1953), in: drs., Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin: 1961, S. 252—266, hier: S. 252.

[3]) Vgl. Maurice Merleau—Ponty, Humanismus und Terror 1, (Frankfurt: 1966), S. 45 und 30.

[4]) Herbert Marcuse, Ethik und Revolution, in: drs., Kultur und Gesellschaft 2, (Frankfurt: 1965), S. 130—146, hier: S. 137.

[5]) Diese Stimme eines amerikanischen Diplomaten ist zitiert bei Hans Magnus Enzensberger, Europäische Peripherie, in: Kursbuch 2, August 1965, S. 154—173, hier: S. 158.

Kurt Steinhaus

Erklärung des westeuropäischen Studentenkomitees für den Frieden in Vietnam vom 27. 2. 1966

Wo immer die ökonomische, strategische oder politische Stellung der „freien Welt" bedroht scheint, setzen sich die USA seit einigen Jahren mit militärischen Interventionen offen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweg. In Vietnam haben sie das Genfer Abkommen von 1954, das freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren vorsah, bewußt mißachtet und die Regierung Diem und deren Nachfolger gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung an der Macht gehalten.

Damit haben sie die Politik des Kolonialismus fortgesetzt, der die feudale Sozialstruktur des Landes aufrechterhalten und seine progressive soziale Entwicklung verhindert hat.

Aus dem Widerstand der südvietnamesischen Bauern und Intellektuellen gegen das soziale Elend und die terroristische Unterdrückung durch wechselnde Militärcliquen ist die FNL entstanden. Sie vertritt heute nach amerikanischen Schätzungen drei Viertel der südvietnamesischen Bevölkerung. Durch die Intervention der USA ist aus der sozialen Revolution des südvietnamesischen Volkes ein Krieg geworden. Nur eine Änderung der amerikanischen Politik kann die Ausrottung der Bevölkerung Südvietnams durch den schmutzigen Krieg verhindern.

Nach der inneren Logik der amerikanischen Politik wird der Krieg auf Laos, Kambodscha und China ausgedehnt werden müssen — wie das schon von einem Teil der Führung der USA offen gefordert wird. Auf diese Weise entwickelt sich der vietnamesisch-amerikanische Krieg mehr und mehr zu einem allgemeinen, internationalen Konflikt, dem sich auch die westeuropäischen Länder auf die Dauer nicht werden entziehen können. Das mit dieser Entwicklung verbundene Risiko eines dritten Weltkrieges verlangt von ihnen bereits heute eine klare Stellungnahme.

Deshalb haben wir uns zu gemeinsamer Politik für die Beendigung des Vietnam-Konfliktes vereinigt. Wir werden uns besonders an drei Forderungen orientieren:

1. Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam
2. Sofortiger Zusammentritt einer Friedenskonferenz aller direkt oder indirekt beteiligten Mächte einschließlich der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams.
3. Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten und freie Wahlen entsprechend dem Genfer Abkommen.

Wir rufen besonders die Studenten Westeuropas auf, sich dieser Stellungnahme und der Bewegung für den Frieden in Vietnam anzuschließen, die von den amerikanischen Universitäten ausgegangen ist — und auch in Westeuropa ständig an Bedeutung gewinnt.

Verband sozialistischer Mittelschüler (VSM), Österreich
Verband sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)
Fédération des Groupes d'Etudes des Lettres (FGEL) Frankreich
Clarté — Schweden
Sosialistisk Studentenforbund (SSF) — Norwegen
Politeia — Niederlande
Unione Goliardica Italiana (UGI) — Italien
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)

Offener Brief an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften

An den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften,
Herrn Prof. Dr. Werner Hartke
X Berlin, Unter den Linden / DDR

Frankfurt am Main, den 22. 3. 66

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ihr Schreiben an die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in dem Sie sich mit Herrn Professor Dr. Robert Havemann auseinandersetzen, veranlaßt uns, mit einigen Fragen und einer Stellungnahme in dieser Sache an Sie heranzutreten.

Wir haben nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu dem Vorgehen gegen einige sozialistische Wissenschaftler und Künstler, mit denen uns seit ihrem Auftreten in der Bundesrepublik freundschaftliche-politische Beziehungen verbinden, nicht öffentlich Stellung genommen. In Ihrem Schreiben an die Mitglieder der Akademie, das uns erst durch den Abdruck in der „Zeit" vom 18. 3. 66 bekannt wurde, führen Sie unter anderem auch gegen Professor Havemann an, er habe versucht, für Einladungen des SDS zu Vorträgen in der Bundesrepublik Ihre Zustimmung und damit die Reisegenehmigung des Ministeriums des Innern zu erhalten. Ja, Sie sprechen sogar von den einladenden Organisationen, also auch von uns, als von „Feinden der DDR". Damit haben Sie nun diesen offenen Brief herausgefordert.

Gemeinsam mit den anderen progressiven Kräften in der Bundesrepublik hat der SDS seit langem, unter sehr schwierigen Bedingungen, eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrieben und gefördert und immer wieder die Anerkennung der DDR gefordert. Wir haben unmißverständlich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR erklärt, daß wir die tatsächlich sozialistischen Ansätze in der DDR begrüßen, obgleich wir entscheidende Schritte zur sozialistischen D e m o k r a t i e nicht nur für möglich, sondern auch für dringend notwendig halten.

Wir fragen Sie nun: sind wir deshalb Feinde der DDR?

Es ist nicht unsere Sache, uns in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Die sozialistische Demokratie kann nicht von außen, sondern nur durch die praktische, kritische Diskussion und Auseinandersetzung innerhalb der DDR erreicht werden.

Wir können aber selbst beurteilen, welche Wirkung das Auftreten lebendiger sozialistischer Intellektueller der DDR in der Bundesrepublik hat. Es sind nicht wenige Angehörige Ihrer Akademie und des wissenschaftlichen und literarischen Lebens der DDR, die wir in den letzten Jahren zu Vorträgen und als Diskussionspartner eingeladen haben, und das hat nicht wenig zum Abbau des Antikommunismus beigetragen.

Oft waren wir mit den Positionen nicht einverstanden, die von unseren Gästen vertreten wurden. So sind wir auch mit einigen der Auffassungen durchaus nicht einverstanden, wie Sie Professor Havemann z. B. in dem von Ihnen erwähnten Artikel im „Spiegel" geäußert hat; wie die meisten DDR-Politiker und -Wissenschaftler kennt Herr Professor Havemann die Bundesrepublik zu wenig und kommt daher zu falschen Vorstellungen.

Das hindert uns aber durchaus nicht daran, gerade in ihm einen Wissenschaftler zu sehen, für den die marxistische Theorie eine lebendige, revolutionäre Wissenschaft ist, mit dessen Anschauungen zu diskutieren sich jedenfalls lohnt. Wahrscheinlich wäre ein großer Teil unserer Mitglieder mit den einzelnen philosophischen Thesen Herrn Havemanns keineswegs einverstanden. Deshalb wollen wir ja gerade mit ihm diskutieren.

Die linken Studenten der Bundesrepublik brauchen keinen Vormund, der verfügt, mit wem und was sie diskutieren. Der DDR würde es aber nur Sympathien bringen — gegen den Antikommunismus in der Bundesrepublik —, wenn sie das Selbstbewußtsein aufgebracht hätte, Herrn Havemann reisen zu lassen.

Mittlerweile ist aber kulminierend im „Fall Havemann" die Art und Weise, wie einige sozialistische Künstler und Intellektuelle gegenwärtig in der DDR behandelt werden, zu einer schweren Behinderung unserer politischen Arbeit in der Bundesrepublik geworden. In einer Phase, in der wir in einem besonders harten Kampf gegen die sich verstärkenden autoritären und restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik stehen, in der wir gegen die mit den Notstandsgesetzen beabsichtigten Kriegsvorbereitungen kämpfen, bedeutet es direkt eine Schwächung unserer Position, wenn man sozialistischen Wissenschaftlern auf Grund politischer Differenzen die materielle Existenz nimmt und ohne die Möglichkeit offener Diskussion und Gegenrede aus der Akademie ausschließt.

Wir bitten Sie daher, Herrn Professor Havemann ausreichend Gelegenheit zu geben, sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern und keine Maßnahmen zu treffen, denen nicht eine so vorbereitete, sachliche Diskussion vorangegangen ist.

In der Hoffnung auf Ihre Antwort verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung

Helmut Schauer
(Bundesvorsitzender)

Herbert Wehner in Sachen SDS

In der bisherigen Diskussion um das anonyme „Anti-Wehner-Memorandum", also um den Beitrag Wehners zum Absterben innerparteilicher Demokratie in der SPD, blieben die Maßnahmen der SPD gegenüber der sozialistischen Studentenorganisation und ihren Förderern unerwähnt. Um die Legendenbildung um die demokratische Führerpersönlichkeit Wehners zumindest punktuell zu erschweren, sei sein Verhalten gegenüber dem SDS skizziert. Dabei soll nicht übersehen werden, daß Wehner insofern stets Unrecht geschieht, als er überschätzt wird. Gerade die SPD-bezogene Linke muß sich vorwerfen lassen, daß sie Wehner bisher nicht angemessen zu beurteilen wußte; davon zeugt zuletzt jenes „Memorandum".

Im „Memorandum" wird bei der Beschreibung der Machtfülle Wehners stets erwähnt, daß er auch das Ressort Studentenarbeit leite (Die Zeit, 11. 3. 66, S. 4). Aber als in diesem Ressort tatsächlich Politik gemacht wurde, die für den Kurs der Gesamtpartei relevant war, eben in der Auseinandersetzung mit dem SDS und seinen Förderern, war Wehner formal noch „unzuständig". Dem anderen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Waldemar von Knoeringen, war die undankbare Aufgabe zugeteilt, die Gleichschaltung der Jugend- und Studentenorganisationen im Umkreis des SPD durchzusetzen, was diesen eher liberalen Mann selber in Konflikte mit dem „harten" Kurs brachte.

Das neugeschaffene SPD-Präsidium, vom Parteivorstand gewählt und diesen zugleich politisch leitend, war in Sachen SDS Anklagebehörde und Gericht: es vertrat das Interesse der Partei und traf die wesentlichen Entscheidungen. In weiser Voraussicht hatte der Parteivorstand „bereits an der Jahreswende (1959/60) einstimmig einen Beschluß gefaßt, der besagt, daß die SPD neben dem SDS auch andere studentische Vereinigungen unterstützen wird, wenn sie das Godesberger Programm anerkennen" (pressemitteilung u. info., 9. 5. 60). Die SDS-Spaltung hatte sich freilich erst zu Beginn des folgenden Sommersemesters realisieren lassen. Daher blieb die SPD-„Baracke" überlange genötigt, gegenüber dem SDS-Bundesvorstand eine Taktik des Hinhaltens und Sichverleugnens anzuwenden. Offiziell war es ja zum Friedensschluß mit dem SDS gekommen, und in offener demokratischer Auseinandersetzung wußte man ihm nichts Wesentliches mehr vorzuwerfen.

Mit um so größerer Wut übergab man am 9. 5. 60 in Bonn jene leicht vergilbten „Enthüllungen" (vollständig in: FAZ, 10. 5. 60, S. 1) der Presse, die dem Nachweis einer kommunistischen Fernsteuerung des SDS sowie der Unaufschiebbarkeit rascher organisatorischer Maßnahmen dienen sollten, während es in Wahrheit um eine langfristig unvermeidbare Maßnahme im Rahmen der Kursänderung der SPD ging. Diese Maßnahme wurde, für den neuen Stil der SPD charakteristisch, autoritär durchgeführt. Die anhaltende Verwirrung in der SPD-Mitgliedschaft darüber, was von der Spaltung der parteinahen sozialistischen Studentenorganisation und nicht zuletzt den massiven Vorwürfen kommunistischer Unterwanderung und konspirativer Tätigkeit zu halten sei, beweist das Fehlen einer Klärung innerhalb der Partei. Die organisatorische Trennung vom SDS und die Aufforderung an alle studierenden SPD-Mitglieder, dem SHB beizutreten, erfolgte am 26. 5. 60 und ließ jene Diskussion erst einsetzen. W. v. Knoeringen sah sich genötigt, im SPD-Pressedienst die organisatorischen Maßnahmen mit langatmigen Vorwürfen zu begründen: Der SDS habe über den „Totalitarismus einseitig" diskutiert und sich „einer Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht gestellt" (SPD-Pressedienst, P/XV/134, 14. 6. 60). Andererseits ging v. Knoeringen so weit, von den Diffamierungen des SDS als „kommunistisch infiltriert" und damit auch von gegen den SDS gerichteten Verleumdungen der SHB-Gründungsgruppe abzurücken.

Das genügte Herbert Wehner keineswegs. Zwei Tage später gab er ein Interview (marburger blätter, Nr. 63, Juni 1960, S. 9), in welchem er die organisatorischen Maßnahmen gegen den SDS allein mit dessen kommunistischer Fernsteuerung begründete und Behauptungen aufstellte, die der erwähnten Feststellung v. Knoeringens entgegenstanden. Zwei Tage später erschien der Artikel v. Knoeringens in West-Berlin, wo die Diskussion um die Maßnahme der „Baracke" die meisten Wellen geschlagen hatte, o h n e die beiden den SDS vom Vorwurf kommunistischer Unterwanderung entlastenden Sätze! Auf administrativem Wege hatte sich die Auffassung des Stellvertreters Wehner (vgl.: „Wehner: SDS ferngesteuert", Fr. Neue Presse, 1. 7. 60) als die richtigere herausgestellt, und in dieser „richtigeren" Version bestimmte sie alle weiteren Maßnahmen und Publikationen der SPD, beginnend mit einer „Distanzierung" vom SDS am 19. 7. 60 bis hin zum „Unvereinbarkeitsbeschluß" vom November 1961. Jetzt endlich konnte „zugeschlagen" werden, wie es Wehner in jenem Marburger Interview schon ausgemalt hatte: „. . . wo wir eine fremde Loyalität feststellen, da schlagen wir zu. Da sind wir eisenhart." Und über die Opfer: „Ist ein Mann gut, so wird ihm der Zufall helfen, daß er nach ein paar Jahren (!) wieder Boden unter die Füße kriegt."

Als die SPD jetzt im März 1966 als Beleg innerparteilicher Demokratie unter der Ägide Wehners die Ausschlußzahlen (FR, 12. 3. 66, S. 2) von 1958 bis März 1966 veröffentlichte, ließ sie einfach diejenigen unter den Tisch fallen, welche Mitglieder und Förderer des SDS betroffen hatten: formal waren diese eindeutig zentral veranlaßten Ausschlüsse nämlich über die B e z i r k e der Partei abgewickelt worden, und diese wurden nur für den Zeitraum 1963 bis 1966 veröffentlicht. Besser kann nicht dokumentiert werden, daß Wehner Schule machte.

Heinz Grossmann

Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS

Vorlage des Bundesvorstandes

Beschluß der 20. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS

Die 20. o. DK des SDS beschließt, daß die allgemeinen Leitgedanken des SDS zu einer programmatischen Erklärung ausgearbeitet werden.
In dieser sind die bestimmenden weltgeschichtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen seit dem Aufstieg des Kapitalismus darzustellen, die von der kritischen Theorie dazu vorgelegten Theorien zusammenzufassen und die Möglichkeit verändernder Praxis zu zeigen.
Eine verbindliche programmatische Erklärung des SDS ist nur möglich als Produkt einer umfassenden Diskussion im gesamten SDS.
Als Grundlage dieser Diskussion sollen insbesondere die Vorlage des BV, das Referat von Michael Vester und die Diskussionsbeiträge der 20. o. DK und weiterhin wichtige Beiträge der internationalen Diskussion und der Strategiediskussion der nk in einer Sondernummer der nk zusammengefaßt werden.
Der BV und das Wissenschaftsreferat werden beauftragt, die Arbeiten an der Erklärung mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern und anzuleiten. Alle Gruppen des Verbandes sind verpflichtet, im kommenden Jahr in Wochenendseminaren und Arbeitskreisen Stellungnahmen und Vorschläge zu den vorgelegten Beiträgen zu erarbeiten. In Bundesseminaren werden die aufgeworfenen Probleme, je nach Möglichkeit, einzeln oder im Zusammenhang zu behandeln sein. Die übrige analytische Arbeit der Gruppen und des Gesamtverbandes, die nicht unmittelbar mit der Programmdiskussion befaßt ist, sollte so gestaltet und koordiniert werden, daß ihre Ergebnisse der Programmdiskussion zugute kommen.
Die Konferenz empfiehlt dem BV, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen, der ihn bei diesen Arbeiten unterstützt. Freunde des Verbands sollen um Gutachten und Stellungnahmen zu der Erklärung gebeten werden. Zur Publizierung von Beiträgen stehen die nk und die Schriftenreihe des Verlages Neue Kritik zur Verfügung.
Der BV muß dafür sorgen, daß

1. eine kurze, kommentierte Bibliographie, die den Zugang zur sozialistischen Theorie erleichtern soll, zusammengestellt und publiziert wird;
2. mit den Arbeiten für eine wissenschaftliche Bibliographie zu den vordringlichsten Problemen sozialistischer Theorie begonnen wird.

Die 20. o. DK verpflichtet den BV, der nächsten DK einen detaillierten Bericht über die Arbeiten an der Erklärung und einen Entwurf vorzulegen.
Sie lädt alle Freunde des Verbandes ein, sich an den Diskussionen des Verbandes zu beteiligen.

I.

Seit dem 18. Jahrhundert sind die Beziehungen zwischen den Völkern immer umfassender und enger geworden, vollzieht sich Geschichte zunehmend als Weltgeschichte, als ein Prozeß mit eigener Dynamik. Ihre letzte Bestätigung hat diese Entwicklung in der Möglichkeit der Zerstörung der ganzen Welt gefunden. Atomwaffen und ihre Träger erzwingen eine ständig verbesserte Kommunikations- und Verkehrstechnik. Je mehr die Welt als ganze bedroht ist, desto enger müssen alle Staaten zueinander in Beziehung treten. Selbst der Rüstungswettlauf ist nur so lange möglich, wie sich die Gegner über ihre Erfolge unterrichten.
Wo aber nichts geschieht, was nicht alle betrifft, sind auch alle beteiligt an dem, was geschieht. Wie die kubanischen Revolutionäre die Welt erschütterten, so hängt ihr Erfolg von der weltgeschichtlichen Kräftekonstellation ab.
Dieses internationale Bezugssystem hat seine bestimmten Inhalte in der Abhängigkeit des Kapitalismus von den jeweiligen Möglichkeiten seiner Expansion, deren Notwendigkeit es entstehen ließ. Während aber das Kommunistische Manifest diese Entwicklung am Vorabend der kapitalistischen Expansion noch ausschließlich in den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus analysieren konnte, ist seit der Russischen Revolution diese Einheitlichkeit gebrochen: Weltgeschichte läßt sich nicht mehr allein als Geschichte des Kapitalismus darstellen.
Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion gehen jedoch nach wie vor in den internationalen historischen Zusammenhang ein, bestimmen seinen Charakter entscheidend. Obgleich also die Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie nicht ausreichen, um die weltpolitischen Beziehungen zu analysieren, kann man doch ohne sie nicht auskommen. Wenn die weltgeschichtliche Entwicklung auch letztlich bestimmt ist von der Entwicklung der einzelnen Gesellschaften, so beeinflußt sie doch auch ihrerseits die gesellschaftlichen Systeme.
Die gegenwärtige Epoche der Weltgeschichte ist charakterisiert durch den Widerspruch zwischen den kapitalistischen und den antikapitalistischen Gesellschaften und durch den Unabhängigkeitskampf der ehemaligen Kolonialländer.

II.

Der von den antikapitalistischen Ländern auf den Kapitalismus ausgeübte Druck hat zur Politisierung aller inneren und äußeren Verhältnisse des Kapitalismus geführt, dessen Bewegungsgesetze sich nun viel vermittelter durchsetzen.
So haben etwa die imperialistischen Auseinandersetzungen und Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern selbst und die zu unvorstellbarem Elend der Massen führende

Zerstörung der feudalen Wirtschaftsstrukturen in den Kolonialländern, unterstützt von der Konkurrenz der Weltmächte, die Struktur des Imperialismus wesentlich verändert.

Der klassische Kolonialismus behandelte seine Objekte als Absatzmärkte für die von der industriellen Massenproduktion erzeugten Güter und als billige Rohstoffquellen. In relativ kurzer Zeit waren jedoch die Expansionsmöglichkeiten, die diese Form des Kolonialismus zuließ, erschöpft: der klassische Kolonialismus brach zusammen.

In dieser neuen Situation muß der Kapitalismus neue Formen der Ausbeutung der ehemaligen Kolonialländer entwickeln. Für den klassischen Kolonialismus hatte der Export von Kapital allenfalls untergeordnete Bedeutung, und anders als im Kommunistischen Manifest behauptet, führte er nicht zur Industrialisierung der Kolonien. In derselben Phase, in der der englische Kapitalismus sein Kolonialreich als Absatzmarkt für die Fertigwaren seiner Industrie organisierte, exportierte er Kapital vor allem in die noch weniger fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländer.

Die nächste Zukunft des Weltkapitalismus entscheidet sich daran, ob es gelingt, in den ehemaligen Kolonialländern politische Bedingungen zu schaffen, die es ihm erlauben, die Industrialisierung dieser Länder zu betreiben. Dies würde weitreichende Expansionsmöglichkeiten mit sich bringen; für eine relativ lange Zeit wäre die kapitalistische Akkumulation, die innere Stabilität des Systems, gewährleistet.

An den inneren sozialen Verhältnissen der ehemaligen Kolonien findet diese Möglichkeit ihre Grenze. In vielen Fällen begnügt sich die Kolonialrevolution nicht mit der politischen Souveränität, sie richtet sich zugleich gegen die Verbündeten des Kolonialismus, die feudalen Oberschichten, die die notwendige Sozialreform verhindern. Die Kolonialrevolutionen haben daher, besonders in den von der Bevölkerungsexplosion betroffenen Gebieten, die Tendenz, sich in Agrarrevolutionen fortzusetzen. Orientiert an der Russischen Oktoberrevolution, die nur siegen konnte, weil sie zugleich eine Agrarrevolution war, organisieren diese Kolonialrevolutionen die Industrialisierung ihrer Länder weitgehend aus eigener Kraft mit Hilfe des Staatsmonopolismus. War aus der Oktoberrevolution die erste antikapitalistische Macht hervorgegangen, so schränken die Agrarrevolutionen in den ehemaligen Kolonien die Weltgeltung des Kapitalismus weiter ein. Darin begründen sich die entscheidenden Auseinandersetzungen der Gegenwart. Nachdem der Rüstungswettlauf der Weltmächte zu einem, wenn auch labilen Kräftegleichgewicht der Weltmächte geführt hat, nachdem sich der europäische Kapitalismus von seiner außerordentlichen Schwäche nach dem Zweiten Weltkrieg erholt und von neuem stabilisiert hat, tritt der weltgeschichtliche Antagonismus immer deutlicher in den Befreiungskämpfen der früheren Kolonien zutage.

Bis in die subtilsten Differenzierungen hinein entbindet die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und antikapitalistischen Systemen ungeheure Kräfte. Militärstrategische Positionen, selbst das Prestige der Mächte erhalten solch weitreichende Bedeutung, daß sie — wie die Entwicklung in Vietnam zeigt — genügen, um Kriege hervorzurufen. Die weltweite, permanente antikapitalistische Agrarrevolution führt zu zahlreichen kleineren sozialrevolutionären Kriegen, an denen aber immer schon die Weltmächte beteiligt sind, wenn sie einander auch nicht immer so unmittelbar gegenüberstehen wie in Kuba oder Vietnam.

Die „schmutzigen Kriege" sind aber nur der sichtbare Ausdruck des weltpolitischen Konflikts. Da der Kampf der Gesellschaftssysteme nicht mehr nur um die politische Beherrschung der Welt geführt wird, sondern ganz unmittelbar um die gesellschaftliche Verfassung noch des kleinsten Landes, wird er erst recht totalitär. Zur militärischen und politischen Intervention tritt die wirtschaftliche „Hilfe", durch die die kapitalistischen, hochindustrialisierten Länder die Außenpolitik und die innere Entwicklung der früheren Kolonien zu beeinflussen suchen. So sollen etwa die Agrarüberschüsse der USA die Agrarrevolution in Indien verhindern. Mehr jedoch versprechen die staatlich finanzierten Kredite und „Geschenke", mit denen Industrialisierung und Infrastruktur dieser Agrarländer gefördert werden sollen. Diese „Hilfe" ermöglicht nicht nur die Ausnutzung der eigenen industriellen Kapazität, sie schafft auch die infrastrukturellen und politischen Voraussetzungen, unter denen Großkapitale ihre Expansion betreiben und moderne Industrieanlagen exportieren können. Dazu fordern die Vorteile internationaler Arbeitsteilung ebenso auf, wie die außerordentlich niedrige Lohnquote, die dem niedrigen Lebensstandard in den Agrarländern zu danken ist.

Somit gehört denn auch mit der Auflösung der alten Form kolonialer Verhältnisse nicht schon die koloniale Ausbeutung überhaupt der Vergangenheit an. Die Austauschrelationen zwischen den Agrar- und den Industrieländern verschlechtern sich mit dem zunehmenden Ersatz natürlicher Rohstoffe durch billige, industriell herzustellende Kunststoffe immer mehr zuungunsten der ehemaligen Kolonialländer. Für ihre Ausfuhrprodukte, die doch den Ankauf von Industrieerzeugnissen ermöglichen sollten, erhalten sie immer weniger. Diese Tendenz wird nicht zuletzt dadurch verstärkt, daß die ehemaligen Kolonialherren häufig Monokulturen zurückgelassen haben, die keine ausreichende Ernährungsgrundlage bieten, das Land aber völlig von den Schwankungen der Weltmarktpreise abhängig machen.

Die Industriestaaten haben einen Grad von Naturbeherrschung erreicht, mit dem sie den Agrarländern in allen Beziehungen überlegen sind. Das wird den früheren Kolonialländern um so stärker bewußt, je mehr sie sich industrialisieren. Daher wächst ihr Konflikt mit den Industriestaaten. Die Differenz ist so groß und bewirkt solche Unterschiede des politischen Verhaltens, daß am Ende selbst die Weltmacht-Antipoden partiell auf gemeinsame Positionen

gelangen, um ihren Einfluß zu stabilisieren und den Fortschritt ihrer gesellschaftlichen Reproduktion zu sichern.
Trotz der zunehmenden Internationalisierung des Großkapitals bleiben die imperialistischen Interessengegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen. Während die USA das allgemeine politische und strategische Interesse des Spätkapitalismus repräsentieren, macht der autoritäre Nationalismus Frankreichs Sonderinteressen geltend. Nach dem Zusammenbruch seines Siedler- und Handelskolonialismus sucht er nun durch die forcierte Industrialisierung seiner früheren Kolonien die Basis für größere Unabhängigkeit von den USA zu finden. Andererseits schwächt die Prosperität des französischen Kapitalismus, die nicht zuletzt auf seiner Expansion in das ehemalige französische Kolonialreich beruht, seine Aggressivität gegenüber den antikapitalistischen Ländern weitgehend ab.

III.

Auch das Wesen des Krieges hat der Kapitalismus entscheidend verändert. In den vorkapitalistischen Staaten mußte sich die Kriegstechnik auf relativ kleine und kaum mit Material ausgestattete Heere beschränken. Erst die industrielle Produktionsweise hat die Arbeitsproduktivität so erhöht, daß Millionenheere und eine umfangreiche Rüstungswirtschaft überhaupt möglich wurden. Von nun an wurden alle Beziehungen von Rüstung und Krieg betroffen, die jetzt zum politisch und gesellschaftlich dominierenden Faktor wurden.
Der Krieg entwickelt eigene Gesetze, die sich die zivile Politik unterwerfen.
Der Expansionsdrang des Kapitalismus und die Blockierung seiner äußeren Expansion in ihrer klassischen handelskapitalistisch-kolonialen Form hat zu den Kriegen des 20. Jahrhunderts und zur Weltwirtschaftskrise geführt. Die forcierte Militärrüstung, die diese Krise überwinden sollte, bestimmte Ausbruch und Verlauf des Zweiten Weltkrieges.
Selbst der in den USA unternommene Versuch, die Krise mit Hilfe staatlicher Aufträge zur Verbesserung der Infrastruktur zu überwinden, blieb ohne Erfolg; erst die Rüstung brachte den kapitalistischen Ländern Prosperität. So wird unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion alle Vernunft verkehrt: wachsende Wohlfahrt erfordert wachsende Verschwendung vor allem in der Rüstung. Noch der Zweite Weltkrieg hat nicht mit rückläufiger, sondern mit gesteigerter Weltproduktion geendet. So sehr hat die Rüstung die Produktion in den USA angekurbelt.
Seitdem muß ein ausgedehnter Rüstungssektor als wesentliches Element der spätkapitalistischen Wirtschaftsstruktur gelten. Spätkapitalismus ist Rüstungskapitalismus. Die Rüstung stabilisiert ihn, da die neuen Investitionsmöglichkeiten nicht nur die Akkumulation des Profits erneut in Gang setzen, sondern zugleich die Konsumeinkommen der arbeitenden Klassen steigern und bei Überwindung der Krise die Arbeitslosigkeit verringern.

Anders als die sozialistische Kritik des Imperialismus es annahm, führt Rüstung in der Periode der Überproduktion nicht zu niedrigerem, sondern zu höherem Lebensstandard der Arbeiterklasse, nicht zu schärferen, sondern zu verminderten und verschleierten inneren sozialen Konflikten.

Solange nicht umfassende ökonomische und soziale Änderungen vorgenommen werden, die schließlich auch die gesellschaftliche Struktur angreifen müßten, bleibt der erreichte Umfang der Rüstung notwendig. Es hätte eine tiefgreifende Krise zur Folge, wenn sie abgebaut würde.

Von dieser wären aber in erster Linie die arbeitenden Klassen betroffen, deren materielle Lage direkt oder indirekt von der Rüstungskonjunktur abhängt. Wo keine Alternativen zu der im System der kapitalistischen Wirtschaft drohenden Abrüstungskrise sichtbar werden, wenden sich die Betroffenen gegen die Abrüstung.

Die ständig zunehmende Rüstung verschärft die weltpolitischen Spannungen, weil diese sie rechtfertigen müssen. Die permanente Wehrwirtschaft begründet so eine lange Periode permanenter Konflikte.

Um den mittels Rüstungsproduktion erreichten Produktionsstand auch nur erhalten zu können, muß der Rüstungssektor zumindest konstant bleiben. Dazu genügt es nicht, einmal entwickelte und produzierte Rüstungsgüter anzuhäufen; diese müssen in irgendeiner Form verbraucht werden, was zu einem fortwährenden Wandel der Waffen- und Kriegstechnik geführt hat. Weniger durch die Quantität vorhandener Waffen als durch den Fortschritt ihrer Rüstungstechnik wird nun die Weltgeltung der Großmächte bestimmt.
Durch den Staat finanziert, wurde die Rüstung zu einem riesigen Experimentierfeld, auf dem alle entscheidenden technologischen Fortschritte dieser Epoche entwickelt worden sind; die zivile Produktion wird zum Anhängsel der militärischen.
Ein stets gleich umfangreicher Rüstungssektor löst die Expansionsprobleme des Kapitalismus jedoch auf die Dauer nicht. Aus der Beschränkung der Expansionsmöglichkeiten ergibt sich daher immer wieder die Tendenz zur Ausweitung des Rüstungssektor.

In jedem Fall stabilisiert und verlängert die Rüstung die Herrschaft des Kapitals. Durch sie wird ein Teil der Ressourcen in unproduktiven Konsum abgeleitet, ohne daß sich direkt oder indirekt die Produktionskapazität erhöht. Auf diese Weise bremst die Rüstung die Entwicklung der Produktivkräfte, so daß deren Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen abgeschwächt oder verzögert wird.
Wehrwirtschaft und latente Kriegsspannung sind wesentliche Faktoren des Spätkapitalismus. Wenn auch die Rüstung scheinbar keine materiellen Versagungen verlangt, so verschärft sie doch die allgemeinen Repressionstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Rüstung hat die Rolle des Staates verändert und zu der engen Verflechtung von Staat und Gesellschaft wesentlich beigetragen. Durch die Rüstungsproduktion sind die Militärs eng mit der Großindustrie verbunden. Diese Verbindung von Wirtschaft und Militär, die wiederum in außerordentlich enger Verbindung zur gesamten staatlichen Administration steht, verfügt über enorme politische Macht, ist Ausdruck der zunehmenden Militarisierung gesellschaftlichen Lebens.
Neben den ohnehin autoritär strukturierten militärischen Subkulturen werden durch die Geheimhaltung weite Bereiche der öffentlichen Kontrolle, der Möglichkeit von Diskussion überhaupt entzogen. Die von der autoritären Struktur ihrer Institute, ihrer soziologischen wie psychologischen Voraussetzungen verformte Öffentlichkeit aber wird ihrer kritisch-kontrollierenden Funktion nicht gerecht, sondern ihrerseits zum Medium psychologischer Kriegsführung. Sie legitimiert — nach dem heute nur formalen Verständnis von Legitimation — Rüstung und Krieg und trägt damit zur Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche bei.
Da die Rüstung zu ihrer Rechtfertigung permanenter Krisenstimmung bedarf, fördert sie die ideologische Verfestigung abstrakten Freund-Feind-Denkens, das um so aggressiver wird, je geringer sein Realitätsgehalt ist. Die positive Entwicklung in den kommunistischen Ländern bewirkt daher nicht unbedingt eine Verminderung des Antikommunismus, sondern kann im Gegenteil zur Verhärtung der in ihrer Irrationalität noch zunehmenden Vorurteile führen, die sich unter anderem in einer ans Fanatische grenzenden Realitätsblindheit zeigt.
Ökonomische und politische Interessen erreichen so die Verschleierung der sozioökonomischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und ermöglichen die Ableitung aufgestauter Aggressionen gegen einen gemeinsamen äußeren Feind.
Je geringer die Überlebenschancen in einem künftigen Krieg sind, desto umfangreicher sind die politischen Maßnahmen, welche die Illusion der Überlebenschance und der Möglichkeit von Siegen festhalten müssen. Schutzmaßnahmen und Kriegsvorbereitungen sichern das Freund-Feind-Denken vor kritischer Realitätsprüfung.
Der moderne Krieg hat die Tendenz, sich selbst vorzubereiten.

IV.

Die industrielle Entwicklung hat die Arbeitsproduktivität in solchem Maße gesteigert, daß das zur Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft Notwendige nur noch einen sehr geringen Teil der Produktion erfordert.
Zahlreiche neue Werkstoffe sind entwickelt worden, die die Produktion weitgehend von den natürlichen Rohstoffen unabhängig machen und vielfältige Verwendungsmöglichkeiten bieten. Die Erkenntnisse der Kernphysik ermöglichen die Nutzung der Atomenergie und revolutionieren die Energiewirtschaft; nicht geringer sind die produktiven Möglichkeiten, die sich aus dem Fortschritt der Elektronik ergeben. Sie vor allem begründen eine neue Produktionsweise: die Automation, die die Organisation der Güterproduktion als einen kontinuierlichen, sich selbst steuernden Prozeß ermöglicht, in dem der Mensch nur noch aushilfsweise eingreifen muß. Körperliche Arbeit, die direkte Einwirkung des Arbeiters auf die Naturstoffe, wird weitgehend überflüssig. An ihre Stelle tritt jetzt die wachsende Einsicht in Naturzusammenhänge und die davon ausgehende Planung und Organisation von Naturprozessen für die menschlichen Zwecke.
Damit wird die Arbeitszeit als bestimmende Größe der Produktion in Frage gestellt. Je umfangreicher die Naturprozesse werden, die der Mensch für sich wirken läßt, je weniger sich auf Grund des Produktivitätszuwachses Arbeitsprodukt und reale Kosten der Arbeitskraft entsprechen, je mehr Arbeit den Charakter wissenschaftlicher Reproduktion und Forschung annimmt, desto geringere Bedeutung kommt bei der Bearbeitung der Naturstoffe dem Faktor Arbeitszeit zu.
Schon hier zeigt sich, wie sehr die Produktionsweise in Widerspruch getreten ist zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, zu dem der Warenproduktion zugrunde liegenden Tauschprinzip. Da sich Leistung und Gegenleistung nicht mehr eindeutig gegeneinander aufrechnen lassen, wird der Tauschwert zur Fiktion. Zudem verschärft sich der Antagonismus von privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion.
Wissenschaftliche Produktion ist gesellschaftlich: ihre entscheidenden Beiträge werden durch intellektuelle Kooperation von Wissenschaftlern hervorgebracht und angewandt in kooperativer Arbeitsteilung. An jeder Stelle des Produktionsapparates hängt die Arbeit des einzelnen und ihr Ergebnis infolge der weit fortgeschrittenen Arbeitsteilung ab von der Kooperation mit anderen.
Automation bedeutet die Reorganisation der bis an ihre Grenzen getriebenen Arbeitsteilung.
Das setzt aber schon weit vorangetriebene regionale und internationale Arbeitsteilung voraus. Große und sichere Märkte sind eine wesentliche Bedingung automatischer Produktion; sie setzt sich daher zuerst in der Rüstungswirtschaft durch.
Die oligopolistische und monopolistische Konzentration des Spätkapitalismus hat die Voraussetzungen für die Einführung der Automation geschaffen. Die Oligopole und Monopole repräsentieren jeweils ganze Sektoren der Produktion, Wirtschaftszweige, die zwar noch miteinander konkurrieren, in ihren Bereichen aber Produktion und Distribution systematisch planen und organisieren. Monopolkapitalismus ist weniger Konkurrenz- denn Planungskapitalismus, was jedoch nicht bedeutet, daß die kapitalistische Konkurrenz aufgehört hat zu bestehen. Sie nimmt lediglich neue Formen an: überdimensionierte Produktionskapazitäten sollen in jeder Konjunkturlage die Markt-

position des jeweiligen Oligopols sichern — es werden Produktionsanlagen gebaut, die allenfalls in Sonderfällen produzieren sollen.

Wenn auch schon unter den Bedingungen des Spätkapitalismus die gesellschaftliche Produktion weitgehend von einem in sich zweckrational organisierten Apparat geregelt wird, so bedeutet das dennoch nicht, daß die Anarchie kapitalistischer Produktion aufgehoben ist. In der Ziellosigkeit, mit der der Produktionsapparat sich erweitert, zeigt die Anarchie sich von neuem. Den Gesetzen der Profitmaximierung folgend dient er in erster Linie seiner eigenen Perpetuierung auf immer erweiterter Stufe — die Bedürfnisse der Menschen sind ihm nur das Material seiner Reproduktion.

Industrielle Entwicklung und Kapitalismus haben die Bedürfnisse der Menschen erweitert. Der gewaltig gestiegene Mehrwert ermöglicht es, ohne wesentliche Veränderung der Lohnquote die Reallöhne der Bevölkerung und damit das gesellschaftliche Existenzminimum zu heben. Unter dem Druck angespannter Arbeitsmarktlagen und der Arbeiterbewegung hat die kapitalistische Akkumulation ihre Chance in der inneren Expansion gefunden, die jedoch ihre Schranke an eben den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Menschen findet.

Zum Zweck der Realisation des Mehrwerts muß der Konsum breiter Schichten so gesteigert und ausgerichtet werden, wie es den Bedingungen der kapitalistischen Produktion entspricht. Es entsteht die Werbe- und Bewußtseinsindustrie; der Dienstleistungssektor wird ausgebaut. Diese neuen Wirtschaftszweige schöpfen schon selbst einen Teil überschüssigen Mehrwerts ab, ohne zu seiner Produktion direkt beizutragen. Ihre gesellschaftliche Funktion besteht in erster Linie darin, die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen industriell aufzuarbeiten, damit sie ebenso abgefertigt und zum Material der kapitalistischen Akkumulation werden können.

Durch Werbung wird der Wert von erworbenen Konsumgütern systematisch gemindert, und die Menschen werden unzufrieden gemacht mit dem, was sie haben, damit sie die neuangebotenen Waren kaufen. Der potentiell beseitigte Mangel an materiellen Gütern wird künstlich wieder hergestellt, denn um weiterbestehen zu können, muß das spätkapitalistische System die Menschen nicht nur zufriedenstellen, sondern in gleichem Maße unzufrieden machen.

Die Mobilisierung archaischer Ressentiments zur Steigerung und Ausrichtung des Konsums bewirkt zugleich die Desorientierung der Konsumenten. Das ist nötig, weil nur so die weitere barbarische Expansionsform möglich ist: den Gebrauchswert der produzierten Güter planmäßig zu beschränken und zu mindern.

Die Güter werden nicht nach Maßgabe der technisch besten Möglichkeiten zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse produziert, sondern nach den optimalen Marktchancen der großkapitalistischen Unternehmungen. War der Gebrauchswert in der Aufstiegsperiode des Kapitalismus noch die selbstverständliche Voraussetzung aller Tauschwertproduktion, so verkehrt sich am Ende des Kapitalismus dieses Verhältnis: der Gebrauchswert muß negiert werden, um den Tauschwert zu gewährleisten.

Das fundamentale Bedürfnis der Menschen, das Bedürfnis nach Zeit — freier Zeit —, kann der Kapitalismus nur partiell und gezwungenermaßen erfüllen. Zwar hat der wachsende Reichtum dazu geführt, daß für breite Schichten ein beachtlicher Zeitraum entstand, der von der unmittelbaren Reproduktion des materiellen Lebens befreit ist. Nur außerordentlich beschränkt läßt die Warengesellschaft jedoch aus dieser Zeit freie Zeit zur Selbstverwirklichung der gesellschaftlichen Individuen werden. Wirksamer denn je paßt die Freizeitindustrie die Menschen den Bedingungen der Warengesellschaft an, macht sie die Entfremdung total und zugleich immer weniger durchschaubar. Aus Freizeit wird ein Appendix der Lohnarbeit, wird Konsum-Zeit, die wiederum den Charakter von Arbeitszeit annimmt.

Das Leistungsprinzip der Warengesellschaft erstreckt sich auf alle menschlichen Beziehungen; noch im Intimbereich werden die Individuen, durch das Tauschprinzip dieser Gesellschaft von einander getrennt, zu Objekten.

Je mehr jedoch die auf dem Tauschprinzip beruhenden Produktionsverhältnisse mit den unter ihrer Herrschaft entwickelten Produktivkräften und Bedürfnissen in Widerspruch geraten, desto repressiver werden sie. Ihre Versagungen finden Ausdruck in zunehmenden und sich verstärkenden Neurosen. Neurotisierung und Kriminalität sind für die Prosperitätsperioden des Spätkapitalismus symptomatische Formen der Entfremdung.

Zum Fluch wird der gesellschaftliche Reichtum in seiner kapitalistisch entfremdeten Form aber erst recht für diejenigen, die weder in dem immer begrenzteren Kreis derer gebraucht werden, die produktiv arbeiten, noch integriert werden durch die „Veranstaltungen", die den Mehrwert abschöpfen, für diejenigen, die keine Chance haben, zu Einkommen zu gelangen: die Arbeitslosen, Opfer struktureller Arbeitslosigkeit. Für sie bedeutet der Überfluß Armut.

V.

Die Teilung der Arbeit und die Integration der Produktion haben sich über die nationalstaatlichen Grenzen hinweggesetzt und ein arbeitsteilig-integriertes internationales Wirtschaftssystem entwickelt. Träger dieser Verflechtung sind die großen Finanz- und Industriekorporationen, deren technische Voraussetzungen zur Profitmaximierung großer Märkte bedürfen. Zugunsten internationaler Arbeitsteilung forcieren sie den Abbau wirtschaftlicher Schranken zwischen den Industriestaaten. Zwar erlauben geographische Ausdehnung und der Umfang der Industrieproduktion auch hochentwickelten Industrieländern wie den USA und der Sowjetunion eine relativ große ökonomische Autarkie, so

daß ihr Außenhandel eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt. Die alten europäischen Industrienationen hingegen werden jetzt ein Hindernis der ökonomischen Entwicklung — trotz ihrer Verbindung zu ihren ehemaligen Kolonien.

Die alten Nationalstaaten entsprechen den Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Reproduktion nicht mehr, sie werden immer anachronistischer. Mit der Internationalisierung der Produktion wachsen vor allem auch die Voraussetzungen enger politischer und militärischer Zusammenarbeit der kapitalistischen Staaten. Die Allianzen der kapitalistischen Länder sind jedoch in erster Linie unmittelbar politisch begründet; sie erweisen sich als notwendig auf Grund des weltpolitischen Gegensatzes zu den antikapitalistischen Ländern sowie dem Übergewicht der Militärstrategie und deren Entwicklung gegenüber der Außenpolitik. Sobald sich die weltpolitische Kräftekonstellation verändert, strukturieren sich auch die Beziehungen zwischen und in den kapitalistischen Ländern um, brechen Konkurrenzverhältnisse auf oder werden abgeschwächt.

Mit der militärischen Entwicklung ist die Souveränität der Nationalstaaten zur Fiktion geworden. Zwar hat sich die Produktion von Atomwaffen außerordentlich verbilligt, aber ein weltumspannendes Militärsystem, das auf großen Vorräten an Atomwaffen, ihren Trägerausrüstungen und schließlich der Raumfahrttechnik beruht, setzt ein so hoch entwickeltes Industriepotential voraus, wie es bislang nur die beiden Weltmächte aufweisen. Unter diesen Bedingungen sind Sonderpositionen zwar noch begrenzt möglich, tendenziell ergibt sich aber daraus die militärische und politische Abhängigkeit der kleineren und zweitrangigen Industriestaaten von den beiden Großmächten.

Der Souveränitätsverlust der Nationalstaaten verlagert einen beträchtlichen Teil relevanter politischer Entscheidungen, die immer auch tiefgreifende innenpolitische Folgen haben, in die Außen-, Militär- und internationale Wirtschaftspolitik, in eine Sphäre also, über die sich die Masse der Bevölkerung kaum ausreichend informieren und auf die sie so gut wie keinen politischen Einfluß nehmen kann.

Vor allem hat sich jedoch die Rolle des Staates gewandelt. Garantierte er in seiner liberalen Phase lediglich formal die Bedingungen eines dem Privatbereich zugehörenden Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Reproduktion, so übernimmt er in den fortgeschrittenen Stadien der Industrialisierung mannigfache Aufgaben, mit denen er nun selber regelnd und produzierend in die Wirtschaft eingreift.

Der erreichte Stand der Technologie verlegt einen wesentlichen Teil der Produktion von der Industrie auf deren infrastrukturelle Voraussetzungen. Bildung, Forschung, Verkehr, Kommunikationswesen, Städte- und Wohnungsbau, Gesundheitspflege und soziale Fürsorge, das höhere gesellschaftliche Existenzminimum und die aus ihm resultierenden Ansprüche überhaupt sind zu bedingenden Faktoren der Produktion geworden, die der Staat bereitstellen und gewährleisten muß. Der spätkapitalistische Staat hat bereits Produktionsaufgaben im Dienste der gesellschaftlichen Reproduktion und nicht mehr nur Herrschaftsfunktionen für das etablierte System. Er ist daher scheinbar neutral, weil er es weniger denn je ist.

Die Rolle des kapitalistischen Staates ist bestimmt von der Krisenhaftigkeit des Systems. Hatte der Staat schon in der liberalen Phase des Kapitalismus durch seine imperialistische Politik dessen von den großen Kapitalgesellschaften vorangetriebene Expansion erst gewaltsam ermöglicht, so wird er erst recht nach der Beschränkung der äußeren Expansion von den großen Kapitalzusammenschlüssen in Anspruch genommen.

Die innere kapitalistische Expansion hat alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einbezogen. Daher erfassen nun die Krisen der Akkumulation ausnahmslos die gesamte Gesellschaft, es gibt keine von der kapitalistischen Konjunktur unabhängigen Bereiche mehr, die es erleichtern könnten, aus Depressionen herauszukommen.

Als stabilisierende Kraft bleibt nur der Staat, dessen wirtschaftliche Tätigkeit sich jedoch erst gegen konservativen Widerstand durchsetzen muß. Neben der Rüstung, die den Staatshaushalt zunehmend erweitert und die neue Rolle des Staates wesentlich begründet hat, führen die sozialpolitischen Aufgaben, die er unter dem politischen Druck der Arbeiterbewegung übernehmen mußte, zur Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivität des Staates. Diese wirtschaftspolitische Funktion wird besonders deutlich in der Finanz- und Haushaltspolitik, zu deren erster Aufgabe es wird, für konjunkturelle Stabilität zu sorgen und in Stagnations- und Depressionsperioden durch defizitäre Politik konjunkturelle Impulse zu geben.

Der hohe Rüstungsetat, die Verschwendungstendenzen und die staatliche Wirtschaftspolitik haben die Konjunkturschwankungen abgeschwächt. Obgleich der amerikanische Kapitalismus dadurch vor einer schweren Depression bewahrt wurde, konnte die Stagnation kaum überwunden werden. Die wachsenden Produktivkräfte erzeugen immer neue Krisenerscheinungen, die sich gegen die staatlichen und monopolistischen Maßnahmen schleichend durchsetzen.

Während sich zwar ungewollt auf Grund der umfangreichen staatlichen Konjunkturpolitik keimhaft Elemente zweckgerichteter gesamtgesellschaftlicher Produktion herausbilden, werden sämtliche Produktionsfunktionen des Staates zu ökonomischen, sozialen und politischen Mitteln der Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Die produktiven Funktionen des Staates bringen seine Administration in enge Zusammenarbeit mit dem großindustriellen Management und der oberen Bürokratie der Interessenverbände. Über diese Verbindung, auf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben alle Seiten gleichermaßen angewiesen sind, werden die öffentlichen Instanzen mit den

Interessen ihrer privaten Partner verbunden und in deren Dienst genommen.

Zugleich überfordern die wachsenden produktiven und sozialpolitischen Aufgaben auch die Arbeitskapazität und die Kompetenz des Parlaments, das dadurch de facto immer weniger in der Lage ist, der Exekutive Anweisungen zu geben und sie zu kontrollieren, da es statt dessen darauf angewiesen ist, von jener informiert und unterstützt zu werden. Die formale Trennung von Exekutive und Legislative im spätkapitalistischen Staat führt zu strukturellem Übergewicht der Exekutive.

Ohnehin ist unter den Bedingungen sozialer und politischer Widersprüche das ursprüngliche Konzept des bürgerlichen Parlaments, als dem Ort, in dem nach öffentlichem Räsonnement das Vernünftige bestimmt wird, fiktiv. Das Parlament ist vielmehr zu einer Plattform geworden, auf der Parteisprecher zusammenkommen, um vorentschiedene Abstimmungen zu protokollieren und autoritative Erklärungen an ihre Wähler abzugeben. Die Bindung der Abgeordneten an Parteien war so lange durchaus ein demokratisches Element, als in diesen selber noch durch öffentlich demokratische Diskussion der Mitglieder als den politischen Aktivbürgern die politischen Positionen entwickelt wurden. In der Spätphase des Kapitalismus kann es aber bei relativer Stabilität der sozialen Entwicklung dahin kommen, daß in den an den sozialen Verwaltungsaufgaben beteiligten Parteien die daraus entstehende Schicht von am Ende auf technokratische Reproduktion des Bestehenden verpflichteten Berufspolitikern sich durchsetzt. Infolgedessen sind aus den Mitgliederparteien der alten Arbeiterbewegung Parteiapparate geworden, deren Ziel es ist, sich politisch-soziale Funktionen anzueignen und zu verteilen.

In der Auseinandersetzung darum tendieren die Parteiapparate dazu, so wie der Staatsapparat selbst, sich scheinbar über soziale Interessen hinweg auf einen neutralen Durchschnittswähler einzustellen und so selbst profillos zu werden.

Diese Tendenz findet ihre Entsprechung in den Veränderungen des politischen Verhaltens der arbeitenden Bevölkerung. Durch den Ausbau der Massenkommunikationsmittel und der Freizeitindustrien wurde ihre von der Arbeitssphäre scharf getrennte kleinfamiliale Privatsphäre ausgehöhlt. In dieser Privat- und Freizeitsphäre, die vor allem auf Konsum ausgerichtet ist, erfahren die einzelnen nun Politik, deren Inhalte sich dadurch gleichfalls verändern. Da aber die alten Formen des Privaten formal aufrechterhalten werden, gibt es — bei gleichzeitiger Tendenz zur Atomisierung, zur Beziehungslosigkeit des einzelnen, in der Arbeitssphäre infolge der technologischen Bedingungen — kaum mehr soziale Bereiche, in denen sich politisches Verständnis vernünftig ausbilden kann.

Politik wird daher weithin in Kategorien des Konsumverhaltens erfahren, so daß die arbeitenden Klassen sich ihren Interessen eher entfremden, als daß ein vernünftiger Begriff von Politik sie ihnen verständlich machen könnte.

VI.

Die Marxsche Prognose bestätigend, hat der Kapitalismus die ständischen Mittelschichten zerstört. Zugleich schuf er jedoch, insbesondere im Distributionssektor und im Reparaturgewerbe, soziale Existenzen, die zwar überwiegend von den großen Produktionsbetrieben abhängig sind, aber trotzdem ihrer formalen Selbständigkeit wegen an mittelständischen Ideologien festhalten.

In der Landwirtschaft hat die Industrialisierung die Zahl der notwendigen Arbeitskräfte auf ein Minimum reduziert. Unter konservativem Druck wird aber die tatsächliche Beschäftigtenzahl der Agrarwirtschaft trotz gleichzeitiger Überproduktion in den meisten kapitalistischen Industrieländern durch staatliche Subventionen künstlich über dem technisch notwendigen Minimum gehalten und damit das soziale Gewicht der konservativen Gruppen erhöht.

Außerordentlich verändern jedoch die Differenzierungen innerhalb der nun die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung umfassenden Arbeiterklasse die Sozialstruktur. Das gestiegene Einkommen ermöglicht es einer größeren Gruppe der Arbeiterklasse, über einen Teil davon relativ frei zu verfügen. Vom Staate unterstützt, kann diese Schicht, wenn auch nur in geringem Maße, Sparkapital und Kleinbesitz bilden, was zwar weniger konjunkturpolitische, dafür aber große ideologische Folgen hat. Zudem verringert die technologische Entwicklung den Anteil der Industriearbeiterschaft, der Schicht der Arbeiterklasse also, die bisher in der westeuropäischen Arbeiterbewegung so ausschließlich als die entscheidende galt, daß sie lange Zeit mit der Klasse überhaupt identifiziert wurde.

Mit den allgemeinen, außerbetrieblichen Lebensbedingungen verändert sich gleichzeitig die Arbeitssituation der Industriearbeiter. Die moderne Technologie erfordert großes technisches Wissen und Können, und der Umgang mit ihren immer umfangreichen Aggregaten verlangt große technische Sensibilität.

Die industriellen Herrschaftssysteme können und müssen infolgedessen flexibler werden: es entsteht ein Bereich, in dem die Entscheidungen dem Ermessen der Arbeitenden überlassen bleiben müssen. Damit wird aber lediglich personale durch die Sachautorität der technischen Anforderungen ersetzt. Die rationale Autorität der technischen Verfahren ist aber von vornherein in den Dienst des irrationalen Ganzen genommen; die vorgeordneten technischen Abläufe unterstellen den Arbeiter der Herrschaft der diese Abläufe bestimmenden partikularen ökonomischen Interessen. Zugleich gewinnt die Produktivkraft der Kooperation größere Bedeutung. Von der Arbeitszufriedenheit und der Bereitschaft der Arbeiter, im Produktionsprozeß selbsttätig zusammenzuarbeiten, hängt das Ergebnis der Produktion immer mehr ab.

Das stärkt die betriebspolitische Position der Belegschaften, während allerdings die bestimmenden ökonomischen Entscheidungen längst über die Einzelbetriebe hinweg in Kooperation der großen Konzern- und Bankleitungen getroffen werden.
Zu seiner Produktion benötigt der wachsende Reichtum immer weniger Menschen, zu seiner Verwaltung und Verteilung unter den Bedingungen der Warenwirtschaft immer mehr. So nimmt denn die Zahl der im Distributions- und Dienstleistungssektor Beschäftigten ständig zu — bis auch in diesen Wirtschaftszweigen sich Rationalisierung, Mechanisierung und Automation durchsetzen. Letzten Endes wächst die Zahl derer, die damit beschäftigt werden, unproduktiv den Mehrwert abzuschöpfen.

Dagegen wächst die produktive Bedeutung der sich vergrößernden Schicht wissenschaftlich Gebildeter — der Lehrer, Ärzte, Chemiker, Techniker, Planungsfachleute etc. —, denen immer entscheidendere und zahlreichere Funktionen im Rahmen der Produktion zukommen. Die traditionellen Bildungsschranken bewirken vielfach die Rekrutierung dieser Schichten aus sich selbst oder aus solchen sozialen Gruppen, die sich bisher in einer sozialen Zwischenlage sahen. Ihre soziale Herkunft und ihr besonders ausgeprägtes naturwissenschaftlich-technisches Leistungsbewußtsein disponiert sie stark für autoritäre politische Ideologien, sie bilden die politischen Kader technokratischer Tendenzen. Sie entwickeln ein ausgeprägtes Interessenbewußtsein, das allerdings ständische Züge trägt. Die Stellung in der Produktion und das Selbstbewußtsein, das diese Gruppen auf Grund ihrer zunehmenden produktiven Funktionen entwikkeln können, macht sie zu den Repräsentanten der fortgeschrittenen Produktionsweise.

Die sich während des Übergangs zur automatischen Produktion entwickelnden Antagonismen bringen diese Schichten tendenziell in politische Opposition zu den konservativen sozialen Gruppen.
Demgegenüber werden die Schichten, aus denen sich die Arbeiterbewegung traditionell rekrutiert, von den Strukturveränderungen weniger betroffen, solange sie sich in einer prosperierenden Wirtschaft durchsetzen.

Nachdem die innere kapitalistische Expansion vollzogen ist, stabilisiert sich unter den Voraussetzungen von Vollbeschäftigung und Prosperität die Entwicklung der Reallöhne im Rahmen der Produktivitätssteigerung und der Geldwertentwicklung, obgleich diese Stabilität nach wie vor durch die gewerkschaftliche Aktivität garantiert werden muß.

Die sozialpolitischen Bedingungen der modernen kapitalistischen Produktion machen die Gewerkschaften notwendig. Wie andere Interessengruppen wirken sie in der halböffentlichen Sphäre von Großbetrieben, Staat, Parteien und Interessenverbänden als Ordnungsfaktor.
Sobald sie aber über diese bloße systemimmanente Interessenvertretung hinausgehen und etwa die einmal vereinbarte Zuwachsrate der Reallöhne und -gehälter wesentlich zu erhöhen trachten, geraten sie in Konflikt mit dem Staat als dem Sachwalter des Bestehenden und also des gegebenen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Ausdruck der diesem Konflikt zugrunde liegenden Politisierung der ökonomischen wie aller gesellschaftlicher Verhältnisse ist zum Beispiel, daß die Höhe der Reallöhne unter den Bedingungen oligopolistischer und monopolistischer Preisbildung im Interesse der Großindustrie ebenso durch die staatliche Wirtschaftspolitik bestimmt wird wie durch die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Gewerkschaften sind gezwungen, um politische Macht zu kämpfen, wenn sie die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten wollen, zumal die integrative Verselbständigung der Parteien die politische Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse durch diese versagt. Weil aber Ökonomie und Politik so eng verflochten sind und weil die Konzentration der Produktion einen integrierten Apparat hat entstehen lassen, muß die gewerkschaftliche Klassenvertretung in jedem konkreten Falle immer schon gesamtwirtschaftliche, gesamtgesellschaftliche Interessen wahrnehmen.
Die vielfältigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Interessenvertretung haben diese zum Beruf gemacht. In Perioden ökonomischer Prosperität und der Verschleierung der Klassengegensätze kann das Bewußtsein der Arbeiterklasse so sehr in den verdinglichten Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft befangen sein, daß ein Teil ihrer Vertreter die den Gewerkschaften vom bestehenden System zugeschriebene Rolle eines Ordnungsfaktors akzeptieren und mit einer ständestaatlichen Ideologie rechtfertigen und verschleiern können. Dies ist um so eher möglich, wenn durch politische Isolierung oder theoretische Unzulänglichkeit der Sozialisten die allgemeine wie auch die unmittelbar-konkrete Reflektion auf die Rolle der Arbeiterorganisationen im Rahmen des hochkapitalistischen Systems abgeschnitten wird.
Andererseits erlauben es aber organisatorische Stärke und das ihr entsprechende Selbstbewußtsein der Gewerkschaften, daß sich in ihnen auf Grund ihrer strukturellen Interessenverbindung weiterreichende Ansätze zu kritischer Selbstverständigung finden lassen, als es dem Bewußtsein der gesamten Arbeiterklasse entspräche. In dem Maße, in dem sich so in der Praxis der Gewerkschaften und ihrer Kader aufklärerisch kritische Absichten realisieren, ergibt sich die Möglichkeit, progressiv, dem Fortschritt der Produktionsweise entsprechend, über die klassischen Formen der Interessenvertretung hinauszugehen.
Das ist aber die Bedingung weiterer Erfolge, denn die Verschiebung der sozialen Konflikte in Perioden ökonomischer Prosperität von den unmittelbaren Lohnkämpfen auf die Auseinandersetzungen um die Infrastruktur, um das Abbauen hierarchischer Strukturen und um gesamtwirtschaftliche Plandaten gestatten nicht nur neue Formen der Klassenvertretung, sondern sie fordern sie.

Zur Dialektik von Reform und Revolution

Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie

Michael Vester

Diese Abhandlung erhebt Anspruch auf Unvollständigkeit. Die Analyse der historischen Totalität ist zu kompliziert, als daß sie in einem einzigen Artikel oder Grundsatzprogramm eindeutig genug anvisiert werden könnte. Viele wichtige Probleme habe ich nur andeuten können; ihre Explikation muß künftigen Analysen überlassen bleiben. Aber auch die notwendigen kollektiven wissenschaftlichen Anstrengungen können die Frage nach der möglichen historischen Dynamik nicht endgültig beantworten. Denn die historischen Bedingungen können sich ständig ändern, und die Antwort ist letztlich nicht allein theoretisch, sondern nur praktisch zu erarbeiten. Die Ambivalenz der historischen Situation zwingt die Analyse zu Abstraktionen, deren Mehrdeutigkeit sich erst in der realen Entwicklung auflösen kann. — Die vorgelegten Hypothesen entziehen sich daher einer konkretistischen Interpretation.

I. Zur Krise der Arbeiterbewegung

I. 1 Die Desintegration der Arbeiterbewegung

Die Rolle der Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie läßt sich nicht auf eine einfache Formel bringen. Bis zum Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848 war die Strategie, wie sie etwa im Kommunistischen Manifest programmiert ist, Ausdruck der realen Praxis einer schmalen, doch ökonomisch wie politisch verhältnismäßig militanten Arbeiterbewegung. In der folgenden expansiven Phase des Kapitalismus wuchs die Diskrepanz zwischen einer breiten, aber auf ökonomische Berufsinteressen beschränkten Gewerkschaftsbewegung und den politischen Strategen der II. Internationale, die an diesem Widerspruch 1914 auch äußerlich zerbrach. Theoretiker wie Luxemburg, Pannekoek, Lenin, Korsch und Lucács versuchten, das Verständnis der Rolle des proletarischen Bewußtseins wiederherzustellen und die Kapitalismuskritik auf die neue imperialistische Phase anzuwenden. Die Desintegration der Arbeiterbewegung war jedoch nicht mehr aufzuhalten. Vorstellungen über die Entwicklung des Arbeitnehmerbewußtseins und des organisierten Kapitalismus entwickeln sich auch heute nur zaghaft.

Der Zerfall der Arbeiterbewegung in die besonderen Institutionen der Gewerkschaften, der Parteien und der Theorie ist nicht nur subjektive Schuld der „Führung", sondern zugleich Ausdruck des objektiven Problems, daß die Arbeiter auch dann eine Gesamtvertretung brauchen, wenn ihr eigenes politisches Bewußtsein sich noch nicht entwickelt hat. Die Arbeiterbewegung reproduziert die Arbeitsteilung der Herrschaft in drei institutionelle Bereiche, von denen jeder zwar keine autonome, doch eine „besondere Existenz" hat: (1) die von den Unternehmern verwalteten kapitalistischen Einzelinteressen; (2) deren vom Staat verwalteten politischen und ökonomischen Gesamtinteressen; (3) die ideologische Legitimation aller dieser Interessen durch einen besonderen kulturellen Apparat, der von Wissenschaft, Pädagogik, Meinungsindustrie und Klerus verwaltet wird.

Da Klassenkampf überall dort zu führen ist, wo der Gegner angreift, bedürfen auch die Gegenmächte besonderer ökonomischer, politischer und ideologischer Institutionen, deren Einheit nicht unmittelbar gewährleistet sein kann. Auch die mittelbare Einheit ist heute vollends zerfallen: (1) das Institut der parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaften beschränkt diese auf die Repräsentation der ökonomischen Interessen der Bevölkerung; (2) die politische Partei hat sich, als verfassungsmäßig weisungsfreie Parlamentsfraktion, gegenüber diesen Grundinteressen verselbständigt; (3) die kritischen Intellektuellen sind von der politischen und ökonomischen Praxis weitgehend isoliert. Beredter Ausdruck dieser Verselbständigung sind heute Berufsideologien, die die Belegschaft, die Partei oder die Intellektuellen zur ausschließlich berufenen Agentur historischer Veränderung erklären. Tatsächlich aber kann jedes dieser partikularen Konfliktsubjekte seine arbeitsteilige Aufgabe nur in inniger Wechselwirkung mit den anderen erfüllen. Jeder ökonomische Konflikt enthält z. B. auch politische und ideologische Momente und bedarf der Unterstützung durch die politische Partei und die Intellektuellen. Klassenkämpfe im Parlament und im kulturellen Apparat sind notwendig, aber nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Ziel des Sozialismus. Dieses Ziel muß mit seinem Weg übereinstimmen: wenn das Ziel das universale Engagement der Bevölkerung ist, dann muß der Weg die allmähliche Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen den drei Konfliktsubjekten sein. Insofern bildet der ökonomische Konflikt, in dem das Engagement der Bevölkerung beginnt, den Schwerpunkt, dem die anderen Auseinandersetzungen zuzuordnen sind. Wissenschaft muß nicht nur Herrschaft, sondern auch ihre praktische Veränderbarkeit untersuchen: Politik muß Demokratie nicht nur verteidigen, sondern auch ausdehnen. Vor dieser Aufgabe haben in unserem Lande nicht nur die offiziellen Gegenmächte, sondern auch ihre linken Kritiker versagt.

Die unverzichtbare Basis jeder historisch relevanten Arbeiterbewegung ist das ökonomisch-gewerkschaftliche Engagement der Arbeitnehmer. Ohne diese Basis müssen intellektuelle Kritik und Parteipolitik langfristig folgenlos bleiben.

I. 2 Materialistische und idealistische Strategie

Nach einem Wort von Karl Marx ist der Sozialismus keine Idee, sondern eine wirkliche Bewegung: die Herrschaftsverhältnisse selbst erzeugen Widersprüche und historische Subjekte, die diese Widersprüche lösen. Die Widersprüche wurzeln in den ökonomischen Verhältnissen, welche immer wieder die Produktivität der materiellen und menschlichen Produktivkräfte hemmen. Erzeugbare Gebrauchswerte werden entweder gar nicht erst erzeugt oder aber verschwendet. Die Verschwendung liegt in Konjunkturen auf dem Gebiet der Werbung, Rüstung, Verwaltungskosten und der bewußten Produktion minderwertiger Waren; in Krisen wird die Verschwendung von Gebrauchswerten sichtbar in unbeschäftigten Maschinen und Menschen. Der Kapitalismus erzeugt also aus sich selbst heraus Probleme, die Reorganisationen seiner Produktion und Distribution notwendig machen.

Diese Reorganisation kann sowohl von der herrschenden wie von der abhängigen Klasse durchgeführt werden, sowohl autoritär wie demokratisch. Subjekt dieser Reorganisation ist immer jene Klasse, deren Mitglieder nicht mehr blind gegeneinander konkurrieren, sondern sich bewußt solidarisieren. Die Klasse, die ihr Gesamtinteresse als erste durch die eigene Praxis hindurch begreift, erwirbt damit ein ihr eigenes Machtinstrument, mit dem sie gesellschaftliche Widersprüche auf Zeit oder auf Dauer meistern kann. Im Falle der Weltwirtschaftskrise war dies die kapitalistische Klasse. Die politische Arbeiterbewegung mußte damals versagen, weil der Kampf um die Machtbasis der ökonomischen Kontrolle lange vorher gescheitert war. Die kapitalistische Klasse dagegen fand im Staat das Machtinstrument, welches ihr Gesamtinteresse repräsentierte und die Krise allmählich durch fiskalische Nachfragestimulierung bewältigen konnte. Der Ausgang der Krise war bereits vor ihrem Ausbruch entschieden worden. Er bestätigt Rosa Luxemburgs These, daß allgemeine Krisen die Alternative „Sozialismus oder Barbarei" aufwerfen, die durch die Praxis der bewußtesten und am besten organisierten Klasse entschieden wird. Der historische Determinismus der Sozialdemokratie, der die Revolution als automatisches, nicht durch bewußte Praxis vermitteltes Resultat der Krise verstand, begünstigte insofern objektiv den Sieg des Faschismus.

Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern viele Linkssozialisten halten heute die Arbeitnehmer als mögliche Agentur der historischen Veränderung für ungeeignet. Als politische Subjekte gelten ausschließlich die Intellektuellen, Kaderparteien, Verbandsspitzen oder Parlamentsfraktionen. Da Dynamik der Gesellschaft nicht mehr immanent sei, müsse sie von außen in sie hineingetragen werden: von bürokratischen oder intellektuellen Minderheiten oder durch den „Weltklassenkampf". Der Sozialismus ist dann keine wirkliche, im realen Geschichtsprozeß wurzelnde und tendenziell die Mehrheit engagierende Bewegung mehr, sondern eine nur in Kadern oder Bürokratien inkarnierte Idee, die einer widerstrebenden Realität aufgenötigt werden muß — notfalls durch Gewalt oder Manipulation.

Die Verselbständigung der offiziellen Gegenmächte reproduziert sich auf der sozialistischen Linken. Die eine Gruppe möchte innerhalb der existierenden Verbände oder durch eine eigene politische Organisation Verbandsspitzen oder Parlamente beeinflussen. Eine andere will in esoterischen Zirkeln oder in Massenmedien Kultur- und Sozialkritik kommunizieren. Eine dritte will sich auf Belegschaften oder Gewerkschaften beschränken. Die starre Beschränkung auf ausschließliche Zielgruppen reproduziert nur die linkshegelianische Dichotomie von Geist und Masse und deren blanquistischen und anarchistischen Korrelate. Diese drei Konzeptionen sind, wie die offiziellen, idealistisch und tendenziell elitär.

Die materialistische Konzeption ist wesentlich demokratisch. Sie beruht auf den beiden Hypothesen, daß (1) der Kapitalismus ökonomisch instabil ist und daher die Abhängigen nicht endgültig „integrieren" kann, und daß (2) eine gerechte Gesellschaft nur als Werk der Majorität der Arbeitnehmer Wirklichkeit werden kann. Die idealistische Konzeption ist wesentlich autoritär. Sie behauptet, daß (1) der Kapitalismus heute ökonomisch stabil sei und die Abhängigen unwiderruflich „integrieren" könne, und daß (2) eine gerechte Gesellschaft durch Minderheiten eingerichtet werden könne. Die realistische und illusionslose Positur der autoritären alten Linken beruht wesentlich darauf, daß sie von einer doktrinär-verdinglichten Revolutionstheorie ausgeht, die eine totale ökonomische und politische Krise des Kapitalismus und ein durch krasses Elend bewußt gewordenes Proletariat postuliert. Diese Postulate erweisen sich heute ohne Zweifel als Illusion. Es fragt sich jedoch, ob damit die Realität für die Revolutionstheorie oder die Revolutionstheorie für die Realität untauglich geworden ist.

II. Die Bedingungen des Klassenkampfes im organisierten Kapitalismus

Die realen Bedingungen des Klassenkampfes, die gesamtgesellschaftlichen Widersprüche, haben sich seit dem klassischen Wettbewerbskapitalismus wesentlich gewandelt. Ich möchte sie zunächst getrennt und erst am Ende meiner Darlegungen als vermittelte Momente der historischen Totalität darstellen. Diese Bedingungen sind für beide Klassen einerseits ihre objektive ökonomische Lage und andererseits ihr organisatorisch manifestiertes Bewußtsein von dieser Lage: auf der Seite der kapitalistischen Klasse (1) die Instabilität ihrer ökonomischen und (2) ihrer politisch-ideologischen Organisation; auf der Seite der Arbeitnehmer (3) ihre objektiven Existenzbedingungen und (4) ihre bewußtseinsmäßige und organisatorische Reaktion darauf.

II. 1 Die ökonomische Instabilität des Kapitalismus

Die These vom Zusammenbruch des Kapitalismus beruhte auf der Annahme, die Unternehmer könnten ihr langfristiges Gesamtinteresse nicht erkennen. Die blinde Verfolgung des kapitalistischen Einzelinteresses in der anarchischen Konkurrenz, d. h. die Investitionsmaximierung auf Kosten des Einkommens müsse daher mit Naturnotwendigkeit zur unüberwindlichen Absatzkrise führen. Tatsächlich aber haben die Unternehmer eine unerwartete Anpassungsfähigkeit bewiesen und ihr Gesamtinteresse eher erkannt als die Arbeitnehmer das ihre. Im Produktionsbereich ist die kapitalistische Konkurrenz teilweise, im Distributionsbereich weitgehend aufgehoben worden.

Auf der Seite der Produktion ist, spätestens seit der Jahrhundertwende, die Konkurrenz innerhalb der großen Industrien durch Oligopole weitgehend reduziert worden. Konkurrenz besteht wesentlich nur zwischen den Oligopolen und den schwachen Marktparteien; die Intensität der Weltwirtschaftskrise beruhte nicht zuletzt auf diesem gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewicht. Die Sanierung der schwachen Industrien durch Subventionen, Zwangskartelle, Verstaatlichung usw. wurde nach 1929 nur so weit durchgeführt, daß die volkswirtschaftliche Stabilität gegen katastrophische Krisenformen immunisiert wurde. Strukturkrisen sind seitdem, mindestens in den Konjunkturperioden, auf partikulare Bereiche beschränkt: auf regionale Arbeitslosigkeit, auf „kranke" Industriezweige wie Textil und Kohle und auf soziale Notstände etwa im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen. Entsprechend ist auch die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer nicht mehr allgemein, zumal das Prinzip der Industriegewerkschaften die Konkurrenz zwischen den Wirtschaftszweigen tendenziell reproduziert, indem es die Gewerkschaften der oligopolistischen Industrien zu Nutznießern und Interessenten des Ungleichgewichts macht. — Die Oligopole stören das volkswirtschaftliche Gleichgewicht außerdem durch die Internationalisierung ihrer Konkurrenz, die zum Medium der Kapitalflucht und mancher internationaler Konflikte wird.

Auf der Seite der Distribution dagegen haben die Unternehmer, spätestens seit der Weltwirtschaftskrise, ihr volkswirtschaftliches Gesamtinteresse durchaus erkannt. Dieses konstituierte sich als besonderes Subjekt außerhalb der Produktionssphäre: als der interventionistische Staat, der als Treuhänder des Gesamtinteresses die fehlende Nachfrage durch fiskalische, monetäre und juristische Stärkung der schwachen Marktparteien im Sinne einer Umverteilung des Sozialprodukts nachzuliefern hat. Staatliche Nachfragestimulierung und Angebotsminimierung (durch Rüstung, Agrarsubventionen, Wohlfahrt usw.) schließt die klassische Krise mit Massenarbeitslosigkeit auf lange Zeit aus. Die Rationalisierung der Volkswirtschaften aus der Konsum- und Distributionssphäre heraus sichert jedoch nur eine unvollkommene Stabilität, solange sie in die Organisation der Produktion und Produktivität nur mittelbar eingreift.

Die in den USA durch Rüstung und in Europa eher noch durch den Wiederaufbau stimulierte Phase langfristigen Produktivitätswachstums schlägt heute allmählich in eine Phase stagnierender Wachstumsraten um (Kondratieff-Zyklus). Die Tendenz zur Stagnation ist dem organisierten Kapitalismus immanent:

— Den schwachen Wirtschaftszweigen fehlen die (staatlichen) Mittel für eine effektive Rationalisierung ihrer Produktivität.

— Die Oligopole, denen die Staatsausgaben hauptsächlich zufließen, steigern zwar die Produktivität, jedoch um den Preis ständiger Qualitätsminderungen und Preiserhöhungen, da sie der Öffentlichkeit infolge des Eigentumssystems nicht verantwortlich sind. Die Preisinflation gefährdet die Währungsstabilität und damit den Export.

— Die Automation in den Rüstungsindustrien reduziert deren konjunkturstabilisierenden Multiplikatoreffekt, weil ein immer geringerer Anteil der Rüstungsausgaben sich in Arbeitnehmerkaufkraft umwandelt. Rüstung wird allmählich von der Hauptquelle des technologischen Fortschritts zu dessen Hemmnis, indem sie der übrigen Wirtschaft Wachstumsmittel entzieht.

— Die staatlich stimulierte Vollbeschäftigung begünstigt Überhitzungen der Konjunktur, die als Krisenvorläufer gefürchtet sind. Der Staat dämpft daher die Konjunktur und erzeugt damit periodische Rezessionen, die z. B. in den USA und England das Wachstum auf die Hälfte seines geschätzten Potentials herabdrücken. Solche Rezessionen sind angesichts der Erschöpfung der Aufbaukonjunktur künftig auch in Europa zu erwarten.

Die durch das Eigentumssystem bedingten institutionellen Starrheiten und Ungleichgewichte sind also zugleich Existenzbedingung des politisch organisierten Oligopolkapitalismus und, als Formen der Verschwendung des potentiellen Überflusses an Produktivität, die Quelle sozialer, ökonomischer und internationaler Spannungen. Indem die staatlichen Wachstumsanreize sich erschöpfen, wird die Konjunktur zunehmend vom Export abhängig. Und gerade die internationale Konkurrenz, der ein neuer politischer Nationalismus entspricht, verwandelt die Stagnationstendenz in eine Krisentendenz. Wettbewerbsschwache Volkswirtschaften geraten in eine Serie von schleichenden Krisen, die die Vollbeschäftigung der Arbeiter und Maschinen regional und die Reallöhne wie die Sozialstaatlichkeit allgemein reduzieren. Wettbewerbsstarke Volkswirtschaften können ihre Stagnationstendenzen dagegen abwälzen. So ist die westdeutsche Konjunktur, die selbst nicht ohne Maßhalten auskommt, Korrelat der schleichenden Krisen in England und den USA.

Der Grundwiderspruch des organisierten Kapitalismus besteht darin, daß seine Wachstumshemmnisse die Konjunktur an den Export binden, zugleich aber selbst die Exportkraft gefährden. Spätestens in der schleichenden Krise wird es unabweisbar notwendig, das Wirtschaftswachstum durch die bislang verpönten direkten Eingriffe in den Produktionsbereich und durch verstärkte Automation zu rationalisieren. Wenn es keine intakte Arbeiterbewegung mit einer lebendigen gewerkschaftlichen Basis gibt, dann wird die (kapitalistische) Planifikation die Gewerkschaftsrechte einschränken und die Automation umfängliche Freisetzungen mit sich bringen. In diesem (prinzipiell vermeidbaren) Falle

geriete jedoch der Kapitalismus vom Regen in die Traufe: Massenarbeitslosigkeit senkt die Inlandskaufkraft und erhöht die Exportabhängigkeit bis zum Extrem.
Gleichzeitig aber werden die Exportschwierigkeiten weiter zunehmen durch die verschärfte Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Volkswirtschaften, durch die Konkurrenz mit dem Ostblock und durch die Emanzipation der Entwicklungsländer. Die innerkapitalistische Konkurrenz kann durch ökonomische Integration, etwa im EWG-Raum, reduziert werden, weil sie den Widerspruch zwischen internationaler Unternehmensverflechtung und nationaler Stabilitätspolitik weitgehend aufhebt. Aber die Konkurrenz mit dem Ostblock, der durch die (noch zögernde) Einführung von Preis- und Marktmechanismen am Rationalisierungswettlauf teilnimmt, wird eher zunehmen. Schließlich könnte die Profitabilität des Handels mit Entwicklungsländern durch Schutzbündnisse und -zölle, durch Nationalisierung von Fremdbesitz und eigene Industrialisierung gesenkt werden. Eine solidarische und eigenständige Außenpolitik der Entwicklungsländer könnte außerdem militärische Interventionen, heute zunehmend Motiv kapitalistischer Rüstungskonjunkturen (an Stelle des kalten Krieges), vereiteln. — Es ist also, für die fernere Zukunft, eine reale Möglichkeit, daß ein kapitalistisches Land nach dem anderen in „schleichende Krisen" gerät. Dadurch erhält die sozialistische Alternative zur Lösung des Absatzproblems neue Aktualität: die ungehemmte Steigerung der Arbeitnehmerkaufkraft und -freizeit.
Die gesamte Entwicklung läßt sich in fünf Punkten zusammenfassen: (1) die disruptiven Konsequenzen der immer noch anarchischen Produktionsweise werden heute (2) aus der Distributionssphäre heraus, hauptsächlich vom Staat, nachträglich integriert; die Krisengefahr ist (3) dadurch nicht beseitigt, sondern als Wachstumsstagnation als latente Tendenz wirksam und kann (4) unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs in „schleichenden Krisen" manifest werden; damit wird die Notwendigkeit (5) einer allgemeinen, innen- und außenpolitisch vermittelten Reorganisation der Produktionssphäre unabweisbar. — Die Theorie des totalen Zusammenbruchs ist heute ebenso haltlos wie die von gewissen Kulturkritikern vertretene Theorie der totalen Integration und Stabilität im organisierten Kapitalismus.

II. 2 Die politische Instabilität des Kapitalismus

Nach einem Dogma der alten Linken sollte die politisch-militärische Machtergreifung der sozialen Umgestaltung vorangehen. Dies setzt einen schwachen Staatsapparat oder seine Schwächung durch wirtschaftliche, politische oder militärische Krisen voraus. Die traditionale Konzeption, die auf zurückgebliebene Länder gemünzt war, läßt sich auf die modernen hochorganisierten, militärisch, administrativ und ideologisch wohlgerüsteten Systeme nicht mehr anwenden.
Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie, der wirtschaftlichen Intervention, der Sozialstaatlichkeit und der internationalen wirtschaftlichen und militärischen Integration erfüllen heute ihren Zweck, katastrophale wirtschaftliche und militärische Zusammenbrüche und daran anknüpfende politische Umsturzversuche zu vereiteln. Die sozio-ökonomischen Widersprüche werden dadurch freilich nicht eliminiert, sondern im Sinne Hegels aufgehoben: Durch die Beseitigung ihrer katastrophal-gewaltsamen Form werden Konflikte und Krisen auf eine höhere historische Stufe gehoben. Das Resultat ist ambivalent. Einerseits werden Konflikte nicht mehr gewaltsam unterdrückt, sondern konstitutionell als berechtigt anerkannt; andererseits bedeutet die Hineinnahme der gesellschaftlichen Gegenmächte ins System deren zeitweilige Integration unter kapitalistischen Prioritäten.
Diese ambivalente Situation bietet jedoch neue Veränderungsmöglichkeiten. Durch die parlamentarische Demokratie kann ökonomische Unzufriedenheit sich in sozialdemokratischen Regierungsmehrheiten ausdrücken oder die Polarisierung der christlich-demokratischen Parteien in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberflügel beschleunigen. Die staatliche Sozial- und Konjunkturpolitik stärkt die schwachen Marktparteien, neben den Bauern auch die Gewerkschaften. Die hochintegrierte Wirtschaftsstruktur stärkt ihrerseits die Markt- und Verhandlungsposition der Belegschaften. Die internationale wirtschaftliche und militärische Integration schließlich erzeugt eine Krise der nationalen Souveränität mit ebenfalls ambivalenten Konsequenzen. Sie provoziert einen französischen und moderiert einen ganz anderen deutschen Nationalismus; sie oktroyiert sowohl die Entspannungspolitik wie den Imperialismus der USA; sie fördert die internationale Entwicklung des Kapitals, jedoch noch nicht der Arbeitnehmerorganisationen. Eine politische Union Europas könnte, je nach ihrer Größe, sowohl konservativ wie sozialdemokratisch majorisiert sein.
Die Institutionen des politisch organisierten Kapitalismus schließen die Möglichkeiten einer auf politische und wirtschaftliche Demokratie gerichteten Strategie nicht aus. Die erhöhte nationale und internationale „Integration" vergrößert die Teilnahme der Arbeitnehmerorganisationen am politischen Prozeß. Diese Teilnahme bringt zwar die Gefahr der Gleichschaltung, zugleich aber auch die Möglichkeit, daß die Arbeitnehmerschaft sich im Kampf um partikulare Reformen das Selbstbewußtsein und die Machtbabis erwirbt, ohne die sie die größeren historischen Aufgaben nicht bewältigen kann.

II. 3 Die Lebensbedingungen der Unterklasse

Die vulgäre Revolutionstheorie betrachtet Elend und Homogenität, d. h. knappen Konsum und eine gleichmäßig niedrige manuelle Arbeitsqualifikation, als Motive revolutionären Bewußtseins. Mit dem Elend wird ihres Erachtens auch das Bedürfnis nach Veränderung beseitigt. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß gerade Paupers und ungelernte

Arbeiter zur politischen Rechten tendieren, während besser situierte Arbeitnehmer, die Zeit und Gelegenheit zum Nachdenken haben, häufig radikaler sind. Die Verbesserung der Konsum- und Arbeitsverhältnisse ist also an sich noch kein Grund für die politische Unselbständigkeit, sondern hebt eher, in Zusammenhang mit der Verstädterung und der Verbesserung des Erziehungswesens, das soziale und in besonderen Situationen auch das politische Anspruchsniveau.

Das Problem besteht vielmehr darin, daß diese Ansprüche mit sehr verschiedenen Mitteln befriedigt werden können: entweder durch die Konkurrenz um den individuellen Aufstieg oder durch die Solidarisierung zum Zwecke einer kollektiven Verbesserung der Lebensverhältnisse. Die Differenzierung der Berufe und die bürokratische Arbeitsorganisation begünstigen die Konkurrenz. Diese Differenzierung ist einerseits „technologisch", andererseits „politisch" bedingt.

Die relative Zunahme der Dienstleistungen, der Verwaltung, der Angestellten, der qualifizierten Arbeiter und der technischen Intelligenz rührt daher, daß im Bereich der Produktion die arbeitssparende Rationalisierung schneller erfolgte als im Bereich der Distribution. Die intensive Nutzung des Distributionssektors zur Stabilisierung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen und Gütern ist erst jüngeren Datums, so daß seine Arbeit wesentlich noch von hierarchisch kooperierenden Personen und noch nicht von Maschinen geleistet wird.

Die Arbeitnehmer konkurrieren heute in zwei Formen gegeneinander: in beruflichen, industriellen, betrieblichen und volkswirtschaftlichen Gruppen oder, wie viele Angestellte, als Individuen, die sich gegenseitig die Aufstiegspositionen in den bürokratischen Hierarchien streitig machen. Nach den neueren empirischen Befunden ist es trotz Manipulation des Betriebsklimas und trotz des statusbetonten Konsumangebots nicht gelungen, die belegschaftliche Solidarität durch individuelle Aufstiegskonkurrenz zu ersetzen, während den Angestellten zunehmend der Widerspruch zwischen ihren Aufstiegshoffnungen und ihren realen Aufstiegschancen bewußt wird. Die Mechanisierung der Büros, die aus Kostengründen erfolgen muß, kann langfristig die Zahl der Aufstiegspositionen so verringern, daß den Bürotechnikern eine kollektive Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse lohnender erscheint. Diese Tendenz zum gewerkschaftlichen Bewußtsein zeigt sich in England, Amerika, Belgien und Frankreich besonders bei den Lehrern, den Staatsangestellten und in den industriellen Bürokratien; sie wird durch die Angleichung des Lohnniveaus an das der Produktionsarbeiter noch begünstigt. Die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmergruppen ist ein größeres Problem, zumal sie politisch gefördert wird. Dies führt uns zum Phänomen der „organisierten Klassenstruktur" oder des „institutionalisierten Klassenkampfes.

II. 4 Der institutionalisierte Klassenkampf

Die vulgäre Revolutionstheorie nahm an, daß die Arbeitnehmer von selbst oder unter der Führung einer Avantgarde die individuelle Konkurrenz oder ihr gewerkschaftliches Gruppenbewußtsein überwinden könnten. Ausdruck dieses Gesamtbewußtseins sollte die politische Partei sein, die zugleich als Instrument der politischen Machtübernahme und der sozialen Umgestaltung gedacht war.

Die statt dessen erfolgte Verselbständigung der politischen Spitzen der Arbeiterbewegung gegenüber ihren Mitgliedern und ihre „Integration" in den kapitalistischen Herrschaftsapparat hat zwei zusammenhängende Ursachen. Zunächst setzte die staatliche Nachfragesicherung des organisierten Kapitalismus eine institutionelle Stärkung der schwachen Marktparteien, vor allem der Gewerkschafts-, Bauern-, Berufs- und Kleinunternehmerverbände voraus. Solche politische Organisation der Klassenstruktur mindert die soziale Unzufriedenheit der ökonomischen Gegenmächte und beugt zugleich schweren Wirtschaftskrisen vor. Die „punktuell beschwichtigende Sozialpolitik" und der Pluralismus konkurrierender Interessenverbände fesseln die Interessengruppen an ihr je eigenes Interesse und verhindern eine Solidarisierung der ökonomischen Gegenmächte. Pluralismus folgt dem Prinzip des „divide et impera"; die ökonomisch geeinigte Hauptmacht, die oligopolistische Großindustrie, hat am ehesten Zugang zur großen Politik.

Die zweite Bedingung des „institutionalisierten Klassenkampfes" ist das Repräsentativsystem, welches den Individuen nur eine unzureichende Kontrolle über Verbands- und Parteispitzen erlaubt; diese orientieren sich eher an den benachbarten Bürokratien als an ihren Wählern. Unter den konkreten historischen Bedingungen des organisierten Kapitalismus kann zwar die Arbeiterbewegung nicht auf ein Minimum an Zentralisation und Koordinierung verzichten; dieses notwendige Minimum ist jedoch seit langem weit überschritten. Versuche, den Mitgliedern Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zurückzugeben, sind heute, wie z. B. die betriebsnahe Tarif- und Bildungspolitik einzelner Gewerkschaften, eher die Ausnahme als die Regel. Die Konsequenz ist die sogenannte Apathie in der Massengesellschaft.

Diese Apathie beruht nach allen empirischen Befunden nicht darauf, daß die Menschen aus Sattheit oder durch Manipulation der Massenmedien und des Betriebsklimas ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen bejahen. In den informellen Gruppenstrukturen, die sich im alltäglichen Existenzkampf herausbilden, leben durchaus noch Unzufriedenheit und Radikalität. Diese bleibt jedoch auf den Alltagshorizont beschränkt, als „job-consciousness" oder Gewerkschaftsbewußtsein. Die Gewerkschaftsmitglieder verhalten sich zwar in Ruhezeiten passiv wie Versicherungsteilnehmer, sind jedoch in Kampf- und Krisensituationen und unter der Voraussetzung guter Aufklärungsarbeit prinzipiell noch mobilisierbar. Es fehlt dagegen an Instrumenten, die das konkretistische Gruppenbewußtsein gesamtgesellschaftlich, d. h. politisch artikulieren und praktisch relevant machen können. Die durch Massenmedien und par-

teipolitische Seelenmassage geübte Interpretation der Totalität als einer großen hierarchisch-funktionalen Familie hat zwar das dichotomische Gesellschaftsbild der Arbeiter nicht auflösen können, doch dieses statisch-resignative Gesellschaftsbild hat nicht die praktische Relevanz eines militanten Klassenbewußtseins; es ist politisch neutralisierbar, solange der Nexus zwischen privaten Sorgen und öffentlichen Problemen durchschnitten ist.

Die Vermittlung zwischen beiden kann nicht einfach durch den Stimmzettel, durch Parteineugründungen oder durch bessere Information hergestellt werden. Solche Leerformen können die Bevölkerung nicht von der Möglichkeit und von der Notwendigkeit politischen Engagements überzeugen. Die Möglichkeit demokratischer Kontrolle liegt nicht im Stimmzettel, sondern in realer gesellschaftlicher Macht. Ihre Notwendigkeit kann der Bevölkerung nicht durch verbale Aufklärung und organisatorische Leerformen verdeutlicht werden, sondern nur anhand ihrer alltäglichen Lebenspraxis. Kontrolle und Engagement kann sich die Bevölkerung zunächst nur auf Grund ihrer ökonomischen Position aneignen; ihre Arbeits- und Kaufkraft ist ein unersätzliches Glied in der Kette gesamtgesellschaftlicher Reproduktion. Wenn dieses Kettenglied durch Arbeits- oder Konsumstreiks gesprengt wird, wird die ganze Kette gesprengt. Die Unersetzlichkeit der Arbeitnehmer wird manifest in Konjunkturen, wenn die Konkurrenz einer Reservearmee von Arbeitslosen fehlt, d. h. in Zeiten hoher Integration. Wenn es auf die Funktionswilligkeit jedes Elements ankommt und wenn selbst partikulare Arbeitsniederlegungen den Gesamtprozeß empfindlich stören können, dann müssen den Belegschaften bereitwilliger Zugeständnisse gemacht werden. Nicht zufällig sind die Gewerkschaften in Konjunkturen und die Rätebewegungen in hochintegrierten Kriegswirtschaften besonders erfolgreich gewesen.

Die ökonomische Integration, die den Marktwert der Belegschaften erhöht, ist daher die notwendige Voraussetzung der Aufhebung der politischen und ideologischen Integration der Arbeitnehmer.

Sie ist jedoch keine hinreichende Voraussetzung. Das Bewußtsein und die Nutzung von Machtpositionen entstehen nicht spontan, sondern bedürfen der Anregung durch bewußtere opinion-leaders nicht zuletzt im Betrieb, die durch spezielle Medien, Organisationen oder Traditionen klarere Vorstellungen von der gesellschaftlichen Totalität erworben haben. Aber erst im eigenen Kampf um Kontrollfunktionen im Produktionsbereich, die einem wohlgerüsteten Gegner abgerungen werden müssen, kann das von außen verbal Kommunizierte allmählich die Qualität des Selbstbewußtseins, des praktisch verbindlichen Bewußtseins der eigenen Rolle in der gesellschaftlichen Totalität, erlangen. Beispiele wie das Mannschaftssystem in Coventry zeigen, daß mit der Verantwortung der solidarisierten Belegschaft für die Produktion zugleich die Produktivität und das Interesse an weiterreichenden Kontrollen wachsen können. Denn die Produktion hängt ja eben auch von der kaufmännischen Unternehmensleitung, von den volkswirtschaftlichen und internationalen Absatzbedingungen sowie von der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Regierung ab.

Das konkretistische Gruppenbewußtsein kann also nur durch die Erfahrung praktischer Selbsttätigkeit zum politischen Gesamtbewußtsein gesteigert werden und nicht allein durch die abstrakte Lehrtätigkeit von Intellektuellen.

Im pluralistisch institutionalisierten Klassenkampf haben die akkreditierten Parteien und Gewerkschaften ein Monopol auf dem Gebiete des sozialen Protestes. Versuche, dieses Monopol durch radikale Konkurrenzorganisationen von außen zu brechen, können daher im Keime erstickt werden. Die belegschaftliche Gegenmacht kann die Gewerkschaftsbürokratien nicht ignorieren, sondern überhaupt nur als Instrument innergewerkschaftlicher Demokratisierung politisch relevant werden. Weder autonome Rätebewegungen noch linke Splitterparteien konnten bisher das sozialdemokratische Monopol in der Bundesrepublik von außen aufbrechen. Die pluralistische Struktur der britischen und italienischen Arbeitnehmerparteien beruht nicht zuletzt darauf, daß fast jede dieser Gruppierungen eine eigene gewerkschaftliche Basis hat, die ihr Wählerstimmen und organisatorischen Schutz gewährt. Die westdeutschen Gewerkschafts- und Arbeiterjugendverbände sind dagegen bestenfalls bereit, ihre Wünsche als Lobby innerhalb der SPD zu artikulieren.

Die repräsentative Demokratie und der Pluralismus der Interessenverbände entmündigen zwar die Bevölkerung und ersticken unabhängige Initiativen. Sie erlauben jedoch zugleich immerhin die Verteidigung eines Minimums an materiellen Bedürfnissen und an demokratischen Strukturen. Aus diesen Gründen können Sozialisten heute nur einer Doppelstrategie folgen:

(a) einer Defensivstrategie, die die liberaldemokratischen Strukturen durchs Engagement der Aktivbürger bewahren will; und
(b) einer Offensivstrategie, die im Schutze dieser Strukturen und durch das breite Engagement der Bevölkerung Elemente der Wirtschaftsdemokratie einführt, welche allein langfristig den Fortbestand der politischen Demokratie sichern können.

In der Defensivstrategie können Intellektuelle selbst Subjekt, in der Offensivstrategie hauptsächlich nur Katalysator sein. Obschon die objektiven Bedingungen des organisierten Kapitalismus diese Zweiteilung der Strategie vorgeben, können beide, wenn sie Erfolg haben wollen, nur simultan und in enger Vermittlung miteinander betrieben werden. Rein politisch-parlamentarische Arbeit scheiterte am Fehlen einer breiten Basis in der Bevölkerung; rein ökonomistischer Klassenkampf müßte im partikularen, vorpolitischen Interessenkonflikt steckenbleiben.

III. Die Anpassungstheorie der alten Linken

Die gegenwärtige politisch-ökonomische Immobilität besonders in Westdeutschland begünstigt resignative Integrationstheorien, die eine innere Dynamik des organisierten Kapitalismus leugnen und auf äußere Agenturen, wie z. B. den Weltklassenkampf oder die Intellektuellen, hoffen. Das Dilemma der alten Linken ist, daß sie eine auf frühere Phasen des Kapitalismus gemünzte Theorie von der gesellschaftlichen Veränderung auf den organisierten Kapitalismus anwendet, daß sie ihre Begriffe von außen an die Realität

heranträgt, anstatt die Widersprüche in der Realität selbst aufzusuchen. Eine geschlossene Theorie oder Organisation der alten Linken gibt es nicht mehr. Ihre Theoreme erscheinen teilweise in der resignativen Kulturkritik der Jünger Herbert Marcuses, teilweise in den scheinrevolutionären Phrasen orthodoxer Sekten und teilweise in den kernigen Schlagworten theorieloser Verbands-„Praktiker". Diese zusammenhanglos vertretenen Theoreme lassen sich jedoch ohne Schwierigkeit zum Syndrom eines dreifachen Mangels zusammenfügen: eine ahistorische Revolutionstheorie verbindet sich mit einer positivistischen Analyse der gesellschaftlichen Totalität und einer deterministischen Prognostik.

III. 1 Die ahistorische Revolutionstheorie

Häufig wird eine Zweiphasentheorie vertreten, nach der die politische Machtergreifung der sozio-ökonomischen Revolution vorangehen müsse. Denn Reformen innerhalb des Kapitalismus könnten nur zu seiner Stabilisierung und nicht zu seiner Aufhebung beitragen. Das Bedürfnis nach totaler Veränderung beruhe auf totalem Elend, ihre Möglichkeit auf einer totalen sozio-ökonomischen Krise. Aus der unbestreitbaren Tatsache, daß im organisierten Kapitalismus die krassen Formen von Elend und Krise aufgehoben sind, wird abgeleitet, daß der Kapitalismus endgültig stabil und das Bedürfnis nach totaler Veränderung endgültig verschwunden sei.

Der Mangel liegt jedoch nicht bei den Tatsachen, sondern bei den ahistorischen Begriffen, die die Dialektik von sozialer Reform und politischer Revolution in ein starres Zweiphasenschema zwängen. Der Marxsche Materialismus bestand gerade darin, daß in der „politischen Hülse" der „alten Gesellschaft die neue Gesellschaft sich herangebildet" haben muß, und zwar nicht nur in den Köpfen des revolutionären Subjekts, sondern auch, wie besonders Korsch betonte, in seinen realen Institutionen. Marx zieht hier die Parallele zur Emanzipation des Bürgertums vom Feudalismus. Diese begann als partikulare Emanzipation, als Solidarisierung unter dem Rechtsschutz der städtischen Enklaven, die einen Fremdkörper im Feudalismus darstellten. Diese Enklaven wurden zunächst „integriert", erwarben aber ihre soziale Macht gerade vermöge der zunehmenden Integration. Die soziale Macht war Voraussetzung der politischen Machtergreifung. Insofern war die politische Revolution kein plötzliches eschatologisches Ereignis, sondern nur der W e n d e p u n k t, an dem die schon vorher begonnene soziale Revolution ihre politischen Fesseln abwirft, um sich vollenden zu können.
Der Krisenbegriff der alten Linken ist zu sehr an die historisch überholte katastrophische Krisenform fixiert. Totale Krise bedeutet nicht notwendig totales Elend, sondern zunächst nur eine Krise der Totalität der herrschenden Institutionen, deren Reorganisation auch in einer schleichenden Krise unabweisbar werden kann. Voraussetzung der Reorganisation ist eine allgemeine Autoritätskrise, Ohnmacht und Ratlosigkeit der herrschenden Institutionen. Solange diese nicht wieder „Herr der Lage" geworden sind, können die Gegenmächte, wenn sie zuvor programmatische und institutionelle Alternativen entwickelt haben, in die Bresche der Autorität springen. Jedoch auch sie können nicht sofort den vollen Sozialismus, sondern nur eine Übergangsphase etablieren.
Auch der Elendsbegriff der alten Linken ist historisch überholt. Unzufriedenheit kennt keinen absoluten Maßstab, sondern ist einfach die Differenz zwischen den realisierten Ansprüchen und dem Anspruchsniveau der Arbeitnehmer, das eine Funktion ihrer Kultur- und Kontrollerfahrungen, d. h. historisch veränderbar ist. Die Klage der alten Linken, daß die Arbeiterklasse nicht mehr als totale Negation begriffen werden kann, ignoriert, daß Klassenbewußtsein erst in einem allmählichen historischen Lernprozeß entstehen kann, daß insofern die Arbeitnehmer meist nur die nächsten notwendigen Schritte der Entwicklung begreifen können. Dieses Phänomen konstituiert zwar das größte theoretische und praktische Problem der sozialistischen Strategie. Es beweist jedoch nicht ihre Unmöglichkeit. Die Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen vor und nach der politischen Machtübernahme kann sich ebenfalls nur schrittweise vollziehen, so daß die Entwicklung des Bewußtseins unter günstigen Bedingungen mit ihr Schritt halten kann.

Der eschatologische Revolutionsbegriff und der charismatische Proletariatsbegriff der alten Linken dokumentieren nur das Zurückbleiben ihrer Theorie hinter der historischen Situation und deren Verselbständigung gegenüber der Praxis des empirischen Klassenkampfes. Die Institutionen der neuen Gesellschaft können nur aus dieser realen Praxis, so bescheiden sie auch ist, und nicht aus den Köpfen jakobinischer Minderheiten entspringen. Die verdinglichte Revolutionstheorie der alten Linken kann keine realen Veränderungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie kann nur zur Resignation und zur politisch-praktischen Abstinenz führen.

III. 2. Die positivistische Analyse

Die alte Linke bemängelt häufig, daß es keine empirisch-soziologischen „Beweise" für die Möglichkeit einer allmählichen Entwicklung gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins bei den Arbeitnehmern gebe. Einzeluntersuchungen wie etwa Melmans Coventry-Studie hätten nur marginale, nicht repräsentative Bedeutung.

Die positivistischen Untersuchungsverfahren folgen dem erkenntnisleitenden Interesse, die Individuen den herrschenden Institutionen sozialtechnisch verfügbar zu machen. Dem entspricht ein funktionalistisches Gesellschaftsbild; die Gesellschaft erscheint als Hierarchie, als Produkt der Herrschaftsinstrumente und nicht innerer Widersprüche. Melman und Mallet haben darauf hingewiesen, daß die Industriesoziologie seit der Hawthorne-Studie vorwiegend nur die Frage der Managements nach der Integration der Belegschaft zu beantworten sucht. Kaum anders steht es mit der Massenkommunikationsforschung.
Adorno und Habermas haben gegenüber Popper und Albert darauf hingewiesen, daß Möglichkeiten der Herausbildung von Selbstbewußtsein mit positivistischen Methoden kaum zu ermitteln sind. Die Methode der qualitativen Analyse, die widersprüchlich-dynamische Strukturen in ihrer Totalität erfassen kann, hat sich freilich noch nicht durchgesetzt, so daß Studien wie die Melmans als „marginal" erscheinen. Außerdem sind latente Möglichkeiten nicht so einfach zu ermitteln wie manifeste „Fakten".

Die Beschränkung der Analyse auf Herrschaftsinstrumente und -techniken und der entsprechende naive Herrschaftsbegriff der funktionalistischen Epigonen Webers und Durkheims suggerieren, daß es keine Gegenpotentiale mehr gibt. Wenn sich die Gesellschaft durch die Manipulationen der bürokratisch herrschenden Eliten reproduziert, dann kann sie auch nur von intellektuellen Gegeneliten negiert werden. Den politischen, militärischen und ideologischen Macht-

instrumenten wird unbegrenzte Zauberkraft zugetraut. Häufig wird daran die Hoffnung geknüpft, die Intellektuellen könnten etwa von den Massenmedien her die Dynamik wieder in die Gesellschaft hineintragen.

III. 3 Die deterministische Prognostik

Die deterministischen Prognosen der alten Linken projizieren die gegenwärtigen Herrschaftstendenzen bruchlos in die Zukunft; möglich sei nur die Potenzierung des Vorhandenen und nicht qualitativ anderes. Angenommen wird ein circulus vitiosus: da das Sein das Bewußtsein bestimme, könne das Bewußtsein sich nicht gegen das Sein kehren.
Auch hier ist eine dialektische Beziehung in ein Zweiphasenschema gepreßt. Zunächst sind die Institutionen historisches Produkt der Menschen; sie wissen es nur nicht mehr, weil sie sich gegenüber ihrer Kontrolle verselbständigt haben. Der antagonistische Charakter des gesellschaftlichen Seins treibt diese Entwicklung jedoch über sich selbst hinaus. Weil die Institutionen repressiv sind, ermöglichen sie die Entstehung von Gegenmächten. Weil sie starr sind, bleiben sie außerdem hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurück und zwingen in Krisen den Menschen die Einsicht auf, daß qualitativ neue Institutionen notwendig sind. Die Institutionen selbst bieten also in ihrer repressiv-stabilen wie in ihrer kritisch-dynamischen Phase objektiv kalkulierbare Möglichkeiten, den deterministischen circulus vitiosus zu durchbrechen.

Wie die Menschen diese objektiven Chancen nützen, ist dagegen nicht so sicher kalkulierbar. Die Erfahrung der Repression konstituiert nicht spontan-naturwüchsig eine selbstbewußte Gegenmacht, sondern nur deren Potential. Dieses Potential kann nur durch die von bewußteren opinion-leaders stimulierte Erfahrung praktischer Selbsttätigkeit mobilisiert werden. Labriola und Korsch haben vor allem darauf verwiesen, daß der Überbau, Bewußtsein und Theorie, selbst Moment der Realität ist. Als negatorische Distanzierung ist kritisches Bewußtsein jedoch weder aus den herrschenden Institutionen ableitbar noch durch positivistische Meinungsumfragen prognostizierbar. Seine Relevanz ist zuverlässig nicht in der Theorie, sondern nur in der Praxis zu ermitteln. Unilineare Prognosen wären nur möglich, wenn die historische Dynamik nicht auf Widersprüchen beruhte, sondern einseitig vom Willen einer herrschenden Minderheit oder von einer autonom wachsenden Technik abhinge.
Solange die Institutionen insgesamt krisenfrei funktionieren, sind nur partikulare Kräfteverschiebungen möglich. In der Krise der Totalität jedoch wird das so erreichte Kräfteverhältnis ausschlaggebend dafür, welche Klasse den Charakter der neuen Institutionen maßgeblich bestimmen kann. Die Opposition der alten Linken gegen partikulare Reformen, die allesamt notwendig zur Integration verdammt seien, ist insofern objektiv reaktionär.

Deterministische Prognostik scheitert an zwei Schwierigkeiten. Einerseits ist zwar ein institutionell vorgegebener Handlungsspielraum, nicht jedoch seine praktisch-bewußte Nutzung exakt bestimmbar. Andererseits stehen derartige Handlungsspielräume mindestens zwei Subjekten zur Verfügung. Dies konstituiert ein spieltheoretisches Optimalisierungsproblem, zu dem es, wie beim Schachspiel, keine eindeutige Lösung gibt. Die deterministische Prognostik rechnet nur mit einem einzigen Subjekt und schließt von vornherein die Möglichkeit aus, daß der Unterlegene aus seinen Fehlern lernt. Dies ist die Konsequenz eines nicht-antagonistischen und den Überbau nicht einbeziehenden Realitätsbegriffs, gegen den Marx schon in der dritten Feuerbachthese polemisierte: „Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß."
Die Theorie der alten Linken ist nicht ausformuliert, läßt sich jedoch deutlich an ihren Kernsätzen ablesen, so etwa daran, daß Wohlstand zufrieden mache (Verelendungstheorie), daß die Möglichkeit schleichender Krisen unerwähnt bleibt und totale Integration der Arbeitnehmer behauptet wird (positivistische Analyse), daß eine lineare Zunahme der Repression angenommen wird und qualitative Alternativen als „utopisch" bezeichnet werden (deterministische Prognostik). So hält z. B. der Bundesvorsitzende des SDS ein breiteres Engagement der Bevölkerung für unmöglich und gibt der isoliert-politischen Agitation intellektueller Minderheiten absoluten Vorrang: er will „gemeinsam mit bürgerlich-formalen Demokraten in erster Linie um die Erhaltung der politischen Demokratie und die Verminderung von außenpolitischen Spannungen" kämpfen, „um legal die Voraussetzungen für sozialistische Massenaktionen schaffen zu können"; sozialistische Ziele könnten sich nicht in der Praxis, sondern nur in einem Grundsatzprogramm ausdrücken (Rundschreiben vom 15. 9. 1965).
Diese Zweiphasentheorie, die von einer starren Trennung von wortradikaler Theorie und liberaldemokratischer Praxis ausgeht, ist aus zwei Gründen nicht praktikabel. Einerseits sind parlamentarische Demokratie und internationale Entspannung nur notwendige und nicht hinreichende „Voraussetzungen für sozialistische Massenaktionen". Die liberaldemokratische Defensivstrategie könnte günstigenfalls nur den Übergang zu einer sozialdemokratischen Phase des Kapitalismus erleichtern, in der dann das Godesberger Programm vom Staat — und nicht von den Massen — verwirklicht wird. Andererseits wird selbst dieses bescheidene Ziel kaum erreicht werden können. Hinter der autoritären Verselbständigung der herrschenden Institutionen steht geballte ökonomische Macht. Sie kann daher von Verbandsspitzen oder schwachen intellektuellen Minderheiten höchstens kurzfristig aufgehalten werden. Ohne die Basis eines breiten, im ökonomischen Alltag beginnenden Engagements der Bevölkerung kann die Demokratie langfristig weder erhalten noch ausgedehnt werden. Aus diesem Grunde und weil die Emanzipation der Abhängigen nur als ihr eigenes Werk gelingen kann, bedarf die Defensivstrategie der Aktivbürger der Ergänzung einer die breite Bevölkerung engagierenden Offensivstrategie.

Die Chancen einer Offensivstrategie sind in der gegenwärtigen Konjunktur sehr gering; solange sie jedoch nicht gleich Null sind, ist es notwendig, sie in der Praxis zu erproben. Die alte Linke, die ständig ihre eigene „Schwäche" beklagt, sieht deren Ursache in den statischen Verhältnissen und nicht in ihrer eigenen statischen Theorie, die ihr das Auffinden dynamischer Möglichkeiten unmöglich macht. Die Apathie der Bevölkerung ist nicht nur auf die objektiven Verhältnisse, sondern, zu einem geringeren Teil freilich, auch auf das Versagen der alten Linken zurückzuführen. Wenn die Geschichte so deterministisch verliefe wie die tote Natur, dann brauchte sie weder eine sozialistische Theorie noch sozialistische Intellektuelle. Die Theorie erschöpfte sich in dem Satz: Es ist so, wie es ist, und darum kann es auch gar nicht anders sein.

IV. Möglichkeiten der historischen Dynamik

Ich möchte nun die Konsequenzen dieser notwendig abstrakten, in umfangreichen praktischen und theoretischen Erforschungen noch zu erprobenden Darlegungen zusammenfassen. Die verdinglichte Revolutionstheorie rechnet fälschlich mit einer spektakulären politischen und ökonomischen Krise des Kapitalismus, in der ein durch Unterdrückung politisch bewußt gewordenes Proletariat die politische Macht ergreift, um die Gesellschaft auch sozial umgestalten zu können. Die charismatische Konzeption vom Proletariat führt notwendig zur Enttäuschung über das empirische Proletariat und schließlich zur politischen Resignation.

Wir haben festgestellt, daß der Kapitalismus trotz seiner relativen Stabilisierung ein dynamisches System geblieben ist, welches einerseits Unzufriedenheit in der Bevölkerung, andererseits Probleme erzeugt, die durch alternative Strukturreformen gelöst werden können. Die Weltwirtschaftskrise hat demonstriert, daß eine politische Arbeiterbewegung ohne die Basis einer ökonomischen Arbeiterbewegung faschistischen oder autoritären Kräften die gesellschaftliche Reorganisation überlassen muß. Eine solche Reorganisation wird, ceteris paribus, in den nächsten Jahrzehnten erneut notwendig werden.

Die historische Dynamik läßt sich weder, wie bei der alten Linken, auf die Übermacht der objektiven Verhältnisse noch, wie in manchen anarchistischen Strömungen, auf den subjektiven Einzelwillen reduzieren. Die Vermittlung der objektiven und subjektiven Prozesse, zwischen partiellen und gesamtgesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Kämpfen nimmt in jeder gesellschaftlichen Entwicklungsphase andere Formen an. Diese Problematik möchte ich an einer hypothetischen dreistufigen Entwicklung darstellen, die unter günstigen Umständen vom organisierten Kapitalismus über eine sozialdemokratische Durchgangsphase zu einer freien sozialistischen Gesellschaft führen könnte.

IV. 1 Der organisierte Kapitalismus

In den stabilen Phasen des organisierten Kapitalismus erzeugen die objektiven Lebensbedingungen, wie z. B. das Konsumangebot, soziale Anspruchsniveaus, die über den realisierten Ansprüchen liegen. Diese Unzufriedenheit kann sich in Kämpfen um partikulare Reformen äußern, die zwar die gesellschaftliche Totalität nicht verändern, aber zur Entwicklung des Selbstbewußtseins und der Machtinstrumente der Abhängigen beitragen können. Dieser Prozeß verläuft nicht völlig spontan, sondern bedarf der Stimulierung durch bewußtere opinion-leaders und durch Erfolgserlebnisse bei der praktischen Selbsttätigkeit.

Die alte Linke behauptet häufig, daß die durch partikulare Reformen erhöhte Bedürfnisbefriedigung die Unzufriedenheit auf Dauer neutralisiert. Die Annahme, nur Elend mache klug, ist heute objektiv reaktionär. Die asketische Linke gerät in dem Augenblick in die Nachbarschaft des genußfeindlichen Muckertums, in dem der Sozialismus, eine Bewegung für den sinnlichen Genuß, ein höheres Produktionspotential vorfindet als je in seiner Geschichte. — Partikulare Reformen können Unzufriedenheit zwar für eine gewisse Zeit beschwichtigen, ermöglichen aber langfristig eine neue Anhebung der Anspruchsniveaus. Dies ist, wie schon Marx hervorhob, eine entscheidende Aufgabe der Gewerkschaften. Sie müssen dafür sorgen, daß der Zyklus von Unzufriedenheit, Erfolg und neuer Unzufriedenheit nicht ins Stocken kommt. Das ist nur möglich, wenn die Arbeiter die Reformen selbst erkämpfen und in diesen Kämpfen solidarische Selbstverantwortung entwickeln. Wenn die Reformen dem Wohlwollen der Obrigkeit (oder einer „radikalen" sozialistischen Führung) überlassen bleiben, dann kann das passiv-resignative Gesellschaftsbild der Arbeitnehmer nicht überwunden werden. Reformen können unter zwei Bedingungen nicht-integrierbare, d. h. antikapitalistische Potenz gewinnen. Sie dürfen nicht ins Stocken geraten, sondern müssen zum Sprungbrett für weiterreichende Forderungen werden. Dies ist wiederum nur möglich, wenn sich in diesen Reformen Selbsttätigkeit und Selbstbewußtsein konstituieren. Solche Funktionen können Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen, im Betrieb, in Erziehungsinstitutionen wie in Politik und Öffentlichkeit, erfüllen.
Antikapitalistische Reformen steigern nicht nur Bewußtsein und Machtkompetenz ihrer Nutznießer, sondern begrenzen zugleich den Handlungsspielraum der herrschenden Mächte: ein Management verliert Autorität an seine Belegschaft; Massenmedien verlieren Autorität über ihr Publikum; Repräsentativorgane verlieren an Selbstherrlichkeit. Die Industrialisierung von Notstandsgebieten, z. B. in Süditalien oder Nordengland, reduziert die Reservearmee von billigen Arbeitskräften und den Export von Arbeitslosigkeit.

In Zeiten der Prosperität muß es bei partikularen Solidarisierungen bleiben, da eine politische Veränderung der Totalität erst in einer Krise der Totalität zur unmittelbar einsichtigen Lebensnotwendigkeit wird. Doch bereits in der Prosperität erzeugt das steigende Konsumniveau eine neue politisch-psychologische Situation, die in sich selbst ambivalent ist. Sie steigert die Ansprüche des Ichs, behindert jedoch zugleich deren politische Artikulation. Mit der erhöhten Bedürfnisbefriedigung werden faschistisch mobilisierbare Frustrationen seltener. Die Stärkung des Selbstbewußtseins hat jedoch zugleich die Gestalt des Rückzugs aufs Private, der Distanz zur Vater-Staat-Figur. Der politisch Apathische ist nicht mehr aktiv mobilisierbar; aber er läßt die Politiker gewähren, solange es ihm „gut geht".

Diese ambivalente Mentalität kann von einem autoritären, nicht-terroristischen System ausgenutzt werden. Sie kann aber auch, als Distanz zur Obrigkeit, in politische Kritik verwandelt werden — freilich nicht spontan, sondern durch die von avantgardistischen Katalysatoren und von der Arbeiterbewegung überhaupt vermittelte praktische Selbsttätigkeit hindurch.

Die Notwendigkeit einer allgemeinen, d. h. politischen Reorganisation wird freilich erst dann allgemein erkennbar, wenn die Tendenz zur schleichenden Krise oder Stagnation des organisierten Kapitalismus durchbricht. In dieser Krise können die Weichen prinzipiell in drei Richtungen gestellt werden.

Ein autoritärer Wohlfahrtskapitalismus wird heute unter dem Zeichen der „formierten Gesellschaft", der kapitalistischen Planifikation und der Notstandsverfassung konzipiert. Die Verselbständigung der Parlamente, Parteien, Verbände und Massenkommunikationsmittel gegenüber der Kontrolle der Bevölkerung wird legalisiert. Gewerkschafter rücken in Mitbestimmungspositionen ein, die jedoch der kapitalistischen Unternehmerposition untergeordnet sind. Ihrer Führungskräfte und Kampfrechte weitgehend beraubt, wird die Arbeitnehmerschaft durch soziale Konzessionen beruhigt. Alle politischen Handlungs- und Meinungsfreiheiten sind Monopol der vereinigten Obrigkeit.

In einer sozialistischen Gesellschaft sind die Vorrechte des Kapitaleigentums und der sozialen Stellung überwunden; politische Demokratie, Bildungsniveau und Produktivität ermöglichen hohe Bedürfnisbefriedigung und -entwicklung. Grundlage dieser weitgehend herrschaftsfreien Gesellschaft ist ausgedehnte Selbstverwaltung, die das Gegengewicht zu einer demokratisch kontrollierten Planwirtschaft bildet.

Ein sozialdemokratisch rationalisierter Kapitalismus enthält dagegen vor allem noch soziale und wirtschaftliche Vorrechte und nur wenig Selbstverwaltung. Bei Erhaltung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte sind die Möglichkeiten eines Übergangs zum Sozialismus prinzipiell nicht verbaut — im Gegensatz zum autoritären Kapitalismus, der die Arbeiterbewegung auf früheste Entwicklungsstadien zurückwerfen könnte. Als gemischtes System ist der Sozialkapitalismus jedoch seinerseits gegen einen Rückfall in den autoritären Kapitalismus nicht gefeit.

Die Entscheidung über diese Alternativen fällt nicht in der schleichenden Krise, sondern heute in der relativen Prosperität. In dem Augenblick, in dem die Konjunktur abbricht, spürt die Bevölkerung zwar am Rückgang ihrer Lebensverhältnisse, daß die herrschenden Institutionen ihre Sicherheit nicht mehr garantieren können. Die allgemeine Unzufriedenheit kann sich jedoch nicht spontan, sondern nur unter einer vorher zu schaffenden doppelten Bedingung zu einer bewußten Alternative artikulieren. Diese Bedingung ist eine politische Partei mit einem Alternativprogramm und die politische Demokratie, die die Wahl dieser Partei erlaubt. Beides ist in Westdeutschland heute gefährdet: der autoritäre Wohlfahrtskapitalismus ist die wahrscheinlichste Entwicklungstendenz, anders als im übrigen Westeuropa.

Parteien, Verbandsspitzen oder Intellektuelle können die politische Demokratie nur dann verteidigen, wenn sie sich, wie ihre Gegner, auf ökonomische Macht stützen. Vor allem die Gewerkschaften können die Bevölkerung durch Entwicklung ihrer Machtinstrumente und Anspruchsniveaus so engagieren, daß nicht nur die Chancen der politischen Demokratie und eines sozialdemokratischen Wahlsiegs zunehmen. Dieses Engagement ist zugleich eine inhaltliche Forderung an die Partei, Arbeitnehmerinteressen stärker zu berücksichtigen, und bestimmt daher teilweise auch die Politik nach dem Wahlsieg. So hat z. B. der britische Gewerkschaftsbund Gaitskell an der Streichung der Sozialisierungsklausel im Parteiprogramm gehindert, aber zugleich auch aus Mißtrauen gegenüber den Belegschaften keine Selbstverwaltung gefordert. Wahrscheinlich wird der Gewerkschaftsbund die Labour Party zu einer ständigen Ausweitung der Nationalisierung und der Sozialstaatlichkeit drängen, jedoch um den Preis eines zunehmenden Konflikts mit den Belegschaften, der sich freilich auch als Mitgliederschwund äußert und insofern in fernerer Zukunft eine Rückwendung zu den Belegschaften motivieren könnte.

Die deutschen Linkssozialisten sind noch schwächer als die britischen, zumal unsere Gewerkschaften nur mittelbar die Parteipolitik beeinflussen können. In ihren Bemühungen um politische und wirtschaftliche Demokratie schaffen sie zwar Keime einer sozialistischen Gesellschaft; diese sind jedoch so schwach, daß sie günstigstenfalls eine halbherzige deutsche Labour Party, kaum jedoch einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus erzeugen können. Die wahrscheinlichste, wenn auch nicht schönste Alternative zum autoritären Kapitalismus ist heute objektiv die Sozialdemokratie, die selbst etatistisch ist, aber unter günstigen Bedingungen auch zur Übergangsphase zum Sozialismus werden kann.

IV. 2 Der Sozialkapitalismus

In der Phase des sozialdemokratisch rationalisierten Kapitalismus, die in England schon begonnen hat, können die letzten unter kapitalistischen Verhältnissen möglichen Sozial- und Wirtschaftsreformen paternalistisch durchgesetzt werden. Der (kapitalistische) Vorrang der Produktion vor den Bedürfnissen wird beibehalten. Aber die Wirtschaftspolitik beschränkt sich nicht mehr, wie im organisierten Kapitalismus, auf den Distributionsbereich, sondern greift durch schrittweise Nationalisierung, Gesetzgebung, Bildungsökonomik, Produktivitätsplanung und viele andere Maßnahmen aktiv in den Produktionsbereich ein. Damit kann die Verschwendung von Produktivkräften wesentlich eingeschränkt werden. Zugleich, aber an zweiter Stelle, wird universale Sozialstaatlichkeit angestrebt.

Auch bei Marx sollte auf die politische Machtergreifung eine Übergangsphase folgen, in der der Staat die notwendigsten sozio-ökonomischen Reformen durchführte. Das hierfür im Kommunistischen Manifest entworfene Zehnpunkteprogramm muß heute bescheiden wirken, da es unter dem

Druck der Arbeiterbewegung bereits teilweise verwirklicht wurde und in einer sozialdemokratisch-etatistischen Phase des Kapitalismus vollends durchgesetzt werden kann. Es unterscheidet sich kaum von den Übergangsprogrammen der Labour Party oder eines demokratisierten Kommunismus. Die Arbeitnehmer können dieses Programm aus ihrer empirischen Situation und ohne die Lektüre von Marx und Marcuse begreifen. — Diese Übergangsphase hat eine ähnliche Funktion wie die „Diktatur des Proletariats" und ist, wie diese, durch einen doppelten inneren Widerspruch gekennzeichnet.

Zum einen ist eine Machtprobe mit den kapitalistischen Mächten, die sich gegen den schrittweisen Abbau ihrer Privilegien wehren, unausweichlich. Der Prozeß der Veränderung kann dadurch ins Stocken kommen, daß die herrschende Sozialdemokratie das bestehende Kräfteverhältnis im Kompromiß der „gemischten Wirtschaft" fixiert — wie es z. B. das SPD-Programm vorsieht. Es ist jedoch auch möglich, daß die Gewerkschaften, wie in England, wirksam dagegen opponieren; indem sie eine ständige Zunahme der Sozialstaatlichkeit und der direkten Wirtschaftsintervention fordern, können sie einem Rückfall in den autoritären Kapitalismus vorbeugen.

Zum anderen entwickelt sich ein Widerspruch zwischen der neu geschaffenen und zur Verselbständigung tendierenden Staats- und Wirtschaftsbürokratie und dem Interesse der Bevölkerung an belegschaftlicher, genossenschaftlicher und politischer Selbstverwaltung. Einige Gewerkschaften werden, als „Ordnungsmacht", diese Forderungen ablehnen; andere könnten unter dem Druck der Belegschaften bzw. des Mitgliederschwunds, ihre Bemühungen um betriebsnahe Tarif- und Arbeitskampfpolitik verstärken.

Die sozialistische Strategie hat im Sozialkapitalismus den Charakter einer kombinierten Aktion. Die politische Partei übernimmt die Staatsgewalt und schränkt die kapitalistischen Privilegien durch Nationalisierung und Rahmenplanung zunehmend ein; zugleich ermöglicht sie durch Gesetzgebung und Verwaltungsakte die Institutionalisierung von Selbstverwaltung. Freilich werden die sozialdemokratischen Parteien dies nicht spontan tun können. Ohne die Gewerkschaften kann die politische Demokratie, Voraussetzung der Regierungsübernahme, nicht erhalten werden. Nur die Gewerkschaften können die Partei an die Notwendigkeit aktiver Wirtschaftspolitik und der Selbstverwaltung erinnern. Die alte Linke vertritt häufig die Ansicht, sozialdemokratische Regierungspolitik könne nur zur Stabilisierung und Verewigung des Kapitalismus führen. Zweifellos wird der Sozialkapitalismus anfangs recht stabil sein. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die gewerkschaftlichen und belegschaftlichen Gegenmächte völlig passiv sein müssen. Es bedeutet auch nicht, daß langfristig allgemeine Krisenerscheinungen, ausgelöst durch Automation und Sättigung des Weltmarkts, völlig vermeidbar sind. Wenn bis dahin die Kampfrechte und -organisationen der größten Produktivkraft, der Belegschaften, erhalten oder gar ausgedehnt werden können, dann ist eine demokratische Lösung der neuen gesamtgesellschaftlichen Widersprüche, eine Ergänzung der etatistischen Planifikation durch Selbstverwaltung, nicht ausgeschlossen. So wie der Sozialkapitalismus sich aus den Gegenmächten des organisierten Kapitalismus entwickeln kann, so kann sich auch der Sozialismus aus den Gegenmächten des Sozialkapitalismus entwickeln.

Erst wenn der Sozialkapitalismus in den Augen der Bevölkerung abgewirtschaftet hat, kann die sozialistische Alternative wirkliche Chancen erhalten. Der technokratische Sozialkapitalismus ist insofern eine notwendige Durchgangsphase. Die linken Sozialisten können und dürfen sie nicht aufhalten. Sie müssen vielmehr die politische Demokratie verteidigen, damit sie eintreten kann; und sie müssen die wirtschaftliche Demokratie entwickeln helfen, damit sie überwunden werden kann.

IV. 3 Der Sozialismus

Die Aufhebung der Trennung in politisch-ideologische Defensivstrategie der Aktivbürger und ökonomische Offensivstrategie der Arbeitnehmer kann in den kapitalistischen Entwicklungsphasen nur vorbereitet werden. Möglich ist nicht ein unmittelbar einheitliches historisches Subjekt, sondern nur die vermittelte Einheit partikularer Konfliktsubjekte. Erst im Vollzug der durch allgemeine Krisen ermöglichten Reorganisation der kapitalistischen Macht- und Klassenstruktur, die die Voraussetzung dieser Trennung ist, kann sich das einheitliche Subjekt entwickeln. Aber auch nach dieser Reorganisation wird es notwendige Widersprüche geben müssen, die nicht durch Zwang gelöst werden können. Einen spontanen Übergang zu jener Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist", kann es nicht geben, auch wenn die öffentliche Gewalt ihren repressiven Charakter verliert und universaler Selbstverwaltung Platz macht.

V. Vorbehalte

Die hier vorgelegte Perspektive historischer Möglichkeiten kann nicht den Rang einer sicheren Prognose beanspruchen, weil die Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Klassen zwar an objektive Bedingungen geknüpft, aber als praktische Frage nicht naturwissenschaftlich exakt kalkulierbar ist. Antizipatorische kapitalistische Strukturreformen, neue technologisch oder politisch vermittelte Wirtschaftsprozesse oder eine beschleunigte Aushöhlung der politischen Demokratie könnten der Entwicklung eine andere Richtung geben. Dasselbe gilt für die militärische und ökonomische Entwicklung der internationalen Verhältnisse, die ich in dieser Abhandlung nur indirekt einbeziehen konnte und die einer sehr detaillierten Untersuchung noch bedürfen. Es genügt nicht, die in den Entwicklungsländern ausgetragenen militärischen Konflikte oder den ökonomischen Wettbewerb mit den östlichen Industrieländern abstrakt als Quelle innerkapitalistischer Dynamik zu etikettieren. Einerseits ist Dynamik dem Kapitalismus immanent. Andererseits müssen die internationalen Prozesse, die diese Dynamik aktualisie-

ren, konkret, d. h. insbesondere an ihrer Vermittlung durch den Außenhandel, nachgewiesen werden.

Solange dies nicht geschieht, kann die Beschäftigung mit internationalen Problemen zur Apologie für innerpolitische Abstinenz werden. Zwischen innerer und internationaler Politik, zwischen subjektiver und objektiver Dynamik, zwischen ökonomischer und politischer Aktion besteht eine notwendige Spannung, die nicht nach der einen oder nach der anderen Seite hin entschieden werden kann, sondern so ausgetragen und ertragen werden muß, daß beide Momente zu ihrem Recht kommen und sich gegenseitig befruchten können. Seit Rosa Luxemburg ist die Dialektik von Reform und Revolution, von politischer und ökonomischer Arbeiterbewegung nicht mehr historisch-konkret untersucht worden. Die Analyse dieser Dialektik für die neuen Phasen des Kapitalismus und die praktische Überwindung der resignativen Emigrantengesinnung sind die unbewältigten Probleme der deutschen Linken. Trotz oder gerade wegen der zunehmenden autoritären Tendenzen ist es eine historische Notwendigkeit, daß die Arbeitnehmer im alltäglichen Existenzkampf um betriebliche, gesamtwirtschaftliche und politische Teilerfolge sich das Bewußtsein und die Machtinstrumente erwerben, ohne die eine politisch-ökonomische Umstrukturierung der gesellschaftlichen Totalität erst recht undemokratisch verlaufen müßte. Selbst wenn heute keine Veranlassung zu Optimismus besteht, könnten die historischen Möglichkeiten nicht ausschließlich theoretisch-kontemplativ, sondern letztlich nur praktisch erprobt werden. Diese heute durch das positivistische Denken der alten Linken verdrängte Einsicht war schon in der zweiten Feuerbachthese formuliert: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine p r a k t i s c h e Frage."

Bibliographie

Die beigefügte Biographie soll den Mangel der fragmentarischen und nicht immer evidenten Darstellung ein wenig ausgleichen und zugleich die wichtigsten Impulse angeben, denen sich meine Hauptthesen verdanken. Dazu gehören insbesondere die neulinken Diskussionsbeiträge des amerikanischen SDS und der Zeitschriften „neue kritik", „New Left Review", „International Socialism", „International Socialist Journal" und „Praxis" (Zagreb). Ein Hindernis der Diskussion ist, daß die alte Linke diese Theorien kaum rezipiert hat, anstelle einer eigenen Konzeption häufig nur revolutionäre Phrasen anbietet und aus dem sicheren Port undefinierter Skepsis ihre Kritiker mit inhaltlos gewordenen Etiketten belegt. Der Entfremdung von der konkreten historischen Totalität kann nur durch eine intensive inhaltliche Diskussion begegnet werden. Die Bibliographie, die der Gliederung des Artikels folgt, könnte dazu beitragen.

I. 1 Desintegration der Arbeiterbewegung

Die Entwicklungsphasen der Arbeiterbewegung werden vor allem von folgenden Autoren beschrieben:
M. Beer, Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart, 1913;
ders., Geschichte des Sozialismus, Berlin, 1931;
G. D. H. Cole, A History of Socialist Thought, Bd. I—III, London, 1954—19 . .
K. Korsch, Marxismus und Philosophie, Leipzig, 1923;
ders., Karl Marx, New York, 1963 (1. Aufl. 1938);
Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus, Frankfurt, 1962.
Die drei institutionellen Bereiche werden von Marx (Deutsche Ideologie, 18. Brumaire), Korsch und Lukács, aber auch in der auf Spencer und Weber zurückgehenden politischen Soziologie (u. a. Gerth und Mills, Lasswell) unterschieden.

I. 2 Materialistische und idealistische Strategie

Die klassischen Texte sind zusammengestellt bei Iring Fetscher (Hrsg.), Der Marxismus, Bd. 3—III, München, 1962—1965.
Solidarität und Konkurrenz sind die zentralen Kategorien der Klassenkampftheorie von Marx und Engels: Werke (Berlin), Bd. 2, S. 436 ff, 536 ff; Bd. 3, S. 50 ff; Bd. 4, S. 180 ff, 369 ff, 470 ff; Bd. 6, S. 402 f, 420 f; Bd. 7, S. 230; Bd. 8, S. 198 ff; zum ökonomischen Aspekt vgl. „Das Kapital", Bd. 1 und „Antidühring". — Eine moderne Formulierung findet sich bei Thomas von der Vring, Zur Strategie des Klassenkampfes in der Gegenwart, neue kritik 32, Oktober 1965.
Das Versagen der Parteien der II. Internationale wird eindringlich in folgenden Schriften analysiert:
J. Buttinger, Am Beispiel Österreichs, Köln, 1953;
K. Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig, 1929;
E. Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart, 1952;
ders., Kautsky und der Kautskyanismus, in: Marxismusstudien, 2. Folge, Tübingen, 1957;
ders. und R. Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf, 1960;
Th. v. d. Vring, Probleme einer neuen sozialistischen Strategie, neue kritik 21, Februar, 1964.

II. 1 Ökonomische Stabilität

Elemente einer — noch nicht explizierten — modernen Krisentheorie finden sich vor allem in der angelsächsisch inspirierten politischen Ökonomie.
R. H. S. Crossman, Labour in the Affluent Society, Fabian Tract 325, London, 1960;
J. K. Galbraith, American Capitalism, Boston, 1952;
ders., Gesellschaft im Überfluß, München-Zürich, 1963;
ders., Tabus in Wirtschaft und Politik der USA, rde, 1964;
St. Hall, The Supply of Demand, in: E. P. Thompson (ed.), Out of Apathy, London, 1960, S. 56—97;
R. L. Heilbronner, Wege zum Wohlstand, Gütersloh, 1962;
E. Mandel, The Economics of Neo-Capitalism, in: R. Miliband and J. Saville (eds.), The Socialist Register, London, 1964, S. 56—67;
ders., Traité d'économie Marxiste, Paris, 1962;
E. März, Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen, Wien, 1959;
G. Myrdal, Challenge to Affluence, London, 1963;
F. Neumark, Wandlungen in den Auffassungen vom Volkswohlstand, Frankfurt, 1964;
F. Perroux, Feindliche Koexistenz, Stuttgart, 1961;
Th. Prager, Wirtschaftswunder oder keines?, Wien, 1963;
J. Robinson, Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft, München, 1965;
dies., Latter Day Capitalism, in: New Left Review, July-August, 1962;
dies., Über Keynes hinaus, Wien, 1962;
R. Samuel, ‚Bastard' Capitalism, in: E. P. Thompson (ed.), Out of Apathy, London, 1960, S. 19—55;
F. Sternberg, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg, 1952 (2. Aufl.);
P. M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln, 1959;
ders., The Present as History, New York, 1953;
J. Strachey, Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf, 1957.

II. 2 Politische Stabilität

Über dieses Problem gibt vor allem die Literatur zu II. 1. und zu II. 4. Auskunft. Frühe Kritik an ausschließlich gewaltsamen Konfliktformen findet sich seit 1890 besonders bei F. Engels, E. Bern-

stein und K. Kautsky (Fetscher, Der Marxismus, Bd. III, München, 1965, S. 226 ff). Die internationale Problematik ist u. a. behandelt bei Sternberg und Perroux sowie bei Heinz Kuby, Provokation Europa, Köln-Berlin, 1965.

II. 3 Lebensbedingungen der Unterklasse

Die Literatur über die objektive Klassenlage und Arbeitssituation läßt sich nicht scharf von jener trennen, die vorpolitische Organisations- und Bewußtseinsformen in den Bereichen des Betriebs, des Industriezweigs und des Konsums behandelt.

W. Abendroth, Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre Entwicklungstendenzen, Politische Vierteljahresschrift, H. 2, 4. Jg., Juni 1963, S. 150—167;
K. Alexander, Power at the Base, in: E. P. Thompson, Out of Apathy, London, 1960, S. 243—286;
Arbeitshefte 6/8, 1965, Die Mitbestimmungsdiskussion in der gegenwärtigen britischen Arbeiterbewegung;
H. P. Bahrdt, Berufsstruktur und technischer Fortschritt, atomzeitalter, Oktober 1965, S. 193—199;
R. Blauner, Alienation and Freedom — The Factory Worker and His Industry, Chicago-London, 1964;
S. Braun, Zur Soziologie der Angestellten, Frankfurt, 1964;
P. Cardan, Prolétariat et organisation, Socialisme ou Barbarie, Vol. V, No. 27, Avril-Mai 1950 und No. 28, Juillet-Août 1959;
Chr. v. Ferber, Arbeitsfreude — Wirklichkeit und Ideologie, Stuttgart, 1959;
Marianne Feuersenger (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat? Frankfurt, 1962;
L. v. Friedeburg, Soziologie des Betriebsklimas, Frankfurt, 1963;
G. Friedmann, Zukunft der Arbeit, Köln, 1953;
ders., Grenzen der Arbeitsteilung, Frankfurt, 1959;
G. Friedrichs (Hrsg.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und in den USA, Frankfurt, 1963;
K. Frielinghaus, G. Hillmann und andere, Belegschaftskooperation und gewerkschaftliche Betriebspolitik, in: Arbeitshefte 6/7, 1963;
A. Gorz, Stratégie ouvrière et néocapitalisme, Paris, 1964;
ders., Trade Unionism on the Attack, in: International Socialist Journal, 2/1964 (Auszug aus dem Buch);
P. G. Herbst, Autonomous Group Functioning, London, 1962;
S. Herkommer, Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter, neue kritik 28, Februar 1965;
R. Hoggart, The Uses of Literacy, Harmondsworth, 1959 (3. Aufl.);
G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin, 1922;
S. Mallet, Socialism and the New Working Class, in: International Socialist Journal, 8/1965;
E. Mayer, Does the Proletariat still exist?, in: International Socialist Journal, 5-6/1964;
S. Melman, Decision Making and Productivity, Oxford, 1958;
Ch. Michaelson, The Whitest Collars Turn to the Unions, in: Dissent, Vol. X, No. 2, Spring, 1962;
D. Mothé, L'usine et la gestion ouvrière, in: Socialisme ou Barbarie, Vol. IV, No. 22, Juillet-Septembre, 1957;
P. v. Oertzen, Die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und Mitbestimmung in der Revolution von 1918, Frankfurt, 1965 (als gewerkschaftsinterne Ausgabe bei der Europäischen Verlagsanstalt);
St. Ossowski, Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, Neuwied, 1962;
H. Popitz, H. P. Bahrdt, E. A. Jüres, H. Kesting, Technik und Industriearbeit, Tübingen, 1964 (2. Aufl.);
dies., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen, 1961 (2. Aufl.);
Th. Prager, ‚Presence' or „Social Partnership"?, in: International Socialist Journal, 7/1965;
B. Pribićević, The Shop Stewards, Movement and Workers' Control, Oxford, 1959;
M. Schumann, Das gesellschaftliche und politische Bewußtsein des Arbeiters, Frankfurt, 1960 (als Manuskript im Verlag neue kritik);
J. Seifert, Die Situation der Gewerkschaften im Spiegel der Theorie, Gewerkschaftliche Monatshefte, Januar 1962;
E. Teschner, Die sozialen Folgen der Automation, neue kritik 31, August 1965;
K. Thomas, Die betriebliche Situation der Arbeiter, Stuttgart, 1964;
Th. v. d. Vring, Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914 bis 1924), Hannover, 1965;
R. Williams, Culture and Society 1780—1950, Harmodsworth, 1963 (3. Aufl.).

II. 4 Institutionalisierter Klassenkampf

Auch hier läßt sich die Literatur über die objektive Situation, die neuen Verkehrsformen des politischen Prozesses, nicht scharf von jener trennen, die eine darauf abgestimmte neue sozialistische Strategie diskutiert. Die unter II. 1., II. 2. und II. 3. angegebene Literatur ist weitgehend auch für diese Problematik relevant.

P. Anderson and R. Blackburn (eds.), Towards Socialism, London, 1965;
L. Basso, A New Socialist Party, in: International Socialist Journal, 2/1964;
ders., Social Democracy — Today, a. a. O., 7/1965;
ders., For a Dialectical Approach, a. a. O., 8/1965;
A. Bevan, Besser als Furcht, Frankfurt, 1953;
G. Brandt, Die neue Linke in England, neue kritik 6, Juni 1961;
E. R. Braundi, International Trade and a Strategy for the Working Classes, in: International Socialist Journal, 7/1965;
H. Friedrich, Das Regierungssystem der Bundesrepublik, neue kritik 30, Juni 1965;
ders. und M. Baethge, Die außerparlamentarische Öffentlichkeit vor den Wahlen, neue kritik 31, August 1965;
John H. Goldthorpe & others, The Affluent Worker, Report to the Annual Meeting of the British Association for the Advancement of Science, 1965 (als Manuskript);
J. Habermas, Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in:
ders. und andere, Student und Politik, Neuwied, 1961, S. 13—55;
ders., Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied, 1962;
Richard F. Hamilton, Affluence and the Worker: The West German Case, The American Journal of Sociology, Vol. LXXI, No. 2, Sept. 1965, S. 144—152;
R. Hoffmann, Anmerkungen zur sozialistischen Strategie der Gegenwart, neue kritik 22, April 1964;
David Lockwood and John H. Goldthorpe, Affluence and the British Class Structure, The Sociological Review, Vol. 11, No. 2, July 1963, S. 133—163;
R. Miliband and J. Saville (eds.), The Socialist Register 1964, London, 1964;
dies. (eds.), The Socialist Register 1965, London, 1965;
Praxis (Zagreb), 2/3, 1965, mit Beiträgen von Lefèbvre, Marcuse, Mallet, Goldmann und anderen zur Arbeiterstrategie;
A. Renard, Durch Kampf zum Sozialismus, Frankfurt, 1960;
J. Schaltenbrand, Anmerkungen zum Begriff der neuen Linken, neue kritik 9, Januar 1962;
ders., Die SPD in der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, neue kritik 10, Mai 1962;
E. P. Thompson, Revolution, in: ders. (ed.), Out of Apathy, London, 1960, S. 287—308;
J. M. Vincent, Problems of Socialist Strategy, in: International Socialist Journal, 7/1965.

III. 1 Ahistorische Revolutionstheorie

Auf die Notwendigkeit, die Veränderungsmöglichkeiten jeweils historisch-spezifisch zu ermitteln, hat insbesondere Karl Korsch in „Marxismus und Philosophie", in „Karl Marx" und in den Texten verwiesen, die in der „alternative" (Nr. 41, April 1965) nachgedruckt sind. Auch Abendroth führt das Versagen der Arbeiterbewegung darauf zurück, daß sie den spezifischen Charakter der kapitalistischen Entwicklungsphasen nie rechtzeitig begriff:
W. Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt, 1965;
ders., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt, 1964.
Der Begriff des Wendepunkts wird von Lenin benutzt (Fetscher, Der Marxismus, Bd. III, S. 353) und von Luxemburg und Pannekoek umschrieben (a. a. O.). Marx und Engels verweisen darauf in: „Werke" (Berlin), Bd. 2, S. 430 ff; Bd 4, S. 346 f; Bd. 7, S. 230 f.

III. 2. Positivistische Analyse

Die Auseinandersetzung zwischen Adorno/Habermas und Popper/Albert ist in der „Kölner Zeitschrift" und der Adorno-Festschrift abgedruckt. Eine Einführung in die qualitative Analyse enthält das Buch „Gruppenexperiment", Frankf. Beiträge zur Soziologie, Bd. 2. Eine unkritische Übernahme positivistischer Befunde findet sich bei Herbert Marcuse, One-Dimensional Man, London, 1964. Aus ähnlichen Gründen werden im „Argument"-Heft „Massenmedien und Manipulation" die Manipulationsmöglichkeiten überschätzt; unerwähnt bleiben Befunde, nach denen die breite Bevölkerung ihre Meinungen weit häufiger durch unmittelbare Kommunikationen und Erfahrungen ändert:
E. Katz und P. E. Lazarsfeld, Persönlicher Einfluß und Meinungsbildung, Wien, 1962;
J. T. Klapper, The Effects of Mass Communication, Glencoe, 1960.

III. 3 Deterministische Prognostik

Auf diesen Mangel haben hauptsächlich die Kritiker der II. Internationale hingewiesen, und zwar Engels in seiner Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich"; Lukács in seiner Bucharin-Kritik (Grünberg-Archiv, 11. Jg., S. 216—224); Lenin in „Gegen den Strom" und auf dem II. Kongreß der Internationale; Korsch in seiner Kautsky-Kritik (Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig, 1929); ähnlich auch Luxemburg. Eine moderne Interpretation und Anwendung der dritten Feuerbachthese versucht A. MacIntyre, Breaking The Chains of Reason, in: E. P. Thompson (ed.), Out of Apathy, London, 1960, S. 195—240.

IV. 1 Organisierter Kapitalismus

Marxens Hinweis auf die gewerkschaftliche Aufgabe, die Anspruchsniveaus zu heben, findet sich bei H. Müller, Die Organisation der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin, 1917, S. 252 f. Ähnlich urteilt Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, Berlin, 1925, S. 275. Auf die geringe Eignung von Paupers für eine solidarische Arbeiterbewegung verweisen Marx und Engels in: Werke (Berlin), Bd. 2, S. 430 ff, 467 ff; Bd. 4, S. 331 ff; Bd. 7, S. 230 f. Dieses Thema ist Gegenstand der Kontroverse zwischen Lenin und Luxemburg über „Kulturniveau". Über die Rolle avantgardistischer Katalysatoren schreibt Lukács in seinem Organisationsaufsatz in „Geschichte und Klassenbewußtsein" (Berlin, 1923). An Brecht anknüpfend, hat H. Kentler das Problem der Anspruchsniveaus in der Strategiediskussion der „neuen kritik" hervorgehoben: „Vom Lebensgenuß" (nk 21, Februar 1964). Über die Integrierbarkeit von Reformen schreibt Th. Prager, ‚Presence' or ‚Social Partnership', International Socialist Journal, Nr. 7, 1965. Eine sehr differenzierte Analyse der Beziehung zwischen den Arbeitnehmern und ihren Erziehern findet sich bei Reinhard Hoffmann, „Anmerkungen zur sozialistischen Strategie der Gegenwart", neue kritik 22, April 1964.

Meine gesamten Ausführungen über die Dialektik von Reform und Revolution im organisierten Kapitalismus werden vielleicht verständlicher durch die Lektüre von Ernest Mandel, „A Socialist Strategy for Western Europe" (International Socialist Journal, August 1965).

Thesen zur Klassentheorie von Marx

Michael Mauke

Völlig unerwartet ist Michael Mauke am 30. Januar 1966 im Alter von 37 Jahren gestorben. Er war von Beginn an Mitglied der SDS-Gruppe an der Freien Universität Berlin. Mehrere Jahre hindurch war er Mitarbeiter und Redakteur der Verbandszeitschrift „Standpunkt", deren letzte Nummer Anfang 1960 erscheinen konnte. In dieser Eigenschaft und als Inspirator zahlreicher Resolutionen ist Michael Mauke im SDS bekannt geworden. Sein Einfluß auf die Verbandspolitik und -arbeit läßt sich aus der Geschichte des SDS nicht wegdenken. So hat er während der Auseinandersetzungen mit dem Parteiapparat der SPD einen unschätzbaren Beitrag dazu geleistet, daß viele Mitglieder nicht nur aus unreflektierter Organisations-Loyalität, sondern auch im klaren Bewußtsein der politischen Ursachen des Zwiespalts dem SDS die Treue hielten.

Aber sein politisches Engagement hinderte ihn auch nicht an einer kritischen Überprüfung der Praxis seiner eigenen Organisation. Wenn er etwa in Diskussionen und Referaten dem Antikommunismus entgegentrat — auch schon zu einer Zeit, als dieser noch in den Köpfen vieler SDS-Mitglieder spukte —, so glaubte er dennoch nicht, daß sich sozialistische Praxis darin erschöpfen könne, auf den Fortschritt im Osten zu warten oder sich mit den Problemen der DDR zu identifizieren. Aktive Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt war ihm selbstverständlich; dennoch gab er sich nicht der Illusion hin, daß schon deshalb die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa auf einem historischen Abstellgleis angelangt und die sozialistischen Kräfte daher zu einer Art Hilfstruppe der Kolonialrevolution degradiert worden seien. Hinter allen seinen Reden und Aufsätzen stand vielmehr seine Überzeugung, daß es in erster Linie darauf ankomme, im eigenen Land eine Ordnung zu bekämpfen, deren mörderischen und selbstmörderischen Charakter er erkannt hatte. Zugleich war er sich dessen bewußt, daß zur Überwindung dieser Ordnung Polemik nicht ausreicht, daß mehr noch eine intensive wissenschaftliche Arbeit dazu nötig ist.

Im Bereich der sozialistischen Theorie ist Michael Mauke vielen Genossen und Freunden innerhalb und außerhalb des SDS zum Mentor geworden. Zur Vorbereitung seiner Dissertation über das Angestelltenproblem bei Marx hat er dessen Gesamtwerk in jahrelanger, von Krankheit oft unterbrochener Arbeit durchforscht und es sich so gründlich zu eigen gemacht wie wohl kaum ein Wissenschaftler seiner Generation. Dabei hat er sich stets vor den Gefahren einer bloßen Marx-Philologie gehütet. Die Klärung der Angestelltenproblematik war seiner Auffassung nach die wichtigste Voraussetzung, um die Eigentums- und Herrschaftsordnung der gegenwärtigen Klassengesellschaft in ihrem innersten Kern zu enthüllen und damit zu relativieren. Aus dieser Problemstellung resultierte jedoch das weitergehende Ziel seiner Arbeit: eine Rekonstruktion der Klassentheorie von Marx, um deren ursprünglichen Gehalt mit ihren diversen Vulgarisierungen und Entstellungen zu konfrontieren. Seine ersten Ergebnisse bestärkten ihn in der Vermutung, daß erst diese Wiederherstellung die Sozialisten in die Lage versetzen würde, in einer umfassenden Analyse der spätkapitalistischen Ordnung diejenigen Tendenzen aufzuspüren, die gerade in den hochentwickelten Ländern des Westens über den Kapitalismus hinausweisen und von den Sozialisten erkannt und genutzt werden müssen.

Nachstehend veröffentlichen wir Thesen zu einem Referat über „Tendenzen und Strukturen der Klassengesellschaft bei Karl Marx", die Michael Mauke wenige Wochen vor seinem Tod geschrieben hat. Eine posthume Ausgabe des grundlegenden Teils seiner Dissertation befindet sich in Vorbereitung.

1. Marx hat keine s p e z i e l l e Klassensoziologie verfaßt oder geplant, weil seine ökonomisch-politische Gesamttheorie vom „kapitalistischen Produktionssystem" z u g l e i c h eine a l l g e m e i n e Klassentheorie der prozessierenden kapitalistischen Gesellschaft implizit enthält. Auch der speziellste Exkurs, die abstrakteste Analyse in Marx' „Kapital" ist klassensoziologisch relevant.
2. Klassengliederung ist bei Marx essentiell in der jeweils gegebenen g e s e l l s c h a f t l i c h e n Arbeitsteilung begründet und stellt deren spezifisch gesellschaftliche Formation dar.
   Gesellschaftliche Arbeitsteilung stellt sich für Marx in dreifacher Beziehung dar:
   a) Verteilung der sachlichen Produktionsbedingungen;
   b) Verteilung der Gesellschaftsmitglieder im allgemeinen gesellschaftlichen Arbeitsprozeß;
   c) Verteilung des Produktes nach Maßgabe von „notwendiger" und „Mehr-Arbeit" („Mehrprodukt").
   Alle g e s e l l s c h a f t l i c h e n Gliederungsverhältnisse sind unmittelbar oder vermittelt der historisch vorherrschenden Anordnung von Arbeitsaufbau (produktionstechnische Dispositionen) und Arbeitsteilung (gesellschaftlicher sowie auch betrieblicher Art) immanent. Da aber das E i g e n t u m (d. h. das historische Verhältnis zur Aneignung von Produkt bzw. Mehrprodukt) für Marx die zentrale, prägende und beherrschende Bestimmung eines historischen „Produktionssystems" ist und als Herrschaft und Unterwerfung bedingendes Produktionsverhältnis das „Ensemble" aller Produktionsverhältnisse verkörpert, ist die Kategorie „Klasse" als Verhältnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Produktions- und Distributionsverhältnis) zugleich auch ein Eigentumsverhältnis (d. h. ein Verhältnis zur gesellschaftlich herrschenden Aneignungsform).
3. Diese (dialektische) Identität der Klassen mit Bestimmungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Aneignung (Eigentum) bedingt es, daß Marx vielerorts auch ohne den Klassen b e g r i f f auskommen kann (vgl. Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie), obwohl inhaltlich ständig von Klassen gehandelt wird.
4. Beginn und Geschichte des Klassen-Antagonismus (d. h. der Klassengesellschaft) ist durch die mögliche und wachsende „Mehrarbeit" der „unmittelbaren Produzenten" indiziert, die, in ein (wachsendes) „Mehrprodukt" vergegenständlicht, von einander ablösenden herrschenden Klassen von „Großbesitzern" (Verfügern über die sachlichen Produktionsbedingungen) angeeignet wird.
   Bereits der als Wasserbauverband organisierte Urstaat der „asiatischen Gesellschaft" („orientalische Despotie") kennt in diesem Sinne Herrschaft als Verfügung über Mehrarbeit und Aneignung von Mehrprodukt. Solange beides aber noch — bei allem Mißbrauch und Parasitismus — an den Vollzug g e s a m t gesellschaftlicher Funktionen unmittelbar gebunden ist (Bürokratie, Theokratie etc.), kann für Marx wohl schon von Regierung, Herrschaft und Despotie, aber noch nicht von „Klassen" die Rede sein. Klassen bestimmen sich bei ihm als „naturwüchsig" (ungeplant, unkoordiniert) zustande gekommene und wirkende Aggregationen von Aneignern sowie Erzeugern von Mehrprodukt, die keiner planökonomischen Funktionalität verpflichtet sind, sondern gesamtgesellschaftliche Funktionen allenfalls planlos vermittels des Vollzuges einer privaten (isoliert und egozentrisch orientierten) Interessenräson „nebenher" miterledigen.
5. Marx' These, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, wird von ihm — vor allem hinsichtlich der präkapitalistischen Ära — nicht in unmittelbarer Bedeutung verstanden: alle sozialen Kämpfe der Vergangenheit (auch Kriege) sind i m „Klassengegensatz", d. h. in der Auseinandersetzung zwischen den Beherrschten und den Herrschenden bzw. in der Kollision unter diesen selbst um die Aneignung bzw. Umteilung des gesellschaftlichen M e h r p r o d u k t s, letztlich determiniert. Erst im Kapitalismus tritt der Klassengegensatz als solcher unmittelbar zutage, polarisiert sich die Gesellschaft unmittelbar — über alle lokalen und fachlichen Grenzen hinweg — in die Klasse der Mehrprodukterzeuger (Lohnarbeiterklasse) und Mehrprodukt- bzw. „Mehrwert"-Aneigner (Kapitalistenklasse).
6. Aber der Klassen- und Klassengegensatz-Charakter der Vergangenheit wird für Marx erst von der Position des entwickelten Kapitalismus s i c h t b a r. Die jetzige aus der Latenz in unmittelbare Wirksamkeit heraustretende Klassenpolarität ist damit zugleich eine historisch neue Qualität. Im Kapitalismus wird der allen repressiven Gesellschaften zugrunde liegende sozialökonomische Antagonismus aus der entscheidenden (hintergründigen) Determinante zur Struktur der Gesellschaft selbst.
   Die aller Theorie von Marx zugrunde liegende Realdialektik von Erscheinung und Wesen besagt also, daß die Klassengesellschaft auf allen ihren Stufen in ihrem wesentlichen Grundverhältnis immer identisch gebieben ist, aber — bedingt durch den je vorherrschenden Stand der Produktivkräfte (des Arbeitscharakters, der Arbeitsteilung) — große Formationsunterschiede aufweist.
7. Der Klassengegensatz definiert sich für Marx in allen seinen Wandlungsformen stets als Gegensatz zwischen (als Mehrprodukt angeeigneter) „v e r g e g e n s t ä n d l i c h t e r A r b e i t" (Produktionsmittel, Produkte) und der „l e b e n d i g e n A r b e i t". Wie schon unter 5. ausgeführt wurde, liegt dieser Gegensatz allen historischen Gliederungsformen der Gesellschaft determinierend zugrunde. Wenn Marx unter den Erscheinungsgestalten dieses Gegensatzes die historische Reihung n i c h t mit den „Klassen" (vorher: berufliche und ständische Kollisionen) abschließen läßt, sondern nach diesen noch vom Gegensatz zwischen lebendiger und angehäufter Arbeit spricht, dann scheint er damit anzudeuten,

daß er den — in der Manufakturgesellschaft entstandenen und mit ihr traditionell noch mehr oder minder verknüpften — Begriff „Klasse“ für die letzte Ausformung des genannten „Klassengegensatzes“ für nicht mehr adäquat hält. Als Alternative mag ihm vielleicht der im Kommunistischen Manifest verwandte Begriff des „Lagers“ vorgeschwebt sein. Diese terminologische Schwierigkeit hat Marx wahrscheinlich für den Zeitpunkt vorausgesehen, wo die Polarisierung der Gesellschaft in Lohntätige und Kapitalisten nicht nur abgeschlossen ist, sondern wo dann die Gesellschaft überhaupt eine der Lohnarbeiter geworden ist, die insgesamt einer anonym gewordenen, nicht mehr unmittelbar von Kapitalisten, sondern selbst von lohntätigen Managern in Betrieb gehaltenen, aber von diesen als Gesamtheit nicht überblickten und verantworteten Produktionsmaschinerie konfrontiert ist, deren „Selbsttätigkeit“ an den Justizapparat in Kafkas Prozeß erinnert.

8. Als zentrale (korrelative) Produktions- und Eigentumsverhältnisse sind Lohnarbeit und Kapital die grundlegenden Klassenverhältnisse für Marx. Alle anderen sozialökonomischen Kategorien und auch alle übrigen Klassen (Handwerker, Bauern etc.) leiten sich aus diesem gesellschaftlichen Grundverhältnis der Produktion und Aneignung von „Mehrwert“ (Mehrprodukt) ab. Kapital und Lohnarbeit bringen als aufeinanderbezogene Universalverhältnisse „abstrakter“ Arbeit den sowohl ökonomischen als auch technischen Tatbestand vollzogener und ständig fortschreitender Vergesellschaftung der Arbeit (der Produktion) zum Ausdruck. Als „abstrakte“ Arbeit ist Lohnarbeit unmittelbar gesamtgesellschaftliche Arbeit; als solche ist Lohnarbeit im Tauschwert-(Geld-) Verhältnis des Lohnarbeiters einerseits und im Verwertungskalkül des Kapitalisten andererseits indiziert und vermittelt. Durch diese im Gegensatz der Gesamtheiten von Lohnarbeitern und Kapitalisten sich entäußernde Vergesellschaftung der Arbeit wird jede Eigenart und Besonderheit im Zusammenhange der beiden Fundamentalklassen („Hauptklassen“) sekundär. Die Marxsche These, daß Lohnarbeiter und Kapitalisten Klassen abstrakter Arbeit sind, wobei das Wesen aller früheren, nur latent existierenden, Klassen darin zum Vorschein kommt, expliziert sich im einzelnen folgendermaßen:

I. Alle Unterteilungen und Differenzierungen innerhalb der Kapitalistenklasse werden gegenüber der allgemeinen (gesellschaftlichen) Qualität des Kapitals, Mehrwert ansetzender Wert zu sein, gleichgültig.

II. Alle Unterteilungen und Differenzierungen innerhalb der Lohnarbeiterklasse werden insgesamt auf den egalisierenden und quantifizierenden Tauschwert-(Geld-)Nenner der Lohnarbeit als „abstrakter Arbeit“ umgesetzt und damit vergleich- und austauschbar gemacht.

Die für beide „Hauptklassen“ der kapitalistischen Industriegesellschaft charakteristische Dimension abstrakter — d. h. in der Geldbeziehung verdinglichter allgemeingesellschaftlicher — Arbeit setzt das Bezugssystem, worin sich die gesellschaftliche Untergliederung (die Differenzierung innerhalb der Klassen) überhaupt vollzieht.

Die dritte Front

Peter Brokmeier

Ein Bericht über Serge Mallets „La nouvelle classe ouvrière“

Serge Mallet: La nouvelle classe ouvrière. Editions du Seuil, Paris 1963 (266 S., Paperback, NF 12.—)

Die These, die Serge Mallet, französischer Soziologe und einer der Theoretiker der PSU, auf dem Marxismus-Seminar in Korçula im Sommer 1964 entwickelt hat (vgl. nk 32, S. 10 ff), läßt sich etwa wie folgt umschreiben: Inmitten der modernen kapitalistischen Gesellschaft, die die Möglichkeit des Klassenkampfes grundsätzlich eliminiert zu haben scheint, beginnt sich ein sozialer Wandel abzuzeichnen, der einen für den „organisierten Kapitalismus“ explosiven Charakter anzunehmen geeignet ist und auf einen Wandel der technisch-organisatorischen Produktionskompetenzen, d. h. auf das Auftreten der Automation zurückzuführen ist. Die qualitative Änderung der Produktivkräfte kann sich nicht vollziehen ohne eine entsprechende Veränderung der Produktionsverhältnisse. Daraus ergibt sich einerseits der Versuch der „classe dirigeante“, mittels gewisser Modifikationen der ökonomischen Grundlage (Staatsinterventionismus, Konsumlenkung) die gesellschaftlichen Machtverhältnisse mit dem neuen technischen Potential in Einklang zu bringen; andererseits muß jedoch die beherrschte Klasse der Produzenten, die dank ihrer objektiven Lage nach wie vor Träger der Emanzipation der Gesellschaft bleibt, die bisherigen Formen und Mittel des Klassenkampfes — und das heißt für Mallet in erster Linie des gewerkschaftlichen Kampfes — einer radikalen Überprüfung unterziehen: Struktur und Begriff der Industriearbeiterschaft wandeln sich unter dem Einfluß der technischen Entwicklung so grundlegend, daß es berechtigt erscheint, in Zukunft von einer „neuen“ Arbeiterklasse zu sprechen.

Diese Strukturveränderungen, die gegenwärtig erst in Ansätzen sichtbar werden, zu beschreiben, ihre Gründe aufzusuchen sowie ihre Folgen für Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung zu erläutern, ist die erklärte Absicht des obengenannten Buches. Man muß darauf zurückgreifen, wenn man Mallets These verstehen will, da es aufschlußreiche und zum Teil sehr detaillierte Belege dafür erbringt.

Es erscheint daher angebracht — zumal eine deutsche Übersetzung nicht vorliegt —, wenigstens die wichtigsten Gesichtspunkte der hier dargestellten Position zu resümieren.

Methodische Probleme

Der Hauptteil des Buches besteht aus drei in sich abgeschlossenen empirischen Untersuchungen über solche Betriebe, von denen der Autor annahm, daß sie am ehesten „Das Maximum an Veränderung im Verhältnis zur klassischen Struktur der Produktionsbeziehungen repräsentieren" (S. 22), da sie an der Spitze der technologischen Entwicklung in Frankreich stehen. Es sind dies die „Compagnie des Machines Bull" (elektronische Apparate, Datenverarbeitungsanlagen); die vollautomatisierte Erdölraffinerie „Caltex"; schließlich die „Compagnie française Thomson-Houston" (elektromechanische und elektronische Apparate, wie Radaranlagen usw.). Die beiden ersten „Betriebsmonographien" wurden bereits 1958 erstellt und 1959 in zwei Zeitschriften publiziert; die dritte ist unveröffentlicht und das Ergebnis eines Forschungsauftrages der Pariser Ecole pratique des Hautes Etudes, den Mallet 1961 abgeschlossen hat.

In der Einleitung geht Mallet auf die methodischen Probleme ein. Er weist darauf hin, daß das Motiv seiner Recherchen nicht das eines professionellen Soziologen sei, der vielleicht die Kenntnisse über sein Spezialgebiet erweitern möchte, sondern das des (ehemaligen) aktiven Gewerkschaftsfunktionärs, dem es darum gehe, die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit der Arbeiterklasse und „dem Ausdruck dieser Realität in der offiziellen Ideologie der Arbeiterbewegung" (15) zu überwinden. Dies kann nur durch eine Analyse der objektiven Bedingungen geschehen, unter denen diese Arbeiterbewegung zu operieren hat. Die Analyse impliziert eine Kritik gewisser traditioneller Lehren, wie sie von den dominierenden Kräften der französischen Arbeiterbewegung, der KPF und der CGT, vertreten werden. Die Kritik bezieht sich insbesondere „auf die Strukturen der Arbeiterklasse und, im allgemeinen Rahmen, die Organisation der kapitalistischen Gesellschaft im gegenwärtigen Frankreich" (16). Mallet wendet sich scharf gegen die „Dogmatiker", die aus ideologischen Gründen nicht in der Lage seien, sich von ihren Klischeevorstellungen zu lösen und die sozialen Wandlungen zu erkennen (19 f, vgl. auch 66 und bes. 248 ff). Überhaupt ist seine Problemstellung generell auf die französische Situation zugeschnitten. Solange seine Untersuchung sich auf die betriebssoziologischen und wirtschaftlichen Tatbestände erstreckt, ist sie prinzipiell sicherlich auf die anderen hochentwickelten Länder des Westens übertragbar; das ist jedoch dann nicht mehr von vorneherein möglich, wenn Mallet auf die praktischen Konsequenzen zu sprechen kommt, die seiner Meinung nach vor allem die (in Frankreich zersplitterte) Gewerkschaftsbewegung aus einer neuen Lage zu ziehen hätte.

Gleichzeitig distanziert er sich von der „sociologie universitaire" (15, 21 und passim), verwendet aber zum Teil deren Terminologie und Methode. Beschreibung und Analyse stützen sich einmal auf umfassendes Material, das von den jeweiligen Firmen (z. B. Statistiken) und den gewerkschaftlichen Organisationen stammt, und zum andern auf praktische Feldarbeit (einschließlich Interviews). Die Verwendung dieser Unterlagen scheint mir sehr gründlich und sorgfältig vorgenommen worden zu sein. Das besondere Kennzeichen der Methodologie ist zweifellos in der Orientierung an Marx zu erblicken (vgl. bes. 16-19): die „Klasse" wird abhängig von ihren Beziehungen zu den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen begriffen (21); um diese Abhängigkeiten (Wechselwirkungen) erfassen zu können, muß man die „Klasse" und ihre reale Struktur dort betrachten, wo sich jene Beziehungen am reinsten zeigen: auf der Ebene der „Produktionseinheit" (unité de production), d. h. der „untersten Ebene des sozialen Lebens" (21). Der Gegenstand der Untersuchung erscheint so eingebettet in einen größeren Zusammenhang. Die drei Studien zeichnen sich gerade dadurch aus, daß in ihnen die Analyse der Klassenstruktur als Teil einer umfassenderen Analyse (der des Betriebes als „Totalität") erscheint. So untersucht Mallet auf der einen Seite die Arbeitsbedingungen, Löhne, Fluktuation, soziale Herkunft, Fragen der Qualifizierung und „Dequalifizierung", Fragen des Arbeitsmarktes usw., andererseits aber auch (und im Zusammenhang damit) die Lohnpolitik der jeweiligen Firma, ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage, die Entwicklung der Investitionen, ihre Verzahnung mit den Institutionen des „Neokapitalismus" (Technokratie) usw.

Die Integration der Arbeiter in den Betrieb

Den Betriebsanalysen vorangestellt ist der theoretische Essay „Syndicalisme et société industrielle" (27-74). Hier entfaltet Mallet die zentralen Begriffe seiner Theorie, die, mit wechselnden Schwerpunkten, im darauffolgenden empirischen Teil expliziert werden. Im folgenden soll in erster Linie der Gedankengang dieses Essays im groben Umriß wiedergegeben und die drei Enqueten nur zu dessen Illustration herangezogen werden.

Ausgangspunkt aller Überlegungen ist ein Vorgang, der sich in der hochtechnisierten und automatisierten Industrie vollzieht, insbesondere in der elektromechanischen, elektronischen, chemischen und Mineralölindustrie. Mallet nennt ihn die wachsende „Integration" der Belegschaft in den Produktionsprozeß (54—57). Sie ist das „Charakteristikum für die Industriesoziologie unserer Epoche" (92). Aber der Terminus „Soziologie" darf hier nicht im engen Sinn verstanden werden. Integration bezeichnet vorab einen ökonomisch-technischen Vorgang. Ihm sind Unternehmer und Arbeiter gleichermaßen unterworfen. Aus der Sicht der kapitalistischen Betriebsleitung bedingt der Zwang zum vorausschauenden Marketing und zur genauen Planung der

auf Jahre festgelegten Fertigung eine in die ökonomische Gesamtsituation „integrierte Produktion" (93). Zugleich hört aber, auf Grund neuer technologischer Entwicklungen, die konventionelle Handarbeit (z. B. des Maschinenschlossers) auf, die bisher gewohnte Rolle als variabler Bestandteil der Produktionskosten zu spielen. Vielmehr haben die Lohnkosten die Tendenz, zu einem konstanten Faktor zu werden. Daher ist die Leitung des modernen Unternehmens mehr und mehr an einer qualitativen Steigerung der Produktivität interessiert als (wie bisher) an der quantitativen Steigerung der Anzahl der absolvierten Arbeitsstunden (55; konkretes Beispiel 89 ff). Diese objektive Integration, die Mallet scharf von den subjektiven human-relations-Bemühungen um „Integration" von seiten der Unternehmer (Prämien, Pension, Werkswohnungen, Kantine usw.) abhebt, verwirklicht sich vor allem in folgenden Tendenzen (vgl. 55 ff): in dem Maße, wie sich die automatisierte Fertigung durchsetzt, verschwindet die individuelle Arbeit, die individuell zu messen war. Die Entlohnung bezieht sich ausschließlich auf die Stelle (Funktion), die der „Arbeiter" im technischen Prozeß einnimmt. Dadurch ist sein Lohn weitaus stärker von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens determiniert, als das bisher der Fall war, und „sein tägliches Leben ist, wohl oder übel, in den Lebensprozeß des Betriebs selbst integriert" (56). Damit wird die Tarifpolitik der Gewerkschaften modifiziert. Weiterhin nimmt, wie der Lohn, auch die Ausbildung am Arbeitsplatz eine völlig neue Gestalt an: der „Arbeiter" übt in der hochtechnisierten Fabrik eine Tätigkeit aus, die sozusagen betriebsspezifisch und daher nicht auf eine andere Fabrik der gleichen Branche übertragbar ist. Schließlich ist der Grad der Stabilität der Beschäftigung außerordentlich hoch; die Werkleitung ist gezwungen, prinzipiell jeden Personalwechsel möglichst zu vermeiden.

Aber auch der technologische Prozeß selbst bewirkt unmittelbar die Integration in den Betrieb. Indem sie „die Beziehung zwischen Mensch und Arbeitsgegenstand (aus dem Arbeitsprozeß) vollständig eliminiert", hebt die Automation die Zerstückelung der Arbeit (z. B. am Fließband) auf und „stellt auf der Ebene des Teams, d. h. der kollektiven Arbeit, die Synthese der polyvalenten Arbeit wieder her" (58). (Die auf S. 49 ff befindlichen Ausführungen über den Einfluß der Automation auf das Wesen der Arbeit selbst sind weitgehend identisch mit dem Abschnitt „Die Automation und ihre Möglichkeiten" des in der nk 32 abgedruckten Referats. S. dort S. 13 f.) Eine eindrucksvolle Beschreibung der Faktoren, die die Arbeit „rehabilitieren", findet sich im Kapitel über die Caltex-Raffinerie (160 ff): Autonomie und Verantwortung des Aufsehers oder Kontrolleurs stehen hier ganz im Gegensatz zur Entmenschlichung, die die Fließbandarbeit und einfache Mechanisierung hervorgerufen haben.

Die neue Arbeiterklasse und das „syndicat d'entreprise"

Die Transformierung der menschlichen Arbeit in eine neue Qualität hat eine entsprechende Veränderung der Klassenstruktur zur Folge. Der tradierte Klassenbegriff wird fragwürdig, da sein Substrat sich gewandelt hat bzw. im Wandel begriffen ist. Die in der halb- oder vollautomatisierten Fabrik arbeitenden und dem Integrationsprozeß in den Betrieb unterworfenen Produzenten bilden den Kern der „nouvelle classe ouvrière". Dieser Kern besteht aus den den Fertigungsprozeß beaufsichtigenden „Arbeitern" und den Reparaturkolonnen (ouvriers d'entretien) einerseits, den Insassen der Konstruktionsbüros (technische Zeichner usw.) andererseits (58 f). Bei der Untersuchung der Klassenschichtung des Thomson-Houston-Werkes (219 ff) fügt Mallet noch die Schicht der hochqualifizierten Techniker (agents techniques et techniciens) hinzu. Für die qualitative Änderung der Struktur der Arbeiterklasse sind folgende Merkmale maßgebend (140 f): Die Zahl der Facharbeiter im herkömmlichen Sinn ist im Sinken begriffen, während die Schicht der Angelernten sich vergrößert. Gleichzeitig aber ist das Anwachsen einer gänzlich neuen Schicht zu beobachten, die von den Steuerungs- und Reparaturspezialisten (bzw. den obengenannten Technikern) im Angestelltenverhältnis (mit monatlichem Festlohn) gebildet wird. Das Resultat ist also zunächst eine verstärkte Differenzierung innerhalb der Industriearbeiterschaft. Zugleich wächst aber auch die Schicht der Verwaltungsangestellten an; da die Büroarbeit zunehmend mechanisiert wird, entsteht eine Homogenisierung zwischen Büro- und Fabrikarbeit.

Aus diesen neuen Bedingungen ergibt sich notwendig eine Änderung in der Tätigkeit der Gewerkschaft als Klassenorganisation. Mallet stellt die Forderung nach einer neuen Organisationsform auf. Er nennt sie „syndicat d'entreprise" (59 ff). Demnach wird das Unternehmen als Ganzes (nicht als einzelnes Zweigwerk) zur Basis der gewerkschaftlichen Organisation. Angesichts der Entwicklung der Automation und der Integration der Arbeiter in dem Betrieb entfallen die Voraussetzungen der herkömmlichen Berufs- bzw. territorialen Struktur der Gewerkschaften; diese Strukturen werden überflüssig, was den Nebeneffekt einer Entbürokratisierung der Organisations-Apparate nach sich zieht. Hauptquelle der Macht dieses „syndicalisme d'entreprise" ist der in der modernen Industrie zu verzeichnende hohe Organisationsgrad der Belegschaft (zwischen 50% und 90% gegenüber nur 15 bis 20% in den Branchen, die vorwiegend nichtqualifizierte Arbeiter beschäftigen).

Am Beispiel der Belegschaft der Caltex-Raffinerie verdeutlicht Mallet das Klassenbewußtsein der „nouvelle classe" folgendermaßen: „Gerade weil sie die Bedeutung ihrer produktiven Funktion erkannt haben — aber auch die ihres Unternehmens im ökonomischen Gefüge —, sind die Arbei-

ter (dieser Raffinerie) sich ihrer Stärke bewußt ... Die Entpersönlichung der Besitzer ist zweideutig: der Arbeiter kann sich nicht mehr ... an diese anonymen Gespenster gebunden fühlen; er kann sie aber auch nicht hassen. Das Klassenbewußtsein emanzipiert sich von seinen gefühlsmäßigen Aspekten ..." (170). Die zahlreichen materiellen und sozialen Vergünstigungen, die die Arbeiter erhalten, aber auch die Tatsache, daß viele von ihnen den Beruf erst in der Raffinerie erlernt haben — all das hat zur Folge, daß „sie, mit einer unvorhergesehenen Aufmerksamkeit und Wachheit, sich um die Geschäftsführung des Unternehmens kümmern" (170). Mit anderen Worten: zwar „haben die Arbeitsbedingungen zweifellos eine Entspannung des sozialen Klimas herbeigeführt", aber „die Beziehungen zwischen Belegschaft und Betriebsleitung sind von einer außerordentlichen Selbständigkeit gekennzeichnet", so daß man „den Eindruck einer ‚friedlichen Koexistenz' der beiden Lager bekommt, mit allem, was das an Spannungen, an Streitigkeiten, an andauernder R i v a l i t ä t mit sich bringt" (161 f, Hervorhebung von mir, P. B.). Auf der anderen Seite erweitert sich das Klassenbewußtsein nach oben: in der ausführlichen Analyse der Schichtenbildung bei Thomson-Houston stellt Mallet dar, wie sich die Ingenieure (ingénieurs et cadres supérieurs) mit den Forderungen der Techniker im unteren Bereich und der Arbeiter solidarisieren und selbst als aktive Gewerkschaftsmitglieder ein spezifisches Klassenbewußtsein entwickeln — ein Vorgang, den Mallet darauf zurückführt, daß „im Innern des Teams eine technische Hierarchie, nicht mehr eine soziale Hierarchie existiert" (222 f).

Die Aufgaben der Gewerkschaften

Dementsprechend verändern sich die gewerkschaftlichen Zielsetzungen. Dadurch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den ökonomischen Lebensprozeß des Gesamtbetriebes integriert werden, gelangen die Belegschaft und ihre Vertreter immer mehr und wie von selbst dazu, Forderungen nach technischer u n d ökonomischer K o n t r o l l e der Verwaltung des Unternehmens (der Betriebsführung) aufzustellen und zwar zunehmend neben und sogar anstelle der konventionellen Lohnforderungen (175). Die Betriebsvereinbarung tritt immer mehr an die Stelle des Branchen- oder/und überregionalen Tarifvertrages (60 f); eine neue Taktik und Strategie des Streiks („systematische Störung des Produktionsablaufs" ohne spürbare finanzielle Einbuße auf seiten der Streikenden), die „Gewerkschaftseinheit an der Basis", die notwendig werdende Kenntnis des Marktmechanismus und des Finanzgebarens des Unternehmens sind andere, ebenso bedeutsame Wegzeichen dieser neuen Perspektive der gewerkschaftlichen Aktivität (62 ff). Sie sind zugleich Tendenzen, die sich überall in der modernen teil- und vollautomatisierten Industrie mehr oder weniger stark bemerkbar machen. Die objektive Entwicklung selbst drängt zur neuen Organisationsform des „syndicat d'entreprise"; nach Mallet zeigt dies die Analyse eines „Comité intersyndical", das bei Thomson-Houston mehrere Jahre hindurch bestand, ganz deutlich (239 ff). Die Aufgabe einer den veränderten technisch-ökonomisch-sozialen Bedingungen sich anpassenden Gewerkschaftsbewegung würde somit darin bestehen, die „Integration" nicht etwa zu zerbrechen, wie es die KP und in ihrem Gefolge die Mehrheit der CGT-Führer empfehlen, sondern im Gegenteil sie zu benutzen, um die eigene Position Schritt für Schritt zu verstärken und auszubauen (246). Grundbedingung hierzu bleibt allerdings eine „wiedervereinigte Gewerkschaftsbewegung, in der zwar verschiedene ideologisch-politische Strömungen existieren würden, die aber die Homogenität der gewerkschaftlichen Aktion gegenüber der Unternehmensleitung nicht in Frage stellen würde" (246). Ist einmal diese Bedingung erfüllt, dann wäre es — so läßt sich aus dem Kontext erschließen — nur noch eine Frage der Zeit, d. h. vor allem der wachsenden Ausbreitung der Automation, bis die „neue Arbeiterklasse" die generelle Forderung nach Arbeiter(selbst)verwaltung (gestion ouvrière, 172) und „planification démocratique" (245) sich zu eigen machte — eine Forderung, deren technische und ökonomischen Voraussetzungen zu ihrer Realisierung jetzt schon vorhanden und nachweisbar sind.

Für Mallet liegt hier ein „über die Technik vermittelter Zugang zum Sozialismus" (249) vor. Die Auswirkungen der geschilderten Integration sowie der Zunahme der Technikerschichten im Betrieb sind so groß, daß sie nicht mehr und nicht weniger als eine „technicisation" (249) der Arbeiterklasse zur Folge haben. Aber sie sind auch von einer so umwälzenden Bedeutung, „daß — z u m e r s t e n m a l i n d e r G e s c h i c h t e — die ‚freie Gesellschaft der Produzenten', die sozialistische Gesellschaft, als logische Folge der technisch-ökonomischen Entwicklung erscheinen kann" (175, Hervorhebung im Text).

Den Einwand, daß in der Hervorhebung der Rolle der Gewerkschaften in Theorie und Praxis nur die fragwürdige Wiederauferstehung eines Anarcho-Syndikalismus zu sehen sei, widerlegt Mallet mit dem Hinweis auf die zunehmende Konvergenz von Politik und Ökonomie in der modernen industriellen Gesellschaft (65 f). „Die errungenen Vorteile (die sozialen Vergünstigungen, der Lebensstandard) können heute nicht mehr verteidigt werden, indem man sich im gegebenen wirtschaftlichen System einrichtet, sondern nur noch dann, wenn man das ökonomische Ensemble organisiert, in welchem die Arbeitnehmer zu leben haben werden. In einem modernen Staat münden jedoch die wirtschaftlichen Forderungen, die einen globalen Charakter tragen, offenkundig in die politischen Probleme ein" (74, vgl. auch 249). Daher „verliert die alte und dogmatische Unterscheidung" zwischen Partei und Gewerkschaft „jeden konkreten Sinn" (175). Die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen beiden Organisationsformen ist obsolet geworden. Die Ge-

werkschaftsorganisationen sind vielmehr genötigt, „als wirtschaftliche Organismen sich selbst im wahren Sinne des Wortes zu politisieren“ (73).
„So sehen wir, wie neben der traditionellen politischen Frontlinie der Parteien und neben der sozialen Front, an der die Gewerkschaften (im alten Sinn, P. B.) stehen, eine dritte Front eröffnet wird: die des Wirtschaftsprozesses. An dieser Front bekämpft die Arbeiterbewegung das kapitalistische System nicht mehr von einem ideologischen Standpunkt aus oder mittels sozialpolitischer Forderungen, sondern indem sie von dem praktisch erfahrenen Tatbestand ausgeht, daß dieses System unfähig ist, die ununterbrochene und harmonische Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern“ (73).

„Die Ermittlung“ und ihre Kritiker

Heinz Brüggemann

Anmerkungen zu dem Stück von Peter Weiss und seiner Aufnahme in der Öffentlichkeit

Zur ästhetischen Kritik

Die Diskussion um Peter Weiss' Stück „Die Ermittlung“ hat, soweit sie mit ästhetischen Argumenten geführt wurde, deutlich gemacht, in welchem Ausmaß das öffentliche Bewußtsein immer noch besetzt ist von Kategorien einer normativen und Wirkungsästhetik. So spielt man die reaktionär auf ihre klassischen Definition festgenagelte „autonome Kunst“ gegen die „bloße Dokumentation“ aus, wendet die „Sphäre des Spiels“ gegen die „Faktenwahrheit“ (Kaiser) und gelangt schließlich, wie jener Magister Artium in einer Zuschrift an die ZEIT zu der Alternative: „Peter Weiss oder Nelly Sachs, das heißt: Information oder Überwindung, Konsum oder Erlösung“ (Nr. 46, p. 54).

Solche Erwägungen gründen in einer traditionellen Auffassung vom Kunstwerk, für die zwei von der Gattungspoetik geborgte Kriterien entscheidend sind: die ursprüngliche Zweiheit von Form und Inhalt und die normative Fixierung einer zeitlosen Form (das Drama), die sich nur jeweils in der Geschichte auslegt.
Dagegen soll hier der Versuch unternommen werden, auf Grund der von Peter Szondi in seiner „Theorie des modernen Dramas“ gewonnenen Einsichten eine historisch-dialektische Theorie der „Ermittlung“ zu entwerfen.

Szondi zufolge gerät das Drama als Dichtungsform des je gegenwärtigen zwischenmenschlichen Geschehens gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Widerspruch zu seinem Inhalt: indem das Drama die durchs Formgesetz vorgegebene zwischenmenschliche Aktualität nicht länger inhaltlich realisiert, sondern wie z. B. die soziale Dramatik eines Hauptmann das zwischenmenschliche Leben in seiner Bestimmtheit durch politisch-gesellschaftliche Verhältnisse schildert, wird die Absolutheit der drei Grundbegriffe der dramatischen Form zerstört. An die Stelle der Gegenwart tritt Zeit, zeitlicher und damit historischer Kontext, das rein Zwischenmenschliche wird durch die Totalität der Verhältnisse aufgehoben, das Geschehen verkehrt sich in Objektivität. Solche Thematik aber ist episch, der Widerspruch, der so zwischen epischem Inhalt und dramatischer Form entsteht, ist dann gelöst, wenn der epische Inhalt zur neuen, epischen Form sich niederschlägt.
Das Stück von Peter Weiss steht schon jenseits solchen Stilwandels, indem es konsequent zur epischen Form sich bekennt. Wie dennoch die Spannung zwischen epischem Inhalt und dramatischer Form, trotz intendierter epischer Form, im Stück fortlebt, zeigt sich bei näherer Betrachtung. Der eigentliche Gegenstand der „Ermittlung“ ist nicht der Auschwitz-Prozeß selbst, sondern das Konzentrationslager, das in seiner objektiven Totalität entfaltet wird: beginnend mit dem Gesang von der Rampe und vom Lager, fortgeführt über die verschiedenen Formen des Verhaltens (Lili Tofler und Unterscharführer Stark als Kontrastfiguren) und des Tötens (Schwarze Wand, Phenol, Bunkerblock, Zyklon B), schließlich endend mit der Station für alle, den Feueröfen. Solche prozeßhafte Entfaltung hat epischen Charakter, der zur Form sich niedergeschlagen hat: diese erweist sich als historisch-thematisch vermittelt. Die Reflexion auf den historischen Ort, dem die „Ermittlung“ zugeordnet ist, legt eine eigentümliche Affinität zur Situation nach dem 1. Weltkrieg nahe. Erwin Piscator etwa notiert in seinem Buch „Das politische Theater“ im Rückblick auf diese Zeit: „Meine Zeitrechnung beginnt am 4. August 1914: Von da ab stieg das Barometer: 13 Millionen Tote, 11 Millionen Krüppel, 50 Millionen Soldaten, die marschierten, 6 Milliarden Geschosse, 50 Milliarden Kubikmeter Gas. Was ist da ‚persönliche Entwicklung‘? Niemand entwickelt sich da persönlich. Da entwickelt etwas anderes ihn.“ Das Drama als Form der zwischenmenschlichen Aktualität gründet geradezu auf „persönlicher“ Entwicklung: Piscator behalf sich auf der Ebene der Inszenierung mit der Form der politischen Revue, die das historische Geschehen durch das Medium des Films in das Drama hereinholte; Peter Weiss, konfrontiert mit Auschwitz, einem Gegenstand, der radikaler noch als jeder andere zuvor eo ipso die konstitutiven Prinzipien des traditionellen Dramas auflöst, blieb lediglich der Rekurs auf den epischen Bericht, auf das Wort.
Aus dem Ungenügen aber an bloßer Mitteilung entsprang der oratorische Gestus der Sprache, der dem Stück seine

Form leihen sollte. Diesen Anspruch löst die „Ermittlung" in zweierlei Hinsicht nicht völlig ein: auf der sprachlichen Ebene sind zwar Ansätze zum oratorischen Sprechen vorhanden (so die Aussage der Zeugin S im „Gesang vom Lager I" mit ihren Variationen über das Normale), im allgemeinen aber wird der oratorische Sprachgestus von der geschilderten Realität eingeholt. Ebenso ist das Formgesetz des Oratoriums (dem der musikalischen Komposition verwandt) nur in Ansätzen erfüllt: so entspricht die lediglich inhaltlich (durch thematische Vorverweise, s. Übergang vom 10. zum 11. Gesang), nicht formal vermittelte Abfolge der Zeugenaussagen in einigen Szenen (s. etwa Gesang vom Lager I) der oratorischen Form, die qua Form die Einzelstimmen zum Ganzen fügt.

Weiss bedarf jedoch zur Vermittlung der einzelnen Aussagen einer Instanz; diese Instanz ist der Apparat des Gerichts: der Richter dient als Spielleiter in Weiss' epischem Theater, er übt eine thematisch verbrämte formale Funktion aus.

Die Stilisierung der Zeugen zu anonymen Stimmen („Sprachrohre" nennt sie Weiss in der Regieanmerkung), die Reduktion des Richters auf eine formale Funktion dienen dem Zweck einer epischen Vergegenwärtigung der Totalität des Lagers — diesem ist auch der Prozeß, insofern er rudimentär gleichsam die dramatische Form dennoch bewahrt, untergeordnet.

Zur Totalität gehört notwendig, was das Lager mit der Umwelt verbindet, also auch und vor allem die deutsche Industrie. Weiss hat sie — wie Jens zu Recht anmerkt — in seinem Stück eher zu selten erwähnt, was darauf zurückzuführen ist, daß er sich zu eng ans Prozeßmaterial hielt; ein „Gesang von der Häftlingsarbeit" wäre der zentralen Rolle der Industrie eher gerecht geworden.

Eng verknüpft damit ist die Frage nach der Wirkung des Stückes, zumal in vielen Besprechungen der Schillersche Terminus vom Theater als „moralischer Anstalt" bemüht wird: daran ist so viel richtig, daß Peter Weiss sicherlich dieser Tradition des politischen Theaters zugehört, aber auch hier macht eine Konfrontation mit der klassischen Konzeption den historischen Wandel deutlich: Die moralische Wirkung des Schillerschen Theaters war an das ethische Scheitern der großen Individuen und die dadurch vermittelten Empfindungen geknüpft; das epische Theater eines Bert Brecht stiftete gesellschaftspolitische Erkenntnis — das Oratorium von Peter Weiss hat die Funktion von Aufklärung, gerade gegen einen großen Teil der Presseberichte über den Auschwitz-Prozeß. Martin Walser hat in seinem Essay „Unser Auschwitz" eindringlich und überzeugend die Folgen der Berichte der Boulevardpresse geschildert: die Fülle der subjektiven Brutalitäten, von denen allein die Schlagzeilen kündeten, unterbindet die Reflexion, das wirkliche Auschwitz, das Auschwitz als Betriebssystem und Industrieanlage gerät aus dem Blick und gerinnt zur feuilletonistischen Chimäre, zur „dantesken Hölle", bevölkert von den „Teufeln" Boger und Kaduk, bis es letztlich ganz unwirklich wird, stilisiert zum „Unvorstellbaren", „Unaussprechlichen", von dem man unbeschadet sich betroffen zeigen kann.

In diesem Sachverhalt kann die aufklärende Funktion der „Ermittlung" gründen, indem das Theater das zum Unwirklichen Stilisierte zurückführt in eine überschaubare Dimension, in der der Zusammenhang zwischen institutionalisiertem Verbrechen und privater Wohlanständigkeit unmittelbar evident wird: auf diese Weise erst wird die Vergegenwärtigung eine für den Verstand, nicht für die Empfindung. Die Chance des Stückes liegt in der Abstraktion, in der Entpersonalisierung: erst durch sie kommt Auschwitz als Betriebssystem in Sicht. Zweifellos enthält auch die „Ermittlung" eine Fülle subjektiver Brutalitäten, aber sie sind aufgehoben in einer Totalität: das „Ungeheuerliche" wird als immer schon im Geheuren, in der Gesellschaft angelegte Möglichkeit gezeigt.

Zu solchem Geheuren, das das „Ungeheuerliche" scheinbar überwand, gehört auch die Gegenwart der Bundesrepublik: der Bezug auf sie im Stück ist daher durchaus legitim, er wird durch die aufklärende Funktion zwingend gefordert und kann schon gar nicht mit formalen, ästhetischen Argumenten bestritten werden. Denn es gehört seit je zum Wesen des politischen Theaters, daß es in seine Gegenwart eingreift, und zwar mit politischen Argumenten — das aber kann es nur leisten, wenn es gegenwärtige Haltungen — sei es direkt oder indirekt, in poetischer oder historischer Maske — ins Drama einbringt. Dies gelingt Weiss mit den Figuren des Verteidigers und des Anklägers sowie der Angeklagten, die er in seiner Regieanweisung bewußt „Symbole" nennt.

Zur politischen Kritik

Damit aber gewinnt die „Ermittlung" erst eigentlich ihre politische Dimension: in der Konfrontation mit der Vergangenheit wird gegenwärtiges Verhalten in seinen typischen Ausprägungen und damit notwendig in seiner Kontinuität evident. Die epische Vergegenwärtigung von Auschwitz findet ihren Zweck nicht in sich selbst, sie tritt ein in die Sphäre politischer Auseinandersetzung als das Medium ihrer Entfaltung. Die politischen Positionen von Verteidiger und Angeklagten auf der einen, Ankläger und Zeuge 3 auf der anderen Seite können dabei in mancher Hinsicht als stellvertretend für das Verhältnis der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu den faschistischen Kollektivmorden und deren juristischer Behandlung gelten.

Um mit der am wenigsten repräsentativen Einstellung zu beginnen: Argumentation und theoretische Überzeugung, wie sie Ankläger und Zeuge 3 vertreten, einen direkten Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Faschismus sowie dessen Fortwirkung konstatierend, waren und sind in der bundesrepublikani-

schen Diskussion weitgehend tabuiert. Eine partielle Rezeption der Thesen Kauls, besonders im Hinblick auf die Rolle der Industrie, erwies sich daher als unumgänglich für Weiss.

In den Worten des Zeugen 3, eines sozialistischen Widerstandskämpfers, und der Erwiderung des Verteidigers schießen politischer Gehalt des Stückes selbst und politische Diskussion um das Stück und seinen Autor zur Grundfigur unserer postfaschistischen Wirklichkeit zusammen:

Zeuge 3: „Wir kannten alle die Gesellschaft, aus der das Regime hervorgegangen war, das solche Lager erzeugen konnte. Die Ordnung, die hier galt, war uns in ihrer Anlage vertraut, deshalb konnten wir uns auch noch zurechtfinden in ihrer letzten Konsequenz, in der der Ausbeutende in bisher unbekanntem Grad seine Herrschaft entwickeln durfte.

Verteidiger: Diese Art von Theorien, in denen ein schiefes ideologisches Bild gezeichnet wird, lehnen wir auf das bestimmteste ab."

Es macht wohl nicht zuletzt die Größe des Weiss'schen Stückes aus, daß sein Verfasser die Kritik, die an der „Ermittlung" geübt werden sollte, in ihrem wesentlichen Gehalt bereits im Stück selbst vorweggenommen und in der Gestalt des Verteidigers sowie der Angeklagten konkret ausgetragen hat.

Die Haltung des Verteidigers ist insofern typisch, als er, befangen in den Kategorien eines auf private Kriminalität und Verantwortung des einzelnen zugeschnittenen idealistischen Strafrechts, auf die gesellschaftlich-politischen Ursachen und Zusammenhänge der Taten gar nicht erst reflektiert: Politik, politisches Verhalten, Machtausübung einer juristischen Beurteilung zu unterwerfen liegt ihm fern; persönliche Verantwortung für staatliche Machtausübung paßt nicht in das ererbte sittliche Schema. Martin Walser schreibt dazu treffend: „Aber das idealistische Strafrecht schaut am liebsten auf die Hände. Und die sind einfach nicht blutig beim politischen oder wirtschaftlichen Verursacher. Das ist gut bürgerliche Justiz. Je weiter unten einer hantierte, desto schlechter ist er dran. Kollektivschuld gibt es nicht. Und von Kollektiv-Ursache sprechen wir lieber nicht."

Nur so ist es erklärlich, daß eine Gesellschaft, die subjektiv ehrlich sich auf total anderen Grundlagen als den faschistischen aufzubauen meint, es dennoch erträgt, daß führende Positionen in dieser neuen Gesellschaft von Männern eingenommen werden, die im Rahmen der verbrecherischen Machtausübung des Hitlerstaates ebenfalls in verantwortlicher Position mitgewirkt haben (der Beispiele, von Globke bis Bütefisch und Flick, sind genug); dazu kommt, daß nach einer gar nicht erst versuchten Selbstbefreiung, die seit der Mitte der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik ohnehin vorherrschende Tendenz, die nationalsozialistischen Verbrechen „einer wohltuenden Verjährung entgegen gehen zu lassen" (so der Baseler Strafrechtler Karl S. Bader) unter staatspolitischen wie wahltaktischen Gesichtspunkten von der christdemokratischen Regierung bewußt gefördert wurde. Auf dem Wege des Überdeckens, nicht des Ausräumens, zugunsten einer antikommunistischen Geschlossenheit und möglichst kampflosen Konsolidierung der eigenen Gesellschaft wurde in der politisch-gesellschaftlich führenden Schicht die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit abgeschoben.

Diesen Verdrängungsprozeß zu enthüllen — darin dem „Marat" thematisch verwandt —, ist die zentrale politische Intention der „Ermittlung"; darum die Erwähnung der Industrie, darum der Bezug auf die bundesrepublikanische Gegenwart, darum auch die angesichts des Voraufgegangenen provozierenden Schlußworte Mulkas, die genau die Haltung des Verdrängens bezeichnen.

„Angeklagter 1: Heute / da unsere Nation sich wieder / zu einer führenden Stellung / emporgearbeitet hat / sollten wir uns mit anderen Dingen befassen / als mit Vorwürfen / die längst als verjährt / angesehen werden müßten.

Laute Zustimmung von seiten der Angeklagten"

Zustimmung und Lachen der Angeklagten, ein Leitmotiv der „Ermittlung", erweisen sich am Ende als gestische Abbreviatur eines spezifischen gesellschaftlichen Verhaltens, des kollektiven Leugnens im Bewußtsein der eigenen Wohlanständigkeit nach geleisteter Pflichterfüllung.

Diese Kritik, noch dazu partiell mit marxistischen Argumenten vorgetragen, rief die ideologischen Linienrichter des Status quo und Gralshüter des freien Rechtsstaates (weniger wohl der Demokratie) auf den Plan, allen voran die Zeitungen des Springer-Konzerns. Willkommenen Anlaß für die nun einsetzende Diffamierungskampagne gegen die „Ermittlung" bot die Tatsache, daß Peter Weiss sich zum Sozialismus bekannt hatte, zwar zu einem inhaltlich konkret bestimmten, nämlich einem, „der Selbstkritik und volle Redefreiheit voraussetzt", das aber überging man stillschweigend: in der Wiedergabe des Interviews bei Sander fehlt der oben zitierte Satz, ebenso im Kommentar von Cramer.

Schon darin wird die Analogie der antikommunistischen zur antisemitischen Bewußtseinsstruktur evident: die Tatsache, daß einer sich Sozialist nennt, wirkt als die Aufforderung, ihn zuzurichten, bis er dem Bilde gleicht. So heißt es bei Cramer: „Dabei wäre es eine Verfälschung der Wahrheit, wollte man behaupten, Weiss stünde seiner Spielart des Sozialismus völlig unkritisch gegenüber. Aber er hat sich ihm — zumindest jetzt und heute — nun einmal verschrieben." — Wie weiland Faustus dem Teufel, muß man hinzufügen, um anzuzeigen, daß hier die Ebene rationaler Auseinandersetzung bereits verlassen wird. Solchem Bewußtsein wird folgerichtig die Erwähnung der Industrie, gar der kapitalistischen Gesellschaftsordnung (Cramer: „das heißt die Gesellschaftsform der freien Welt") im Zusammenhang mit Auschwitz zu einer Art von „rassischem Merkmal", und, ähnlich wie der Jude den Volkskörper,

„vergiftet" (Cramer) eine solche Behauptung dann auch „das ganze Oratorium". Der behauptete Zusammenhang wird gar nicht erst reflektiert, obwohl sichtbare Beweise für ihn vorliegen: der Lieferungsauftrag über Menschenhaar an die Firma Alex Zink, Filzfabrik A.G. Roth bei Nürnberg, RM —,50 je kg ist für jedermann, auch für die professionellen Rechtsstaatler des Springer-Konzerns im Auschwitz-Museum einsehbar, ebenso kann man jederzeit die Äußerungen Alfried Krupps nach 1945 nachlesen: „Nach den Jahren seiner (Hitlers) Führung fühlten wir uns alle viel besser ... wir Kruppianer haben uns niemals viel um Leben gekümmert. Wir wollten nur ein System, das gut funktionierte und das uns eine Gelegenheit gab, ungestört zu arbeiten." Und über die antijüdische Politik befragt: „... wenn man ein gutes Pferd kauft, muß man ein paar Mängel hinnehmen."

In der Argumentation der „Welt" werden die Aporien des idealistischen Strafrechts zur politischen und ideologischen Waffe, wenn behauptet wird, „daß die Abrechnung eines Volkes mit sich selber bereits vor dem Gericht in Frankfurt erfolgte": Diese Selbstabrechnung steht bis heute aus, ist bewußt verdrängt worden. Sollte dennoch einer an dieses Problem rühren, reagiert das antikommunistische Bewußtsein (nicht anders als je das antisemitische) mit akuter Paranoia: wo rational von einer Gegenposition aus argumentiert wird, liegt ein planmäßiger Anschlag vor. Dabei wird in einer Form von antizipierter Barbarei Weiss, der — wie auch die „Welt" weiß — als Kind jüdischer Eltern für Auschwitz bestimmt war, kein anderes Interesse an seinem Gegenstand zugestanden als das folgende: „Das Diabolische (sic!) an der hier praktizierten List liegt in der Tatsache, daß der Autor als Vehikel seiner Anklage gegen die westliche Gesellschaftsordnung das Thema Auschwitz verwendet, ein Thema, bei dem fast (!) niemand sich von Emotionen freihalten kann" (Cramer). Von solchen Charakterstudien ist es dann nicht mehr weit zu der Feststellung Sanders über Weiss' künstlerischen Entwicklung vom „Marat" zur „Ermittlung". „Der moralische Relativismus hätte dann dem amoralischen Engagement vorgearbeitet.": „Kommunist-Sein" heißt wie einst „Jude-Sein" das böse Prinzip, den Feind schlechthin zu vertreten; die Herleitung aus sexueller Perversion macht die Identität der Schemata vollends evident.

Im Bild des „Partisanen", das Weiss selbst wenig glücklich für seine Verbreitung der marxistischen Wahrheiten brauchte, ist für die „Welt", das „Göttinger Tageblatt" und die „Quick" das Surrogat für den Juden gegeben. Das „Wurzellose", die ungreifbare „Verschwörung", die langsame „Vergiftung" des Volkskörpers — all das ist in kaum verwandelter Form im Bild, das man vom Kommunisten entwirft, wieder vorhanden, und auch die paranoiden Reaktionen sind dieselben geblieben. Alle ablehnenden Artikel fordern in kaum verhüllter Form den Boykott, das Verbot oder die Zensur: im Opfer wird der Verfolger gesehen, die Kritik an der „Ermittlung" projiziert ihre eigene antidemokratische Destruktivität im Bild der Verschwörung gegen den freien Rechtsstaat auf den Autor der „Ermittlung"; das antikommunistische Gebrüll ist fürs Pogrom, „was die Lärmvorrichtung für die deutsche Fliegerbombe ist: der Schreckensschrei, der Schrecken bringt, wird angedreht" (Horkheimer/Adorno). Der als Feind Erwählte wird schon als Feind wahrgenommen: Feind (bzw. Untermensch) ist, wer zum Feind (bzw. Untermenschen) erklärt wird. Die Kommunisten erweisen sich heute als die Gruppe, die praktisch wie theoretisch den Vernichtungswillen auf sich zieht, den die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert.

Nachzutragen bleiben erste „Erfolge" der Kampagne gegen Weiss: In Köln wurde zum Beispiel ausgerechnet jener Gesang, den Peter Weiss das „Herzstück" der „Ermittlung" nennt, der „Gesang vom Ende der Lili Tofler", gestrichen. Anmerkung: Der „Gesang vom Ende der Lili Tofler" enthält längere Ausführungen über die Rolle der Industrie in Auschwitz.

Auf folgende Artikel wurde Bezug genommen: Walter Jens, DIE ZEIT, 29. 10. 65. Joachim Kaiser, Süddeutsche Zeitung, 4./5. 9. 65 — Günther Rühle, FAZ, 21. 10. 65. Erwin Piscator, DIE ZEIT, 26. 11. 65. — H.-D. Sander, Die Welt, 18. 9. 65. — M. Reich-Ranicki, DIE ZEIT, 1. 10. 65. — Ernst Cramer, Die Welt, 6. 11. 65. — Werner Merl, Göttinger Tageblatt, 4. 11. 65. — Matthias Walden, QUICK, 12. 6. 65. — Daneben der Aufsatz „Unser Auschwitz" von M. Walser in Kursbuch I.

Mit freundlicher Genehmigung aus „Politikon" Nr. 13, Januar 1965

Peter Weiss über die Inszenierung des „Marat"

Der folgende Brief von Peter Weiss beantwortet einige Fragen, die die Aufführungspraxis des „Marat" betreffen. Anlaß war eine Diskussion mit dem Regisseur der Rostocker Inszenierung, die Weiss im vorigen Jahr nach Presseberichten als authentisch bezeichnet hatte. In ihr wurde die das Stück tragende Auseinandersetzung zwischen de Sade und Marat zugunsten Marats vorentschieden. Der Regisseur Perten rechtfertigte das mit Hinweisen auf die „historische

Basis", die er in doppelter Weise einbezogen habe: einmal müsse Marat als Wortführer des vierten Standes in der Französischen Revolution gegenüber dem sexualpathologischen Individualisten Sade deutlich abgesetzt werden, zum anderen werde der Marat in Rostock schon vor „seinem" Publikum gespielt. Daran schloß sich die Frage an Peter Weiss, ob das Stück etwa in beiden deutschen Staaten von deren historischer Basis her richtig, aber von der möglichen politischen Intention aus gesehen verkehrt inszeniert worden sei. Hier spielerisch entfesseltes Theater (die Berliner und Wiesbadener Inszenierung) — dort ein Stück Geschichte nur als Vorläufer und Bestätigung des erreichten Zustands? Die Antwort zeigt, was von westdeutschen Äußerungen wie der Hans Mayers zu halten ist: „Es will aber scheinen, als sei gegenwärtig der Autor selbst des ‚Marat'... gewillt, die Offenheit der Fragestellung und Form zugunsten von Ganzheiten und Gewißheiten preiszugeben, die keine sind. Wenn sich Peter Weiss als Interpret seines Schauspiels nachträglich und vorbehaltlos für Marat entscheidet, wird sein Schauspiel sinnlos" (Theater heute, 12/1965).

Eine weitere Frage betraf die zehn Thesen, in denen Weiss sich zur Politisierung der Kunst bekannt hatte, andererseits aber die „Durchsetzung der kühnsten Formen" für deren Produzenten in Anspruch nahm. Ob hier nicht ein unaufgelöster Widerspruch vorliege, der für den nicht bloß weltanschaulich „engagierten" Literaten nur im Sinne des Realismus zu lösen ist; und ob „kühnste Formen" nicht unter Umständen — siehe de Sade als Schriftsteller — Ausdruck eines Privilegs seien, das mit den Notwendigkeiten der materiellen Umwälzung zusammenstößt. Beispiele für eine praktische Auflösung dieses Konflikts lassen sich finden (Majakowski, Brecht oder auch Martin Walser: „Realismus ist aber immer zuerst eine Auffassungsart und dann erst eine Art der Darstellung"). Dafür, daß er von der politischen Seite stets erneuert wird, ist die jüngste Entwicklung der Kurlturpolitik in der DDR beispielhaft. **R. D.**

Peter Weiss:

Natürlich ist es auch dialektisch wichtig, daß im Marat-Stück die beiden Hauptfiguren Marat und Sade gleichstark einander gegenüberstehen. Je profilierter Sade dargestellt wird, desto mehr Kraft muß Marat aufbringen, um mit seinen Argumenten gegen ihn anzukommen. Sade ist der Schreiber des Stücks, er hat aber selbst auch soviel revolutionären Geist in sich, daß er die Figur des Marat zum Leben rufen kann. Marat macht sich dann selbständig, und die Wahrheiten Marats müssen so durchdringen, daß das was Sade sagt, immer fadenscheiniger wird. Sade untergräbt sich also selbst, indem er sich mit Marat konfrontiert. Er äußert alle die Vorbehalte, die wir vom modernen dritten Standpunkt aus kennen, und mit unserer heutigen Welt vor Augen müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß das ständige Ausweichen Sades, seine Skepsis, sein Zynismus, sein Pessimismus, nichts anderem dienen als seinem eigenen Untergang. Von meiner sozialistischen Stellungnahme her habe ich Marat nicht nur als die geschichtliche Figur aus einer betrogenen Revolution zeichnen wollen, sondern als einen Visionär, von dem aus die Linie zu künftigen Revolutionen läuft. Ich habe deshalb auch in der späteren Fassung des Stücks diesen Aspekt noch verstärkt, indem ich den urprünglich geplanten Epilog wieder aufnahm, in dem Marat auf die Kontinuität des Revolutionsgedankens hinweist.

In der Rostocker Aufführung war Marat von Anfang an als der positive Held gezeichnet. Es schien dies, da das Stück starke Schwierigkeiten hatte, in der DDR überhaupt zur Aufführung zu kommen, der einzige Weg zur bühnenmäßigen Verwirklichung. Gewonnen wurde dadurch, was ich auch begrüßte, daß Marat zum ersten Mal mit der politischen Schlagkraft erschien, die ich gewünscht hatte. Die konterrevolutionären Tendenzen Sades, die in den Vorbesprechungen über eine eventuelle Aufführung in der DDR stark kritisiert wurden, erhielten dann in der Rostocker Ausformung die negative Färbung, unter der Sade von Anfang an als der Dekadente, der Libertin und Lebensuntüchtige erschien. Dies machte ihn als Person undifferenziert — bis zur Uninteressantheit, und es war schwer vorstellbar, daß dieser de Sade das Stück ersonnen haben sollte. Daß Marat von Anfang an als der Sieger auftrat und Sade als der Verlierer, ist in einer sozialistischen Gesellschaft als Tendenz verständlich, jedoch wäre die Wirkung stärker, wenn dieser Sieg auf eine kompliziertere Weise dargestellt würde. Die Schwarz/Weiß-Zeichnung Pertens war jedoch außerordentlich konsequent durchgeführt, und ich kann sie akzeptieren als Gegenwurf zu zahlreichen westlichen Vorstellungen, in denen Sade als der Überlegene geschildert wurde und Marat als der Irre und Irrende.

Was die Berliner Inszenierung Swinarskis betrifft, so bin ich da etwas voreingenommen. Es war die erste Vorbereitung des Stücks, das damals in Theaterkreisen noch für schwierig und kaum aufführbar galt. Ich nahm an der gesamten Probenarbeit teil, und da dies für mich auch die erste praktische Theatererfahrung war, lernte ich viel vom Regisseur und von dessen Fähigkeit, die geschriebene Vorlage auf der Bühne zu konkretisieren. In einer ständigen Folge von Überraschungen entdeckte ich, wie all diese erdachten Figuren und Vorgänge plötzlich Leben bekamen. Swinarskis Verdienst liegt darin, daß er, zusammen mit erstklassigen Schauspielern, eine Originalkonzeption des Stücks entwickelte, er hatte ja noch keine Vergleichsmöglichkeiten, wie sie dann bei folgenden Inszenierungen gegeben waren.

Als Schreiber eines Stückes, das sich aus zahlreichen dramatischen Ebenen zusammensetzt, kann ich angesichts der verschiedenartigen Interpretationen nur hervorheben, was mir besonders geglückt scheint, oder was direkt als ein Mißverständnis bewertet werden könnte. Die besondere

Qualität in Swinarskis Aufführung lag in dem durch und durch musikalischen Aufbau, in der Fülle der dramaturgischen Einfälle und in der von Humor durchsetzten Spielfreude. Ich kann mir jedoch denken, daß Swinarski, wenn er das Stück heute noch einmal inszenieren würde, den großen Theaterapparat etwas zurücknähme, zugunsten der intellektuellen Auseinandersetzung zwischen Sade und Marat.

Andere Aufführungen in der Bundesrepublik, die ich nur vom Hörensagen kenne, scheinen mir das Treiben der in Charenton Internierten zu stark hervorzuheben, so daß das eigentliche Anliegen des Stücks darin ertrinkt.

Perten reduzierte diesen Hintergrund bis aufs äußerste. Die Heilanstalt war eine Art sanitäres KZ, in dem politisch Mißliebige inhaftiert waren. Der Humor war ausgeschlossen. Die Qualität hier: Sachlichkeit und überdeutliche Klarheit. Was, zum Schluß, die revolutionäre Kunst in einer revolutionären Gesellschaftsordnung betrifft, so beziehe ich mich dabei auf die erste Zeit nach der russischen Revolution, in der ja auch die sowjetische Kunst in all ihren Zweigen sich in einer Umwälzung befand und zu vorbildlichen neuen Formen gelangte. Ob Kunstwerke zur Veränderung der elementarsten materiellen Bedürfnisse des Menschen beitragen können, mag dahingestellt bleiben, jedoch spiegelt die Kunst den revolutionären Geist wider, der auf allen Gebieten Erneuerungen erreichen will. Ich glaube, viel von der Auffassung, die revolutionäre Kunst müsse mit einfachen Mitteln arbeiten und sich dabei vor allem des sozialen Realismus bedienen, hängt mit der etwas herablassenden Vorstellung zusammen, daß die Bevölkerung (der bisher die Muße und die materielle Grundlage zum Verständnis künstlerischer Problematik fehlte) „kühnste Experimente" auf diesem Gebiet nicht akzeptieren könne. Ich meine jedoch, daß gerade in einer sozialistischen Gesellschaft (neben der realistischen, gesellschaftsschildernden und gesellschaftskritischen Kunst) auch jene Kunst ihren Platz haben soll, die nach einer neuen Sprache sucht und sich dabei auch Laboratoriumsversuche leisten kann. Ich sehe darin ebensowenig den Ausdruck eines Privilegs, wie Experimente auf dem Gebiet der Wissenschaft Privileg sind. Jedes Mitglied der Bevölkerung eines Staates, in dem die Klassenunterschiede und die privaten Spekulationen aufgehoben sind, kann teilnehmen an den Entdeckungen neuer künstlerischer Ausdrucksformen. (12. 12. 1965)

Zeitschriftenhinweise

„alternative 45": Moderne Literatur in deutschen Lesebüchern.

„Das Argument 36": Die Amerikaner in Vietnam. Probleme der Entwicklungsländer (II) mit Beiträgen von Georg W. Alsheimer (Saigon) und Rüdiger Griepenburg und Kurt Steinhaus (Marburg).

edition suhrkamp

jeder Band 3 Mark

Maurice Merleau-Ponty
Humanismus und Terror 1 und 2

Bände 147 und 148. Erstausgabe.

„Humanismus und Terror", ein „Versuch über das Problem des Kommunismus", entstand 1946/47 als Antwort auf Koestlers „Entlarvung" des Kommunismus im Anschluß an die Moskauer Schauprozesse. Das Problem der kommunistischen Gewalt wird von Merleau-Ponty als ein politisches Phänomen reflektiert: Es geht nicht darum, ob der Kommunismus die Regeln des liberalen Denkens respektiert, was er offensichtlich nicht tut, sondern darum, ob die Gewalt, die er ausübt, revolutionär ist und zwischen den Menschen menschliche Beziehungen herzustellen vermag. Der erste Teil fragt am Beispiel Bucharins und Trotzkis nach der gesellschaftlichen Rolle des Terrors, der zweite nach der Möglichkeit der Überwindung des Terrors im marxistischen Humanismus.

Stuart R. Schram
Die permanente Revolution in China

Band 151. Erstausgabe.

Unsere Kenntnis der Geschichte Chinas seit der Gründung der Chinesischen Volksrepublik im Jahre 1949 ist überaus lückenhaft. In dieser Situation wird ein Buch, das Informationen enthält und Dokumente vorzeigt, doppelt wichtig für uns. Die 1963 in Frankreich erschienene Studie „Die permanente Revolution in China" hat zum Autor einen Wissenschaftler, der als führender China-Spezialist gilt. 1963 und 1965 hat Schram zu diesem Thema zwei weitere Werke publiziert: „The Political Thought of Mao Tse-tung" und „Le marxisme et l'Asie". Der größere Teil unseres Bandes besteht aus Zitaten und Dokumenten — aus Aufsätzen und Reden hoher chinesischer Politiker und einflußreicher Ideologen. In einem Kommentar werden diese Texte analysiert und zu einer der folgenreichsten Theorien der neueren chinesischen Politik, der „Theorie der permanenten Revolution", in Beziehung gesetzt.

Suhrkamp Verlag Frankfurt

archiv sozialistischer literatur

E. PASCHUKANIS

ALLGEMEINE RECHTSLEHRE UND MARXISMUS

VERSUCH EINER KRITIK DER JURISTISCHEN GRUNDBEGRIFFE

Mit einer Rezension von Karl Korsch.
Photomechanischer Nachdruck der deutschen Erstausgabe von 1929. ca. 215 Seiten

Paschukanis' „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus" blieb in den Diskussionen der frühen dreißiger Jahre weitgehend unberücksichtigt und ist noch heute selbst denen unbekannt, die der marxistischen Theorie besondere Aufmerksamkeit widmen. Daß diese Arbeit sosehr in Vergessenheit geraten konnte, zeigt sehr deutlich den Mangel an Untersuchungen, die Paschukanis' Absicht einer „Kritik des gesellschaftlichen Rechts" aufgenommen hätten.
Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, der „metaphysischen formal-logischen oder bestenfalls historisch-evolutionären Methode der bürgerlichen Jurisprudenz" die „Ausarbeitung einer revolutionären dialektischen und materialistischen Methode in der Rechtswissenschaft" entgegenzustellen.
Eine solche Kritik darf, wie Paschukanis in der Einleitung zur „Allgemeinen Rechtslehre" schreibt, „die Verallgemeinerung und Abstraktion nicht beiseite werfen, die von bürgerlichen, von den Bedürfnissen ihrer Zeit und ihrer Klasse ausgehenden Juristen ausgearbeitet worden sind", sondern sie muß „diese abstrakten Kategorien analysierend ihre wirkliche Bedeutung dartun, d. h. mit anderen Worten die historische Bedingtheit der Rechtsform aufdecken".

Erscheint Mitte März 1966 DM 17,50

verlag neue kritik - frankfurt

wilhelm-hauff-straße 5